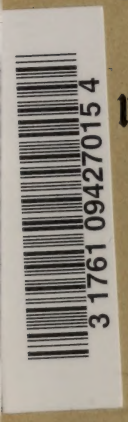
Pamph.
H Mod.
A.



Das revolutionäre Dogma der „natürlichen" Grenzen im Lichte der gleichzeitigen deutschen Publizistik, unter besonderer Berücksichtigung der Flugschriften.

Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

bei der

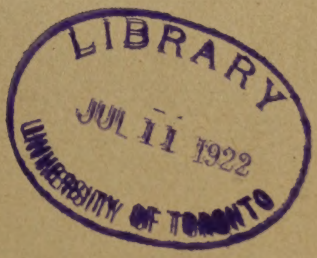
Philosophischen Fakultät

der

Großherzoglich Hessischen Ludwigs-Universität zu Gießen

eingereicht von

Friedrich Avemarie
geboren in Messel.



Gießen 1917.
v. Münchow'sche Hof- u. Univ.-Druckerei Otto Kindt Wwe.

18

Das revolutionäre Dogma der „natürlichen" Grenzen im Lichte der gleichzeitigen deutschen Publizistik, unter besonderer Berücksichtigung der Flugschriften.

Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

bei der

Philosophischen Fakultät

der

Großherzoglich Hessischen Ludwigs-Universität zu Gießen

eingereicht von

Friedrich Avemarie
geboren in Messel.

Gießen 1917.
v. Münchow'sche Hof- u. Univ.-Druckerei Otto Kindt Wwe.

Genehmigt durch das Prüfungskollegium am 19. Juli 1917.
Referent: Dr. Roloff.

Inhalt der Arbeit:

Seite

1. Vorwort 5
2. Literaturangabe 7
3. Einleitung 13
4. Urteile über das Dogma der „natürlichen" Grenzen:

A. Urteile affirmativer Art:

1. Widerwille gegen das Ungesunde in den deutschen Verhältnissen α) in den Kreisen der Mainzer „Patrioten"; β) im Gebiete von Koblenz, Aachen und Trier 17
2. Feindschaft gegen England; Abneigung gegen Österreich . . 33
3. Hoffnung auf Dauer des Friedens nach Beseitigung des Streitobjekts 38
4. Doktrinäre Ableitungen 41
5. Motive egoistischer Art. 42

B. Urteile negativer Art:

1. Ablehnung des Cisrhenanismus 45
2. Widerstand gegen die französische Annexionspolitik . . . 53
3. Mahnung zur Eintracht und Anspannung aller Kräfte . . 63
4. Historisch begründete Ablehnung der französischen Forderung . 67
5. Hoffnung auf Erhaltung der Reichsintegrität; Furcht vor einer Einbuße 69
6. Klagen über den Verlust; Spott 77
7. Klagen über die deutschen Zustände 86
8. Resignation 89

C. Schluß:

Stimmen aus späterer Zeit über die sachliche Berechtigung des Dogmas 97

Vorwort.

Die Anregung zu der vorliegenden kleinen Arbeit gab mir mein hochverehrter Lehrer, Herr Professor Dr. Roloff-Gießen, dessen Vorlesungen über die französische Revolution mir die nötigen Richtlinien, die großen Gesichtspunkte für die Behandlung des Themas darboten. Die Ungunst der Zeitverhältnisse machte leider die Beschaffung des erforderlichen quellenmäßigen Materials sehr schwierig. Auf die Durchsicht einiger Zeitungen wie der „Magdeburgischen" oder des „Schwäbischen Merkurs" mußte verzichtet werden, da deren Bände z. Zt. nicht versandt werden. Wenn auch ihre Ausbeute wohl gering gewesen wäre, so wurde doch ungern davon abgesehen. Sollten nachträglich noch wichtige publizistische Erzeugnisse aus dem angegebenen Zeitraum und sachlichen Gebiete bekannt werden, so soll ihre Veröffentlichung als Ergänzung zu dieser Abhandlung an anderer Stelle erfolgen. Absolute Vollständigkeit zu erreichen, ist jedoch bei einem Beitrag zur Geschichte der öffentlichen Meinung naturgemäß unmöglich. Im Wesentlichen ist das Urteil der Publizisten über das Dogma wohl durch unsere Forschung gekennzeichnet.

Um von einer Zusammenfassung der besonderen Ergebnisse absehen zu können, ist das Charakteristische an den mitgeteilten Äußerungen durch Teilüberschriften oder Sperrdruck hervorgehoben. Im dritten Teile vervollständigen wir das gewonnene Bild durch Erörterungen aus späterer Zeit über die sachliche Berechtigung der französischen Grenztheorie.

Die genannten Flugschriften gehören fast ausschließlich dem Bestande der Bibliotheken zu Gießen, Mainz und Darmstadt an, deren Beamten an diesem Orte für ihre Freundlichkeit und Mühe gedankt sei.

Da die vorliegende Schrift zugleich eine Art von Quellenbuch sein soll, ist an der vielfach als veraltet geltenden Zitiermethode festgehalten worden.

Angabe der benutzten Literatur:

a) Zeitungen und Zeitschriften:
(Die Rechtschreibung ist überall modernisiert).

Allgemeine Literaturzeitung. Jena und Leipzig.
Allgemeine Zeitung. Stuttgart.
Allgemeiner literarischer Anzeiger. Leipzig.
Augsburgische Ordinari Postzeitung. Von Staats-, gelehrten, historischen und ökonomischen Neuigkeiten. Verlegt und gedruckt von Joseph Anton Moy. Augsburg.
Beobachter, der, vom Donnersberg. Mainz.
Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen. (Vossische Zeitung). Berlin.
Europäische Annalen. Herausgegeben von Dr. Ernst Ludwig Posselt. Tübingen.
Europens politische Lage und Staats-Interesse.
Frankfurter Journal. Frankfurt
Frankfurter Reichs-Ober-Post-Amtszeitung. Frankfurt.
Frankfurter Staatsristretto. Frankfurt.
Frankreich im Jahr . . . . Aus den Briefen deutscher Männer in Paris. Altona.
Genius, der, der Zeit. Herausgegeben von Aug. Hennings. Altona.
Geschichte und Politik. Herausgegeben von Karl Ludw. Woltmann. Berlin.
Hamburgischer unparteiischer Korrespondent. Hamburg.
Hessen-Darmstädtische Landzeitung. Darmstadt.
Jahrbuch der neuesten Literatur.
Journal de Francfort. Frankfurt.
Mainzer Zeitung. Mainz.
Minerva. Hamburg.
Nationalzeitung der Deutschen. Gotha.
Neuer Deutscher Merkur. Herausgegeben von C. M. Wieland. Weimar.
Politisches Journal. Hamburg.
Politische Annalen. Herausgegeben von Christ. Girtanner.
Reich der Toten, das. Frankfurt.
Staatsarchiv. Angelegt und geordnet von dem Geheimen Justizrat Häberlin zu Helmstedt. Helmstedt und Leipzig.

Von den genannten Zeitungen und Zeitschriften wurden die Jahrgänge 1793–1801 benutzt, soweit sie erschienen sind.

b) Flugschriften, Jahrbücher, Almanache, historische und statistische Arbeiten:

An die Reichsfriedensdeputation zu Rastatt und den deutschen Nationalkonvent zu Regensburg zur Beherzigung. Von einem deutschen Patrioten. Deutschland 1798.

An meine Mitbürger auf der rechten Seite des Rheinufers über die Frage: Besitzen denn die Franzosen die Freiheit, welche sie uns anbieten? 1798.

Antwort des Verfassers der Schrift: Das deutsche Reich vor der französischen Revolution und nach dem Frieden zu Luneville auf das an ihn gerichtete Schreiben eines freien deutschen Edelmanns. Gotha 1802. (Karl Ernst Adolf von Hoff).

Auflösung der Frage, ob, wie und von wem die auf dem linken Rheinufer verlierenden Reichsstände wieder entschädigt werden sollen? 1798.

Aussichten für die Proprietaire irgend einer Art beim Anfange des neunten Jahres der französischen Republik 1800. (Leipzig 1801).

Bedenken über die Frage, ob der Lauf des Rheinstromes von Basel abwärts bis auf die Grenze des Elsasses kraft der Friedensschlüsse als Grenze des deutschen Reichs und der französischen Republik anzusehen sei? Deutschland 1798. (Gg. Franz von Blum).

Beiträge zur Geschiche der französischen Revolution. 7. B. Leipzig. 1795 f. (Paul Ulsteri).

Betrachtungen über den Talweg des Rheins als Grenzscheide zwischen Deutschland und Frankreich. Ein Wort zu seiner Zeit . . . Germanien 1802.

Betrachtungen über die fünf Friedensschlüsse. Altona 1802. (Karl Jul. Lange).

Betrachtungen über die letzten Friedensunterhandlungen. 1800.

Bild der Zeiten oder Europas Geschichte seit Karl d. Gr. bis auf Bonaparte. Ein historisches Taschenbuch, 2. B. Leipzig 1801. (Friedrich Christian Lauckhard).

Blick in die Zukunft bei dem Luneviller Frieden. F. J. Emerich. Mainz 1801.

Blick auf die vier neuen Departemente des linken Rheinufers . . . von Gg. F. Rebmann. Jahr X. Koblenz und Trier.

Cisrhenanien unter den Franken besonders in Hinsicht auf die Pfalz bis auf Bonaparte. 1801.

Das linke Rheinufer in älteren und neueren Zeiten. 1798.

Der Kongreß in Rastatt vor dem Richterstuhle der Vernunft . . . Rastatt und Großkairo. 1799. (Joh. Ad. Bergk).

Der Feldzug von 1800, militärisch-politisch betrachtet . . . Berlin 1801. (Fr. Hr. von Bülow).

Der erste und wichtigste Artikel beim Reichsfriedenskongresse in Rastatt. 1797.

Deutschlands Schicksal am Ende des 18. Jahrhunderts. Ein großes republikanisches Trauerspiel in drei Erscheinungen voll Witz und Laune. Pillnitz 1799.

Deutschland über alles, wenn es nur will. Mehrere Hefte. 1798. (Phil. Freiherr v. Gemmingen).

Die neue Schildwache, von Gg. Friedr. Rebmann. 1. u. 2. B. Paris 1798.

Die alten Franzosen in Deutschland hinter der neufränkischen Maske verschlimmert . . . Deutschland 1793.

Die Erscheinung, oder der Rhein wird die Grenze der französischen Republik. Von J. F. K. Koblenz 1795.

Ein treuherziges Wort über Volksbewaffnung. 1800.

Epistel an den jungen Mann, der an Deutschlands Reichsstände ein Wort zu seiner Zeit verfasset hat. Regensburg 1795. (Joh. Alois v. Hügel).

Ermunterungsrede, gehalten bei Aufstellung einer schwäbischen Landmiliz. 2. A. 1800. (Vincenz Elbs).

Etwas über Krieg und Frieden an die Fürsten, Herren, Bürger und Bauern Deutschlands mit Noten . . . Freistadt 1800.

Freimütige Gedanken eines deutschen Staatsbürgers über die Säkularisierung der geistlichen Wahlstaaten Deutschlands in rechtlicher und politischer Hinsicht. Altona und Hamburg. 1798.

Geist und Charakter des 18. Jahrhunderts, politisch, moralisch, ästhetisch uud wissenschaftlich betrachtet von D. Jenisch. III. Tl. Berlin 1801.

Gemälde von Europa. Im letzten Jahre des 18. Jahrhunderts entworfen von Hippolytus a Lapide d. Jg. 2 B. Berlin, Leipzig, Gera 1801.

Geschichte des fränkischen Rheinufers, was es war und was es jetzt ist. Von S. v. Alpen. 2 Tl. Köln 1802.

Handbuch der neueren Geschichte von Jul. Aug. Remer. 4. A. Braunschweig 1803.

Historisch-statistisches Jahrbuch des Departements vom Donnersberg für das Jahr 9 u. 10 der fränkischen Republik von Fr. Lehne. Mainz.

Historische Beiträge zur Geschichte des französischen Krieges. Deutschland 1796.

Kritik des Jahres 1797. Ein Taschenbuch für 1798. Altona.

Kurze Beantwortung folgender Fragen: . . . 1798.

La rive gauche du Rhin, limite de la république française ou recueil de plusieurs dissertations jugées dignes des prix proposés par un négociant de la rive gauche du Rhin. Publié par le citoyen G. G. Boehmer. Paris an IV. (Sammelband, Mainzer Stadtbibliothek, Mog. 97).

Meine Wanderungen durch die Rhein- und Maingegenden und die preußischen Kantonierungsquartiere im Februar 1794. Frankfurt und Leipzig. (Ernst Anton Aug. v. Göchhausen).

Militärische und politische Bemerkungen über die Rheingrenze. 1798.

Noch ein Wort an Deutschland. 1800.

Patriotische Wünsche für Deutschland bei dem bevorstehenden Definitiv-Reichsfrieden. Frankfurt a. M. 1801.

Politisches Glaubensbekenntnis eines aufrichtigen Bayern über die Schicksale seines Vaterlandes. München 1801.

Politisches Glaubensbekenntnis eines ehrlichen Deutschen, sein Vaterland vor und nach dem Friedensschlusse mit Frankreich betreffend. Teutopolis. 1800.

Reise auf dem Rhein, durch die deutschen Rheinländer und durch die französischen Departements des Donnersbergs, des Rheins, der Mosel und der Roer. 2 B. Frankfurt a. M. 1801 f. (A. Klebe).

Resultate der Reichsfriedensunterhandlungen zu Rastatt in Verbindung mit dem neueren Frieden von Luneville. Offenbach 1801.

Supplement zu der Schrift: An den Kongreß zu Rastatt. Von einem Staatsmanne. 1798.

Tagebuch von der Einnahme Frankfurts durch die Neufranken bis zur Wiedereroberung von der kombinierten Armee. 1793. J. J. Ihlee.

Taschenbuch für die neueste Geschichte von E. L. Posselt. 1794 f.

Unparteiische Bemerkungen über den unglücklichen Feldzug des Herzogs von Braunschweig gegen die Neufranken und die gegenwärtige Lage Preußens, Österreichs und Frankreichs. Frankfurt und Leipzig 1793.

Über Krieg und Frieden. Von O'Cahill. Salzburg und Lausanne. 1801.

Über Deutschlands Verlust und das dabei eintretende Entschädigungssystem . . . 1801. (Erfurt).

Über die Gleichgültigkeit der meisten Deutschen gegen einen guten oder schlechten Frieden . . . 1800.

Über den Ursprung und Charakter des Krieges gegen die französische Revolution. Von Friedr. Gentz. Berlin 1801.

Von dem politischen Zustande von Europa vor und nach der französischen Revolution. Von Friedr. Gentz. Berlin 1801.

Was haben die Mächte von Bonaparte zu erwarten? Basel 1801. (Hr. M. Marcard).

Was ist besser, Krieg oder Frieden mit den Franzosen? 1800. (Kl. L. von Haller).

Zwei staatsrechtliche Erläuterungen . . . 1797.

Vergl. die im 3. Tl. angeführten Schriften späterer Jahre.

c) Darstellende Werke:

Bitterauf, Theodor, Geschichte des Rheinbundes I., München 1905.

Bockenheimer, K. G., Beiträge zur Geschichte der Stadt Mainz. 5. Heft. Mainz 1882.

— Die Mainzer Klubisten der Jahre 1792 und 1793. Mainz 1896.

— Die Mainzer Patrioten in den Jahren 1793–1798. Mainz 1873.

Dietz, A., Das Frankfurter Zeitungswesen bis 1810. Didaskalia, Unterhaltungsblatt des Frankfurter Journals 1888, B. 66, Nr. 276 f.

Forster, Georg, sämtliche Schriften. Leipzig 1843.

Geiger, Ludwig, Berlin 1688–1840. Geschichte des geistigen Lebens der preußischen Hauptstadt. B. 2. Berlin 1895.

Geismar, Martin von, Die politische Literatur der Deutschen im 18. Jahrhundert. B. 1. 1847.

Gentz, Friedr. von, Briefe von und an Fr. v. G. Herausgegeben von Friedr. Carl Wittichen, 1909 f.
— Briefwechsel zwischen Fr. v. G. und Adam Heinrich Müller. Stuttgart 1857.
— Tagebücher. Herausgegeben von K. A. Varnhagen von Ense. Leipzig 1801.
— Schriften von Fr. v. G. Herausgegeben von Gustav Schlesier. Mannheim 1838 f.
Görres, Jos., gesammelte Schriften. Herausgegeben von Marie Görres. München 1854.
Guglia, Eugen, Friedrich von Gentz. Wien 1901.
Hashagen, Jul., Das Rheinland und die französische Herrschaft. Bonn 1908.
Häußer, Ludw., Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Auflösung des alten Reiches. B. 2. Berlin 1911 (1859).
Heick, Eduard, Die allgemmine Zeitung 1798–1898. München 1898.
Holzhausen, Paul, Literatur und Stimmungsbilder aus den ersten Koalitionskriegen. Allg. Ztg. 1899, Beilage 33.
Kircheisen, Friedr. M., Die Schriften von und über Friedrich von Gentz. Mitteilg. d. Inst. f. österreich. Gesch. forschg. B. 27 (1906).
Klein, Karl, Geschichte von Mainz während der ersten französischen Occupation 1792–1793. Mainz 1801.
— Gg. Forster in Mainz 1788–1793. Gotha 1863.
Kozlowski, F. von, Die Stellung Gleims und seines Freundeskreises zur französischen Revolution. Euphorion B. 11. (1904).
Kracauer, J., Frankfurt a. M. und die französische Republik. Archiv f. Frankf. Gesch. u. K. 3. Folge, B. 3, 5 u. 6. Die letzten Jahrzehnte der reichsstädtischen Zeit Frankfurts. Archiv f. Frankf. Gesch. u. K., 3. Folge, B. 7.
Lehne, Fr., Gesammelte Schriften. Herausgegeben v. Ph. H. Külb. Mainz 1836 f.
Meinecke, Friedr., Das Zeitalter der deutschen Erhebung 1795–1815. Bielefeld und Berlin, 1906.
— Weltbürgertum und Nationalstaat. 2. A. 1912.
Perthes, Clemens Theodor, Politische Zustände und Personen in Deutschland zur Zeit der französischen Herrschaft. 1802 f.
Raif, Aug. Friedr., Die Urteile der Deutschen über die französische Nationalität im Zeitalter der Revolution und der deutschen Erhebung. Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte. Heft 25. 1911.
Roloff, Gustav, Von Jena bis zum Wiener Kongreß. Leipzig 1914.
Rühlmann, Paul, Die öffentliche Meinung in Sachsen 1806–1813. Leipziger Diss. 1902.
Salomon, Ludw., Geschichte des deutschen Zeitungswesens von den ersten Anfängen bis zur Wiederaufrichtung des deutschen Reiches. B. 1 u. 2 1900 f.

Satz, Sigm., Die Politik der deutschen Staaten von Herbst 1805 bis zum Herbst 1806 im Lichte der gleichzeitigen deutschen Publizistik. Berliner Diss. 1908.

Schwarzkopf, Joachim von, Über politische und gelehrte Zeitungen . . .

Stroh, Wilhelm, Das Verhältnis zwischen Frankreich und England in den Jahren 1801—1803 im Urteil der politischen Literatur Deutschlands. Berlin 1914.

zu Frankfurt a. M. 1802.

Treitschke, Heinr. von, Deutsche Geschichte im 19. Jahrh. B. 1. 1879.

Venedey, Jakob, Die deutschen Republikaner unter der französischen Republik.

Wenck, Waldemar, Deutschland vor 100 Jahren. 1887 f.

Wittichen, Friedr. Carl, Zur Geschichte der öffentlichen Meinung in Preußen vor 1806. Forschungen zur brandenb. u. preuß. Geschichte, B. 23. (1910). Friedr. Carl Gentz' Stellung zum deutschen Geistesleben vor 1806. Hist. Viertelj. B. 14, (1911).

Wittichen, Paul, Die dritte Koalition und Friedr. von Gentz. Mitteilungen d. Inst. f. österreich. Gesch. B. 23. (1902).

(Publikationen, die nur gelegentlich zitiert wurden, sind hier nicht aufgeführt).

Einleitung.

Die Rheingelüste der Franzosen in früheren Jahrhunderten sind schon anderwärts[1]) hinreichend gekennzeichnet worden. Die Rheingrenze zu erobern und längere Zeit zu behaupten, gelang erst der aus den Trümmern des ancien régime erstandenen jungen französischen Republik. Neue politische Ansichten lösten damals erstarrte, veraltete Grundsätze ab; kühne Theorien entsprangen den Köpfen der freiheitbegeisterten, leidenschaftlich erregten Politiker. Eines der revolutionären Hauptdogmen war das von den „natürlichen Grenzen", dem die nach diesem Programm benannte Partei[2]), Männer wie Sieyès ihr Führer, Boissy d'Anglas, Cambacérès, Carnot, Chenier Debry, Gillet, Tallien, Newbell, Teilhard u. a. gläubig anhingen. Sie erstrebten die Ausdehnung Frankreichs bis zu den Pyrenäen, den Alpen, dem Ozean und dem Rhein. Keiner der Genannten ist als selbständiger Schöpfer dieses bizarren Systems anzusehen. Derartige Ideen „lagen in der Luft", wurden im Laufe der Revolution zu einer „sorte de vérité d'Etat"[3]); so auch die Forderung der Rheingrenze, deren Durchführung angeblich die Sicherheit Frankreichs, das Gebot der Natur und die Notwendigkeit einer Garantie des Friedens erheischten. Allgemeine Anerkennung vermochten jedoch diese weitausschauenden Pläne nicht zu finden. Ihre Verteidiger mißachteten ja vollkommen das soeben stipulierte Prinzip von der

[1]) Vgl. Janssen, Joh., Frankreichs Rheingelüste und deutsch-feindliche Politik in früheren Jahrhunderten, Frankfurt a. M. 1801; auch Pfister, Herm. von, Gestaltung deutscher Reichsgrenzen im Westen und Süden nach dem nächsten deutsch-französischen Kriege, Berlin 1887; Sorel, Alb., L'Europe et la révolution française, IVième partie, Paris 1892; Venedey, J., Der Rhein, 2. A. Belle-Vue 1841.

[2]) Partei der „natürlichen" Grenzen.

[3]) Sorel, IV., S. 175.

„Volkssuveränität". – Der Faktion der „natürlichen" Grenzen opponierte die der „alten" Grenzen, um ihren österreich-freundlichen Führer Aubry geschart, tatkräftig unterstützt von dem Englandhasser Barthelemy u. a. Zwischen diesen beiden Gruppen schwankte eine dritte gemäßigte hin und her, deren Bestreben dahin ging, die Mosel zur „Barre" des Landes erwählt zu sehen. Die Anhänger solcher Anschauungen versammelten sich im Salon der Frau von Staël um den toskanischen Gesandten Carletti. Daneben bestanden wohl noch kleinere Kreise, deren Mitglieder zu einem Kompromiß zwischen den Ansichten der genannten Männer hinneigten. De Beaugard[1]) z. B. sucht in einer Flugschrift, die auch ins Deutsche übersetzt wurde, die Vorzüge der alten von Ludwig XIV. eroberten und von Vauban sorgfältig und genial befestigten Verteidigungslinie ins Licht zu rücken. Von 1793 an lagen diese Parteien miteinander in Fehde. Die militärischen Erfolge der Franzosen führten dann Ende 1794 zur Besetzung der umstrittenen Gebiete am Rhein. Die in den nächsten Jahren mit Preußen, Hessen, Württemberg und Baden vereinbarten Traktate ließen keinen Zweifel an den Absichten des gewaltig aufstrebenden, unter dem Banne neuer Gedanken voll Jugendkraft agitierenden Freistaats. Überdies wurde im Frieden von Basel die These von den „natürlichen" Grenzen offiziell von einem Reichsstand gebilligt. Bonaparte, der sich das nationale Ziel des Erwerbs der Rheinlinie zu eigen machte, erfocht die Möglichkeit, das große populär gewordene Programm durchzuführen. Was im Frieden von Kampo Formio dem Feinde heimlich zugestanden wurde, sanktionierte der Definitivfriede von Luneville (1801). Durch den hier ausgesprochenen Verzicht des Reichs war das Los der Rheinlande, die schon während der Unterhandlungen als eroberte Provinzen behandelt wurden, entschieden. Die Stände ließen es geschehen, daß ihre dortigen Volksgenossen, die mit Recht Befreiung aus harter Drangsal erhofft hatten, an eine ihnen heterogene Nation gefesselt wurden.

---

[1]) Vgl. seine Abhandlung „Über die Frage: Ist es Frankreichs Vorteil, seine Besitzungen bis an den Rhein auszudehnen und das linke Ufer dieses Flusses zu der künftigen Grenze der neuen Republik zu bestimmen?" Frankfurt und Leipzig. 1795.

Daß allgemeine Begeisterung für die Neuordnung der Dinge durch die Franzosen in den Rheinlanden nicht zu konstatieren ist, daß nur ein Bruchteil der Bevölkerung, die rheinischen Republikaner, den Ideen der neuen Zeit huldigte, hat Hashagen auf Grund eines reichen archivalischen und publizistischen Materials nachgewiesen. Seine Untersuchung hat sogar ergeben, daß in den rheinischen Reichsstädten und Territorien „starke Mächte des Beharrens", ausgesprochen-legitimistische Tendenzen dem Ansinnen der Franzosen Hindernisse bereiteten, daß Zeugnisse von Aktivität, von energischer Opposition gegen die Beseitigung überkommener Einrichtungen neben der Anhänglichkeit an die deutsch-heimische Vergangenheit sich zahlreich vorfinden. Durch dieses Ergebnis wie auch auf Grund älterer Forschungen durch Perthes und Bockenheimer oder neuerer Untersuchungen zur Geschichte der deutschen öffentlichen Meinung wie die von W. Stroh erfährt Treitschkes Urteil[1]) eine wesentliche Einschränkung. Den „furchtbaren Schlag" der Losreißung weiter Gebiete von unserem Vaterland hat das deutsche Volk nicht „mit unheimlichem Kaltsinn" über sich ergehen lassen. Die von Stroh bearbeiteten publizistischen Quellen beweisen, daß die deutsche Nation den Luneviller Frieden z. B. keineswegs apathisch aufnahm. Die Behauptung von Salomon[2]) und Raif[3]), die das alte Märchen von dem Fehlen jeder nationalen Gesinnung auf dem linken Rheinufer wieder auftischten, sind darnach gründlich zu revidieren. Unsere Arbeit soll Materialien aus der Zeit vor dem genannten Friedensschluß vor allem heranziehen und in der Richtung auf die oben erwähnten Resultate hin prüfen, d. h. die Frage behandeln, welche Stellung die gerade damals erst geweckte und sich auslösende öffentliche Meinung zur Theorie der „natürlichen" Grenzen, zu den Rheingelüsten der Franzosen, einnahm. Die Lösung der Aufgabe soll eine Lücke ausfüllen zwischen der Abhandlung Hashagens, der sich auf die rheinische Publizistik beschränkte, und der Strohs, dessen Dissertation eine Fortsetzung unserer Betrachtung in gewissem Sinne bildet. Sollten wir dann und wann in die Lage kommen, einen Blick über unsere zeitliche

[1]) Treitschke, Deutsche Geschichte, B. 1, S. 172 u. 175.
[2]) B. 2, S. 3 f. [3]) S. 91.

Grenze hinauswerfen und feststehende Ergebnisse dadurch stützen zu können, so wird diese Aufmerksamkeit dem Wert des Ganzen wohl kaum Eintrag tun. Jedoch müssen wir uns dabei Beschränkung auferlegen, um Weitschweifigkeit zu vermeiden.

Ehe wir die Dokumente der öffentlichen Meinung aus dem letzten Dezenium des 18. Jahrhunderts durchblättern, erinnern wir uns zuvor, daß die obrigkeitliche Aufsicht damals der freien Äußerung Zwang antat, daß die Regierungen eine Teilnahme weiter Schichten des Volks am politischen Leben nicht wünschten und darum durch eine mitunter recht drückende Zensur aufrichtige Bemerkungen über staatliche Verhältnisse erschwerten. Was unser Material anlangt, so hüten wir uns vor einer Überschätzung der Zeitungen jener Tage, die nur Nachrichtenblätter sind und die Neugier der Menge zu befriedigen suchen; mehr Wert messen wir den selbständigen Zusammenfassungen und freimütigen Kritiken in den Zeitschriften bei; den Nachdruck vollends legen wir auf die Flugschriften, die z. Tl. ohne genaue Angabe des Verfassers und richtigen Druckorts erschienen, um die Zensur zu umgehen. Sie bieten uns meist unverfälschte Stimmungsbilder dar.

A. Urteile affirmativer Art über das Dogma der „natürlichen" Grenzen.

1. Widerwille gegen das Ungesunde in den deutschen Verhältnissen:

α) in den Kreisen der Mainzer „Patrioten".

Als die Franzosen Ende Oktober 1792 ihren Einzug in Mainz gehalten hatten, dachten sie nicht mehr daran, die eroberte Rheinlinie aufzugeben. Zur Ausführung des Plans, diese Grenze dauernd zu erhalten, bedienten sie sich der Agitation der Mainzer Republikaner, die hier zumeist den akademischen Kreisen angehörten. Sie waren mit den damaligen deutschen Verhältnissen höchst unzufrieden oder wohl gar mit ihrem Vaterlande innerlich zerfallen. Es leuchtet ein, daß die geistlich-weltliche Kleinstaaterei, die Verschrobenheit der alten, abgestorbenen Formen, der engherzige Sinn der Großen, der die gesunde Entfaltung der Verhältnisse auf allen Gebieten des menschlichen Lebens erschwerte, vielfach Erbitterung schuf. Jetzt hielt man den Augenblick für gekommen, die drückenden Fesseln abzustreifen. Philosophischer Idealismus und glühender Freiheitsdurst riß somit jene Mainzer in den tollen Wirbel der Zeit. Der Professor der Logik und Metaphysik, der ehemalige katholische Theologe Dr. Anton Joseph Dorsch stellte sich an die Spitze der Mainzer Revolutionären und ließ sich im November 1792 von General Custine zum Präsidenten der provisorischen Administration für den besetzten Teil des Erzbistums ernennen. Von Worms aus, wo er als Professor tätig war, folgte Georg Wilhelm Böhmer dem General als Privatsekretär und wurde in Mainz ein rühriger Vorkämpfer für die französische Sache. Wie er, so gab der Professor der philosophischen Geschichte, Andr. Jos. Hofmann, der Republik den Vorzug vor der deutschen Ver-

fassungsform. Der als Mediziner und Schriftsteller weit gefeierte kurfürstliche Leibarzt Dr. Gg. Christ. Wedekind schloß sich ebenfalls dem Kreis mißvergnügter Beamten und Gelehrten an und warb für die Sache der Freiheit und Gleichheit; nicht minder der als Archäologe verdienstvolle, nüchterne Dr. Friedrich Lehne. Die Genannten begründeten auf Custines Betreiben hin eine nach dem Vorbild der Pariser Jakobinerklubs geschaffene „Gesellschaft der Freunde der Freiheit und Gleichheit". Am 3. November pflanzten sie den ersten Freiheitsbaum auf deutschem Boden ein. Ihr Bestreben lief von vornherein darauf hinaus, im Einverständnis mit den Machthabern Haß gegen die alte Verfassung Bürgern und Bauern zu predigen und mit deren Hilfe Mainz zur selbstständigen Republik umzuformen, oder, was der Stimmung der Franzosen mehr entsprach, um Einverleibung des Kurlandes in die französische Republik einzukommen. Trotz eifrigster Propaganda durch Wort und Schrift blieb jedoch die Mehrzahl der Einwohner den neuen Ideen völlig abgeneigt. Eine außerordentliche Verstärkung erhielt der Klub durch den unerwarteten Eintritt des als klassischer Prosaiker, als Gelehrter und Weltumsegler berühmten, damaligen kurfürstlichen Bibliothekars Georg Forster, der am 1. Januar 1793 den Vorsitz übernahm. Nach Custines Wunsch sollte ein Konvent, der am 17. März zusammentretende „rheinisch-deutsche Nationalkonvent", den Anschluß an Frankreich zustande bringen. Diese Körperschaft dekretierte in der Tat schon am 18. März die Loslösung des Landstriches Bingen—Landau vom Reiche und dessen Freiheit und Unabhängigkeit. Forster sollte mit zwei anderen Deputierten, Patocki und Lux, den Konvent in Paris um Vereinigung dieses Gebietes mit der „großen Nation" bitten. Demgemäß wanderte er der „blutrot aufgehenden Jakobinersonne" zu und erhielt am 30. März die Erfüllung seines Wunsches zugesagt. Er selbst kam „im gelobten Lande der Freiheit" gebrochenen Herzens, ohne Heim und Vaterland, in Not und Kummer um. An der Revolution wurde er indessen auch in Paris nicht irre, wie die im April des Jahres 1793 an seine Frau gerichteten Briefe zeigen. (5., 16. April u. a.). Zwar ekelte ihn vieles in dem Labyrinth der französischen

Hauptstadt an, aber er tröstete sich angesichts des zügellosen Treibens mit dem Gedanken, daß man einen „Orkan" nicht hemmen könne noch solle, daß man die ganze Bewegung ja nicht „in Bezug auf Menschenglück und Unglück" betrachten dürfe, sondern als eines „der großen Mittel des Schicksals, Veränderungen im Menschengeschlecht hervorzubringen". — Am 23. Juli 1793 kam Mainz in die Gewalt der Verbündeten. Die Mehrzahl der Patrioten floh vor der Rache der heimkehrenden Landesherren und verfocht als „réfugiés" ihre Lieblingspläne weiter. Eine Anzahl von ihnen fiel den Siegern in die Hände.

Wie diese Mainzer über die Rheinforderung der Franzosen urteilten, erfahren wir, abgesehen von Forsters Briefen, aus einer Sammlung annexionsfreundlicher Broschüren, die Gg. Wilh. Böhmer, in Paris Mitarbeiter am „Spectateur Parisien", herausgab[1]). Sie enthält eine Reihe von zumeist preisgekrönten Abhandlungen aus der Feder französischer oder franzosenfreundlicher Autoren über die Frage: „Est-il de l'intérêt de la république française de reculer ses limites jusqu'aux bords du Rhin?" Es waren nämlich bei dem Bürger Louvet in Paris von einem linksrheinischen Kaufmanne, einem sogenannten deutschen „Patrioten", 6000 Franken deponiert worden, die als Preise für die innerhalb von zwei Dekaden einzureichenden besten Abhandlungen über diese Frage zur Verteilung kommen sollten. Die Summe von 4000 Franken als erster Preis mußte verdoppelt, die von 2000 Franken als zweites Prämium mußte verfünffacht werden wegen der großen Zahl der eingelaufenen Bewerbungen. Der größte Teil der gelieferten Arbeiten soll — nach Böhmers Worten — die Frage bejaht haben „avec des raisons qui ne permettent plus de doute". Auch Jos. Andr. Hofmann, Ant. Jos. Dorsch und ein nicht genannter Gesinnungsgenosse beider, ebenfalls deutscher Herkunft, beteiligten sich an der Beantwortung der

[1]) Vgl. den unter den Flugschriften in der Literaturangabe genannten Sammelband „La rive gauche du Rhin . .", besonders das Vorwort zum 1. u. 2. Heft; ferner die „Hessen-Darmst. Ldztg." 1795, Nr. 99, 103, 131.

Preisfrage. Fernerhin sind Quellen für unsere Untersuchung zwei Zeitungen, Organe jener Mainzer Freiheitsschwärmer, in erster Linie die 1767 auf Betreiben des Kurfürsten gegründete „privilegierte Mainzer Zeitung", die vom Oktober 1792 ab als „Mainzer Nationalzeitung" ein willfähriges Werkzeug in der Hand Custines und seiner Ratgeber war; so Böhmers, der bis zum April 1793 alle Artikel inspirierte. Für einen gebildeten Leserkreis war der seit dem 30. März 1798 erscheinende „Beobachter vom Donnersberg" bestimmt. Er wurde von Lehne zusammen mit drei anderen Gelehrten, Lembert, dem „chef du bureau" der Zentralverwaltung, Schlemmer und Pfeiffenbring redigiert. Er will von seiner „Seher-Zinne", der Spitze des Donnersberges, herab die Wahrheit verkünden, in der Gestalt natürlich, wie sie die „Freunde der Freiheit in Mainz" erkennen. Besonders das erstgenannte Blatt gibt markante Züge aus dem bewegten, agitatorischen Leben der vom Taumel der Revolution ergriffenen Männer und der Verhandlungen im „Nationalkonvent". Nach der Eroberung der Stadt durch die Deutschen im Juli 1793 bewegte es sich wieder in den alten Geleisen; Ende Dezember 1797 mußte es wieder franzosenfreundlich werden. Zu den uns zur Verfügung stehenden Materialien gehört schließlich eine interessante Koblenzer Flugschrift, 1795 anonym unter dem Titel „Die Erscheinung, oder: der Rhein wird die Grenze der französischen Republik" erschienen. Sie bietet ein phantastisch eingekleidetes „Exzerpt aus den Reden und Schriften mehrerer Politiker", mithin ein Kompendium aller Theorien, welche die von den französischen Agenten unmittelbar oder durch revolutionäre Schriften mittelbar beeinflußten Freunde einer Republik hinsichtlich der Grenzfrage vorbrachten. Um dem Leser nicht eine ermüdende Aufeinanderfolge von Meinungen und Begründungen zu geben, wie sie in den demokratischen Kreisen am Rhein communis opinio waren, läßt der Verfasser Karl den Großen „erscheinen" und seine Übereinstimmung mit den Annexionsplänen ausführlich begründen.

Eine warme Unterströmung ist allen diesen Ausführungen gemeinsam. Diese Männer haben das zumeist völlig uneigennützige Bestreben, das Wohl ihres Landes zu begründen.

Dorsch z. B. bekennt in der einen seiner beiden Broschüren[1]) von sich: „J'aime mon pays natal, je l'aimerai toujours; sa situation me tient à cœur, je voudrais contribuer à l'améliorer. Je trouve son bonheur dans sa réunion à la France." Zur Ausführung seiner Korrektionspläne hält er wie seine Parteigänger allein „die mutvollen Stifter der Freiheit" für geschickt. Von ihnen erwarten sie alles Heil. Sie ersehnen einen Zustand des Mainzer Landes, den Lehne in einem für das Fest der Volkssuveränität gedichteten Gesange also schildert: „Dich drückt nicht mehr der Knechtschaft Joch; die Pfaffenschlange saugt nicht mehr des guten Bürgers Blut, — er lacht, wenn sie in schnöder Wut nur Gift und Flammen haucht. — Uns schützt vor ihres Hauches Pest der liebe Vater Rhein, und einem Zauberkreise gleich umlagert er der Freiheit Reich und läßt nur Freunde ein." Forster erhofft von den Franzosen gesunde Reformen. Kurz nach ihrem Einzug in Mainz vertritt er in Briefen an den Buchhändler Voß u. a.[2]) den Standpunkt, daß eine Änderung der alten deutschen Verfassungsform dringend nötig sei. Auch die öffentliche Meinung spreche sich zu ihren Gunsten aus. Wenn Deutschland nicht klugerweise die linksrheinischen Gebiete und seine starren, veralteten Grundsätze von der Unverletzlichkeit des Reichs fahren lasse, müsse es vielleicht „alles" verlieren.

Um auf die Ansichten der „Patrioten" im einzelnen einzugehen, so ist ihnen die Anschauung eigen, daß der Rhein, „ein großer, schiffbarer Strom", eine unüberwindliche Grenzwehr sei, ein Schutz und Schirm gegen jeden Feind, wie etwa der Ozean für England. Künstlichen und prekären, durch Festungen und Verträge geschützten Linien ist er als „natürliche" Scheide weit vorzuziehen. Allgemein vertreten ist ferner die Erwartung, wie sie etwa Eickemeyer, früher in kurfürstlichen Diensten tätig, jetzt „chef der Nordfrankenlegion", im

[1]) „Quelques réflexions sur l'établissement de la république cisrhénane" und „vues d'un patriote Mayençois." In der ersten Schrift S. 14 die obige Stelle. Beide in dem erwähnten Sammelband Böhmers enthalten; ebenso die Schrift Hofmanns „Des nouvelles limites . ."

[2]) Vgl. Brief vom 27. 10. 1792 u. f. in Bd. VIII der gesammelten Schriften.

„Beobachter" ausdrückt, daß nämlich die Rhein-, Mosel- und Maasufer, seither die Schauplätze grimmiger Kriege, nun bessere Zeiten erleben werden. Der Fluß soll, wie Forster in einer Agitationsrede betont, die er am 15. November 1792 in der „Gesellschaft der Volksfreunde" hielt[1]), und wie Lehne am Feste des Ackerbaus vom Flußgott erfleht[2]), den neuen, glücklichen Freistaat abgrenzen gegen das bedauernswerte Land der Sklaven und ihn vor der Rückkehr der „Barbaren" schützen. All-Frankreich, geschützt durch die Barriere des Stroms, soll nach Böhmers Worten in Zukunft dastehen wie „un rocher planté par la nature au milieu de la mer contre lequel échoueroient tous les flots et se briseroient tous les orages"[3]). Die neuen französischen Landmarken werden, wie Hofmann in einem Toast auf den Rhein es für die Zukunft erwünscht, nunmehr ein „Brudervolk" umringen, ein Gebiet umhegen, das allezeit den Musen und der Weisheit geweiht, eine Burg der Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit ist[4]). Das Flußbett braucht keine unüberwindliche Kluft zwischen den Nationen zu bilden. Der Lauf des Stroms soll vielmehr ein „Vereinigungsband" werden, hier sollen „die beiden Völker die Früchte ihrer Aufklärung gegeneinander austauschen, wo jedes durch die Erfahrungen des andern bereichert, hier durch den Enthusiasmus begeistert, dort durch ernste Weisheit gemäßigt wird"[5]). Ein Kupferstich, in den Kreisen dieser französisch-gesinnten Männer entstanden, stellt die Vereinigung des linken Rheinufers mit Frankreich dar, wie sie der Luneviller Friede stipulierte. Durch Allegorien wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß nun eine Blütezeit für den von allen Fesseln befreiten Handel, für die in ihrer vollen Entfaltung nicht mehr gehinderten Künste und Wissenschaften anbreche[6]).

Interessant ist die Anschauung der rheinischen Republikaner, daß der Gewinn der linksrheinischen Lande durch die Fran-

[1]) Bd. VI, S. 413 f.

[2]) „Beobachter", Jahr VI, Nr. 17, 13. Mess., Beilage.

[3]) Vgl. die Vorreden zu den verschiedenen Heften des Sammelbandes, besonderes Heft 3, S. 204 f; S. 197 f.

[4]) „Beobachter", Jahr IX, Nr. 102.

[5]) Vgl. die erste Nummer im „Beobachter."

[6]) „Beobachter", Jahr IX, Nr. 83.

zosen eine Rückeroberung, eine Fortsetzung der früheren fränkischen Herrschaft daselbst sei. Diese Berufung auf historische Kontinuität finden wir besonders klar formuliert in der genannten Koblenzer Broschüre „Die Erscheinung". In einer Adresse von Aachener Patrioten an die französische Regierung[1]), die hier beiläufig erwähnt sei, erscheinen die Franzosen als „Gallier", als „alte Brüder", mit denen die „Rheinländer" durch einen Gesetzgebungsakt wieder vereinigt sein möchten. Der Zustand der Zeit Cäsars, da der Rhein die Ostgrenze Galliens war, soll wieder hergestellt werden. Forster stellt sogar folgenden Vergleich an: Wie die ursprünglich zu Frankreich gehörigen Provinzen Elsaß und Lothringen diesem zurückgegeben werden mußten, wird Deutschland auch auf die jenem gehörigen Rheinlande Verzicht leisten müssen[2]). In dem von ihm verfaßten, von allen Mitgliedern unterzeichneten Schreiben des rheinisch-deutschen Nationalkonvents an den Konvent in Paris mit dem Ersuchen um Annexion[3]) bietet Forster das fruchtbare Rheinland und das „unvergleichlich-gelegene" Mainz, den „Schlüssel des deutschen Reichs", „ein Meisterwerk von Befestigung", Frankreich an als einen Besitz, der ihm „von rechtswegen gebührt", wie Kultur und Geschichte erweisen.

Überdies, so betonen unsere Gewährsmänner, darf die Republik nicht mehr zögern und schwanken, ob sie die Sehnsucht der „geknechteten" deutschen Lande nach Freiheit stillen soll. Da sie den Rheinanwohnern auf den „Wunsch der meisten Kommunen" hin bereits formelle Zusagen machte, wiederholt versprach, sie aus ihrer drückenden Lage zu befreien, bleibt ihnen nur übrig, die „verlassenen Waisen" an Kindesstatt anzunehmen. Im anderen Falle spräche ja die „große Nation" ihren eigenen Prinzipien Hohn und befleckte ihren Ruhm durch schmachvollen Bruch getroffener Vereinbarungen. Leicht könnte dann der ehrvergessene Freistaat durch die enttäuschten, rachedürstenden ehemaligen Freunde zerkrallt werden. An sich ist die Einverleibung kein Geschenk seitens der Franzosen, sondern nur der wohlverdiente Lohn für die Liebe des rheinischen Volkes zur Freiheit, eine Sühne des Unrechts, das die Republik an den

[1]) Venedey, S. 388. [2]) Bd. VI, S. 413 f.
[3]) Klein, Gesch. v. Mainz . . , S. 466 f.

deutschen „Patrioten" beging, die in Paris wohl ein Asyl fanden, aber kein Äquivalent erhielten für die erlittene Einbuße an Besitz und Ehre. Wenn die Lombarden, so ruft der Schreiber der anonym erschienenen Schrift „coup d'œil sur le Rhin . . ."[1]) den französischen Diplomaten zu, der Freiheit sich erfreuen dürfen, so sind wir Rheinländer dieses Gutes weit würdiger, da wir in kritischen Zeitläuften, als ein verderbendrohender Orkan die Grundfesten des fränkischen Staatsneubaues erbeben ließ, mithin unter den ungünstigsten Verhältnissen, uns für die republikanischen Maximen erklärten.

Die Klärung der Rheinfrage ist nach Böhmers, Dorschs und Hofmanns Erachten keineswegs als Nebenfrage, sondern als Lebensfrage seitens der französischen Nation zu werten. Bedingt sie doch die Wohlfahrt der Republik wie der Rheinlande. Die Eingliederung derselben bringt einerseits Frankreich unermeßliche Vorteile. Sind sie nicht das „schönste Stück europäischer Erde"? — Lehne schreibt in seinem „historisch-statistischen Jahrbuch" (S. 5): „Hier haben sich Wasser, Luft und Erde vereinigt . . ., die Gegend mit ihren Wohltaten zu bereichern." Vereinigung des hier lebenden arbeitsamen, friedliebenden Völkchens mit Frankreich sichert die offene französische Westgrenze durch die Schranke des Stroms, der im Altertum die Provinz Gallien vor dem Ansturm der Barbaren und jüngst die ober- und niederrheinischen Departemente schützte. Ein allzu enger Kontakt mit den mächtigen Nachbarn wird künftighin vermieden, da kleinere rechtsrheinische Staatengebilde die Republik von den beiden Mächten ersten Ranges trennen. Durch den Reichtum des neuerworbenen Territoriums, das in der „Erscheinung" betitelten Flugschrift eine unerschöpfliche Kornkammer genannt wird, und durch die Lösung des rheinischen Handels von den Fesseln der harten Zollgesetze wird der Bestand der französischen Staatskasse gestärkt. Die den alten privilegierten Körperschaften am Rhein gehörenden unermeßlichen Domänen können unter Umständen den Gläubigern der Republik als Hypotheken angewiesen werden. Die beiden Akademien in Mainz und Bonn werden die Brennpunkte der

[1]) Jener unbekannte Gesinnungsgenosse Dorschs und Hofmanns; vgl. den Sammelband „La rive gauche . . ."

Propaganda für die Grundsätze der Revolution. — Nach Forsters Worten ist die Arrondierung des französischen Gebiets durch Erwerb der „natürlichen" Grenze gleichzeitig eine Entschädigung für die Kriegskosten des Siegers [1]).

Die Rheindeutschen ihrerseits werden in den Genuß der freien Menschenrechte, mithin auch des Lohnes für ihren Fleiß, gesetzt, von der Last ungerecht verteilter Steuern befreit und ernten die Früchte des Aufschwungs in Handel und Gewerbe. Lehne liegt in erster Linie das Glück der Stadt Mainz selbst am Herzen. Sie soll die ihr nach ihrer Lage und Geschichte gebührende Stelle als Handelsstadt ersten Ranges wieder erlangen. Damit dieses Ziel erreicht werde, macht er in seinem „Jahrbuche" spezielle Vorschläge für Hebung des Verkehrs durch Änderung der harten Mautgesetze, Beibehaltung des Stapelrechts und für Besserung des gesamten Unterrichtswesens, da die republikanischen Grundsätze „mit Unwissenheit und Rohheit sich so wenig vertragen als sich Wasser mit Öl verträgt". (S. 18.)

Hofmann und Dorsch stand auch in Paris noch als Ideal eine selbständige rheinische Republik unter französischem Schutze vor Augen. Hofmann jedoch kam unter dem Einflusse Rewbells, dem er sich in Paris genähert hatte,[2]) mehr und mehr von der Independenz eines cisrhenanischen deutschen Staates zu dem Projekt schlechthiniger Vereinigung seines „ersten" Vaterlandes mit Frankreich zurück. Diese Wandlung in seiner Denkart kündigt sich in der Formulierung seines Preisausschreibens an, das er auf die Kunde von dem genannten Louvet'schen Ausschreiben bekannt gab. Er setzte nämlich seinerseits einen Preis aus „à celui qui pourra prouver par un seul argument ou seulement par un sophisme un peu specieux ou plausible: Qu'il n'est pas du devoir de la république française de reculer ses limites jusqu'aux bords du Rhin et de réunir avec elle ces pays conquis ou d'en faire sous sa protection une ré-

[1]) Vgl. die obengenannten Briefe an Voß u. a. Dieselbe Auffassung auch in der später zu nennenden Zeitschrift „Beiträge zur Geschichte der französischen Revolution", Bd. 1, S. 2.

[2]) Vgl. Venedey, S. 260 f.

publique separée?“ Nach Dorschs Dafürhalten spricht zugunsten der Errichtung eines besonderen selbständigen rheinischen Freistaates der beträchtliche territoriale Umfang des in Rede stehenden Gebietes. Aber da die Leiden eines langen Krieges das Mark des dortigen Volkes zerstörten, wird es nicht in der Lage sein, sich ohne fremde Unterstützung zu behaupten. Die nach Sitten, politischen und religiösen Meinungen und Institutionen getrennten Rheinländer lassen sich überdies bei dem offenbaren Mangel an Einsicht und Energie schwerlich zu einem konsolidierten Ganzen vereinen. Die deutschen Fürsten stimmten freilich einer Unabhängigkeitserklärung der Gebiete eher zu als ihrer völligen Trennung vom Reiche, doch nur in der geheimen Absicht, nach dieser Art der Konstitutionsänderung ihre landesherrlichen Rechte mit Gewalt oder Intrigen wieder erringen zu können. Alle diese Schwierigkeiten werden durch die Vereinigung behoben. Der Verfasser jener Broschüre „coup d'œil sur le Rhin“ dagegen verficht noch ohne jedes Bedenken den Plan der Bildung einer Tochterrepublik Frankreichs am Rhein. Ein dauerndes Aufgehen der Rheinlande in Frankreich wollte auch der Gutsbesitzer Adam Lux[1]) aus Kostheim nicht, der als dritter Abgeordneter der convention Rhéno-Germanique Forster bei seiner Mission an die Machthaber in Paris begleitete. Dieser wegen trefflicher Eigenschaften des Herzens sympathische Mann betrieb den Anschluß an die Republik mit der reservatio mentalis, späterhin eine deutsche Republik wieder davon abzusondern. Zunächst kam es ihm, nach Venedeys Aufzeichnungen zu schließen[2]), nur darauf an, „möglichst viele Völker . . . mit Frankreich zu vereinigen, um den Despotismus zu bekämpfen“. Sein Haupt fiel unter der Guillotine, letzten Grundes nicht deshalb, weil er Charlotte Corday schwärmerisch verehrte und öffentlich verteidigte, wie man annahm, sondern darum, daß er sich zur Partei der Brissotisten bekannte und die Marat'sche Richtung ehrlich verabscheute.

---

[1]) Vgl. Bamberger, Adam Lux, ges. Schriften; Heigel, S. 98.

[2]) S. 121 f; 141 f. Vgl. auch „Coup d'oeil sur le Rhin“, S. 23.

β) im Gebiete von Koblenz, Aachen und Trier.

Für die Gründung einer cisrhenanischen Republik nach dem Vorbild der cisalpinischen, die Bonaparte in Italien stiftete, schien eine Zeit lang berechtigte Hoffnung zu bestehen. Unter dem Einflusse der versprengten Mainzer Klubisten und der Intermediärkommission in Bonn, die der am Rhein kommandierende General Hoche einsetzte, verbanden sich die Franzosenfreunde im Kölner, Trierer und Aachener Gebiet. Als im Verlaufe der Unterhandlungen zu Kampo Formio das Gerücht umlief, das linke Rheinufer werde den ehemaligen Eigentümern zurückgegeben, suchten sie den schon längst gehegten Wunsch der Bildung einer cisrhenanischen Republik durchzusetzen. Die Tendenz dieser Bewegung ist deutsch zu nennen, denn „die Gründung eines selbständigen Freistaates sollte ebenso der Wiederkehr der geistlichen Kurfürsten und der übrigen alten Herren wie der eroberungslustigen Politik des Direktoriums einen Damm entgegensetzen“ [1]). Die Republikaner nahmen wohl an, das Reich werde die Existenz eines mit ihm durch Sprache und Sitte noch verbundenen Pufferstaates eher billigen als eine Bereicherung des Feindes; andrerseits werde Frankreich mit dem Gewinn einer militärischen Grenze und dem Ruf maßvoller Haltung bei Unterhandlungen sich bescheiden. Der zu gründende Staat sollte zwischen Deutschland, „der mißachteten und doch geliebten Mutter, und Frankreich, der ebenso gefürchteten wie verehrten Adoptivmutter“, eine neutrale Stellung einnehmen [2]). Der leutselige General Hoche lieh gern den sogenannten „Konföderierten“ seinen Arm. Als Rivale Napoleons gelüstete es ihn, seinen Namen ebenfalls durch Gründung eines neuen Freistaates der Nachwelt zu überliefern. Der französischen Regierung kamen wohl die Nachrichten von dieser Bewegung am Rhein nicht unwillkommen; durch Hinweis auf derartige Vorgänge konnte sie den Gang der Friedensunterhandlungen zu ihren Gunsten beeinflussen, sich auf die Stimme des rheinländischen Volkes berufen. Eine öffentliche allgemeine Erklärung für eine Verfassungsänderung nach ihrem Sinne im Gebiete von Bonn, Köln und Koblenz zustande zu

[1]) Heigel, S. 320. [2]) ibid.

bringen, wollte aber den Mitgliedern der „patriotischen Gesellschaft" in Koblenz und der „Gesellschaft der Freiheitsfreunde" in Bonn trotz des Beistandes der „Mittelbehörde" nicht gelingen. Als dann im September 1797 Hoche starb und im Oktober und November die Kunde eintraf, daß die Neuerer falsch kalkuliert hatten und das linke Rheinufer integrierender Bestandteil der französischen Republik werde, also keine selbständige Verfassung erhalten solle, konnten die „Konföderierten" folgerichtig nur eins tun, die französische Trikolore gegen ihr Banner einzutauschen.

Wie in Köln Michel Venedey, aus dessen Aufzeichnungen das von uns benutzte Werk seines Sohnes Jakob V. hervorging, so war in Koblenz, dem eigentlichen Brennpunkte der Bestrebungen für eine „république cisrhénane" der feurige Joseph Görres das Haupt des „Patriotenklubs." Görres war wie die Mainzer Republikaner verstimmt angesichts der verworrenen Lage des Reichs. Seine Abneigung gegen die abgelebten Formen und sein ungebändigter Freiheitssinn machten ihn zu einem begabten Verfechter der neuen verheißungsvollen Ideen. Er erwartete eine Neuordnung der Dinge, eine Besserung der rheinischen Zustände. Das Alte mochte stürzen, wenn nur auf seinen Trümmern sich ein neues, kräftiges Staatengebilde erhob. Er zählte zu den radikalsten Demokraten. Sein „rotes Blatt", eine vom Februar 1798 an erscheinende Dekadenschrift, stritt für eine neue, freie Verfassung. Zugleich schwang der Verfasser, der nie aufgehört hatte, ein Deutscher zu sein, darin die Geißel wider die fremden Ausbeuter, die französischen Agenten und Kommissäre. Dasselbe Programm lag der am 23. September 1798 begonnenen, bis zum Juni 1799 fortgesetzten Monatsschrift mit dem Necktitel „Rübezahl" zugrunde, die das erste Blatt weiter führte. Görres betonte die Theorie der „natürlichen" Grenze als solche nachdrücklicher wie seine Gesinnungsgenossen flußaufwärts. „Die Natur schuf den Rhein zur Grenze von Frankreich; wehe dem ohnmächtigen Sterblichen, der ihre Grenzsteine verrücken und Kot und Steinhaufen ihren scharf gezogenen Umrissen vorziehen will", schrieb er in einem Aufruf[1]). Auch die Aachener „Pa-

[1]) Venedey, S. 309.

trioten" machten sich dieses Prinzip vollkommen zu eigen. Einer Adresse zufolge, die wir oben bereits zitierten und die ein Mitglied des „cercle de la réunion" in Aachen im Auftrage dieses Kreises an den Regierungskommissär Rudler entwarf, hat der „männliche" Rhein die höhere Bestimmung, sich mit Seine, Garonne und Loire „aufs innigste zu verbünden[1])." Mit ähnlichen Worten preist im 2. Heft des „roten Blattes" ein Unbekannter die Verbindung des Rheins mit den vier großen weiblichen Strömen Frankreichs und deren wohltätigen Einfluß: „Nur von weiblichen Flüssen war jüngst noch Altfrankreich durchströmt, schändlich sein Genius auch von weibischen Männern entweiht. Nun es frei ist und vom rüstigen Vater Rhein gekrönt, ist sein Genius auch nur dem Mut und der Tugend geweiht." Görres selbst läßt in Konsequenz dieses revolutionären Grundsatzes in jenem bekannten fingierten Testament das untergegangene Deutschland als letztwillige Bestimmung kundgeben: „Wir setzen . . . . fürs erste fest und ernennen die fränkische Republik als einzige, rechtmäßige Erbin des ganzen linken Rheinufers und bitten diese verehrliche Republik, dies kleine, aber gutwillig gegebene Geschenk als ein Zeichen unserer Hochachtung und Liebe anzunehmen[2])." Mit dreistem, frivolem Sarkasmus spottet er so über das der Auflösung nahe deutsche Reich. Als Probe seiner Denkart sei ein Gegenstück zu der erwähnten Leichenrede mitgeteilt aus dem 5. Hefte seines Blattes:

„Nachdem seine Majestät der Kaiser, der König von England, von Preußen, von Portugal usw., ein halb Dutzend italienische Majestäten, drei Mandel Durchlauchten, achthalb Dutzend Exzellenzen und neunundneunzig Gnaden durch eine sechsjährige Erfahrung gelernt haben, wie im hohen Grade vorteilhaft ein Krieg mit Frankreich, wie zuträglich ihren Kassen, wie rühmlich ihren Kriegern, wie angemessen ihrem erhabenen spirit public sei, wie wenig also die Menschheit Ursache habe, sich nach einer baldigen Beendigung desselben zu sehnen, so sind sie doch jetzt, um der Welt einmal wieder einen auffallenden Beweis ihres zwar schon längst anerkannten, grenzenlosen guten Willens zu geben, entschlossen, auf alle diese glänzenden Vorteile Verzicht zu tun und der Menschheit einen

[1]) Venedey, S. 389. [2]) 3. Heft, S. 80.

Frieden zu schenken, dem sie in der Einfalt ihres Herzens vor einem so brillanten Kriege den Vorzug zu geben sich nicht entblödet haben. Sie sind daher mit der fränkischen Republik auf folgende Punkte überein gekommen: Da tiefe Spekulationen in dem Gebiete der transzendentalen Politik den hohen Kontrahierenden Gründe an die Hand gegeben haben, die es sonnenklar zeigen, wie ersprießlich ihnen die Abtretung der Länder auf der westlichen Seite des Rheines an Frankreich sei, Gründe, auf die vorzüglich Sr. Majestät dem Kaiser als Eingeweihtem in die Mysterien dieser erhabensten aller Wissenschaften aufmerksam gemacht zu haben das Verdienst bleibt, die aber erst in künftigen Jahrhunderten dem gemeinen Menschenverstande einleuchten werden: so sind sie entschlossen, fest darauf zu bestehen, daß der Rhein Frankreichs Grenze werde. Im Weigerungsfalle von Seiten dieses Staates werden die übrigen denselben auf rechtlichem Wege und durch Zwangsmittel zur Annahme dieser ihnen so lästigen Länder zwingen." (S. 144 f.) – – –

Hart mag es Görres angekommen sein, daß er seine Lieblingsidee der Indepenbenz drangeben mußte. Durch seine im Dezember 1797 verfaßte Proklamation „Die Mitglieder der cisrhenanischen Föderation in Koblenz an ihre Mitbürger"[1]) klingt die Trauer über dieses Verzichtenmüssen. Notgedrungen ändert er die Farbe und tritt für Reunion ein, die sein Vaterland zwar an einen „Koloß" fesselt, eine „Riesenmacht", die ewig unbezwingbar sein wird und es mit Vorteilen in Handel und Gewerbtätigkeit beschenkt, dabei aber dem deutschen Nationalcharakter Zwang antut. Diese „Inkonvenienz", daß das Eigenleben seines Volkes bei der Einverleibung in Frankreich unterdrückt werde, hebt er am schärfsten hervor in der Schrift „Resultate meiner Sendung nach Paris"[2]). Darin kommt sein Widerwille gegen französische Kultur, sein beginnender Stimmungswechsel, sein Ringen um eine nationale Staatsanschauung zum Ausdruck. Auf dieses letzte Dokument aus der ersten Periode seines politischen Lebens sei hier kurz eingegangen. Görres war Mitglied der Deputation aus den vier rheinischen Departementen, die im Jahre 1799 die maß-

[1]) Venedey, S. 309.

[2]) Vgl. Bd. 1 seiner gesammelten Schriften.

gebenden Persönlichkeiten in Paris um Besserung der inneren Lage der Rheinlande und Fixierung ihrer Verfassung ersuchen sollte. Der 25jährige junge Mann kam nach Paris, „als die Leidenschaften, losgebunden von der Kette, in die der gesellschaftliche Anstand sie schlug, . . . sich auf der leeren Bühne umher . . . . tummelten. (Einl. S. 27.) Er traf gerade „das neugeborene Kind des Militärdespotismus in seiner Wiege“ [1]). Über diese Sendung berichtet Görres in prunkvoller Sprache und erörtert dabei voll Ruhe und Ernst das Problem, ob der Wohlfahrt seines Landes eine Amalgamierung mit Frankreich dienlich sei. Im Gegensatz zu der von den Franzosen und früher von ihm selbst verfochtenen Theorie, daß Ströme, Meere und Gebirgsketten ein natürliches, die fluktuierenden Völkermassen bezwingendes Gehege darstellten, sieht er nun in den kontrastierenden inneren Qualitäten der Nationen die natürliche Scheidung markiert. Die Differenzen in der „moralischen Natur“, die Unterschiede der Sprache, Sitte, Gesinnung, Gemütsanlage (IV, 600), müssen die Fingerzeige für die Grenzregulierung geben. Darnach erscheint ihm der Abgrund zwischen dem französischen und deutschen Nationalcharakter nicht überbrückbar. Die leichtblütige, elastische, meteorgleiche Art des Menschenschlags zwischen Mittelmeer und Kanal, Pyrenäen und Alpen läßt sich mit dem kalten, schwerfällig-beharrlichen, nach innerer Kultur strebenden Sinn der Deutschen nicht verquicken. Diese Verschiedenheit in den Wesensarten ist die natürliche Grenze; ihre Existenz vermag nur eine physische Vermischung mehrerer Generationen von hüben und drüben zu paralysieren. „Die Weinreben des Rheins und die Orangen des Südens gedeihen nicht unter der nämlichen Sonne, sie schied die Natur, und was sie geschieden wissen will, vereinigt sie nicht leicht wieder.“ (S. 97.) Nach diesem allgemein-nationalen Gesichtspunkt ist die Reunion der Territorien „unzuträglich“. Sollten aber die Rheinländer wieder unter das alte Joch gebeugt werden, so eröffnete sich eine erschreckende Perspektive. Die heimkehrenden Despoten werden die Trabanten ihres Triumphwagens, die Schleppträger ihres Purpurs nur noch in

[1]) Vgl. dort Bd. 4, S. 600.

der niedrigsten Volksklasse finden, nicht mehr in den Kreisen der Aufgeklärten, der Gebildeten. Ein rohes, unwissendes Geschlecht wird heranwachsen, Leidenschaften und Brutalität werden frohlocken, geschützt durch den „schwarzen Bund" der Fürsten und Pfaffen. Es gilt darum, einen Ausweg zu finden, eine Straße, die zwischen der Scylla schreiender Dissonanzen und der Charybdis finsterer Gewaltherrschaft heil vorbeiführt. Nur die Proklamation der Independenz, die Errichtung einer cisrhenanischen Republik löste befriedigend die Schwierigkeit. Sie allein schirmte Nationalität und Freiheit und trotzte den bösen Rachegeistern. Leider wird diese neue, der französischen paritätisch angegliederte Republik wohl ein Phantom bleiben. Die deutschen Kabinette stimmten ihrer Gründung nie zu, da in einer unabhängigen Republik „das Gefühl der wohltätigen Veränderung ungemischt sich erhielte . . ., in lauter Rühmen überginge und zur Nachahmung reizte." (S. 105.) Frankreich seinerseits ist gezwungen, die noch „unangetastete Mine" der Rheinlande auszubeuten zur Heilung der Finanzschäden, mithin die Länder der Republik zu inkorporieren. So bleibt denn keine andere Wahl, als der Annexion zuzustimmen. — Zwischen der Freudigkeit, womit er in seiner der fränkischen Nation zugeeigneten Erstlingsschrift[1]) seine Ziele vertritt, und der Resignation, in der er hier, „der Not gehorchend, nicht dem eignen Trieb", sich zur Annexion bekennt, ist doch ein gewaltiger Unterschied. Jedenfalls brachten seine Beobachtungen in Paris Görres zur Selbstbesinnung. Er verstummt zunächst. Später trat er zur Partei der wahren „Patrioten" über.

Das in den Kreisen der rheinischen „Patrioten" tonangebende Görres'sche „rote Blatt" führt zwar eine dreiste Sprache, steht aber an Form und Inhalt weit über der gehässigen und gewissenlosen Zehntageschrift „Brutus, der Freie", die in Köln und Aachen von einem früheren Mönch, dem fanatischen Fr. Th. M. Biergans herausgegeben wurde. Sie ist von Anfang an revolutionsfreundlich. Ein volkstümlich gehaltenes revolutionäres Blatt gab der frühere Franziskaner J. B. Geich im Jahre 1795 und 1796 heraus und widmete es den „Ver-

[1]) „Der allgemeine Friede, ein Ideal." Vgl. auch Bd. 4, S. 599 f.

ehrern der Menschheit". Nach diesem „Bonner Dekadenblatt" ließ er die „Asträa" und den „Freund der Freiheit" erscheinen. Geich vertritt die cisrhenanische Lösung der Rheinfrage.

2. Feindschaft gegen England; Abneigung gegen Österreich.

Allgemein verbreitet ist unter den Republikanern in Mainz die Verurteilung der Politik Englands. Auch das „Exzerpt aus den Reden und Schriften mehrerer Politiker" polemisiert gegen den Inselstaat. Das lüsterne Albion, so rechnet man den Franzosen vor, will das linke Rheinufer den alten Eigentümern belassen. Wie es gerne den ganzen Ozean als seine Domäne betrachtete und ihn gern mit Ketten sperrte, so sucht es auch seine selbstsüchtige Handelspolitik auf den Rhein auszudehnen. Es weiß, wie wenig die rheinischen Fürsten den Lockungen britischen Goldes widerstehen können. Auf Englands Wunsch hin erschweren sie die Ausfuhr der Produkte ihres eigenen Landes durch hohe Auflagen und fördern durch ihre kurzsichtige Spekulation die Konkurrenzlosigkeit der britischen Waren in den Nachbargebieten. Mit derselben List veranlassen die Engländer die kleinen Rheinfürsten, auch nachbarliche Handelsartikel mit Zöllen zu belasten, damit die rheinischen Territorien ausschließlich ihnen als Absatzgebiet vorbehalten seien. Verbilligung der Frachten und Aufhebung der Beschwerung des Transithandels sollen nun in dem mit der uneigennützigen Frankenrepublik vereinigten Lande die Waren so wohlfeil gestalten, daß der Nebenbuhler England auf den großen Märkten geschlagen wird. Niemand glaubt, — oder will glauben, — daß auf Englands Vermittlung hin das reunierte Gebiet zurückgegeben werde. Den Rheinländern, die sich „auf den Rohrstab Britannia mit der eitlen Hoffnung hinlehnen, daß Frankreich das linke Rheinufer wieder abtreten wolle", wird im „Beobachter" versichert, „daß Kaiser Franz bei den gegenwärtigen Friedensunterhandlungen auch nicht einmal daran gedacht habe, ein solches Ansinnen an Frankreich zu machen"; — hat doch Frankreich, „seit Jahrhunderten . . . . in allen Kriegen Schwertführerin, in allen Friedensschlüssen Tonangeberin", „seinen Feinden selbst Bewunderung abgenötigt" und

sich den ersten Rang unter den Mächten Europas ganz entschieden erworben“ [1]).

Auch Österreich soll durch die Reunion der rheinischen Gebiete getroffen werden. Es erscheint in unseren Schriften als der ewige Ruhestörer. Jetzt gilt es, diesen nimmersatten Erbfeind Frankreichs an die Kette zu legen. Wenn ihm die Brücke nach seinen Erbstaaten hin zerbrochen ist, hat die Republik von seiner traditionellen Eroberungspolitik nichts mehr zu fürchten. Dem Gegner ist dann die Möglichkeit genommen, das linke Rheinufer zum „unglücklichen Theater“ des Krieges zu machen. Der Lauf des Rheins bildet eine Schutzwehr gegenüber seinem Rachedurst. Die Rheinlande selbst führen in Zukunft dem französischen Kontingent eine stattliche Anzahl wackerer Kämpfer zu, falls der Wiener Hof es wagt, eine neue Fehde vom Zaune zu brechen. Bataillone auf Bataillone lassen sich dann in dem menschenreichen Rheinland aus dem Boden stampfen. Dadurch, daß diese Gebiete in Zukunft Österreich versperrt sind, verliert es gleichzeitig für den Kriegsfall eine Subsidienquelle und seine Rückendeckung. Darnach zu urteilen, ist die Angliederung der Rheinlande an Frankreich durch wichtige politische Rücksichten gefordert. — Solche Argumente finden sich in allen französisch geschriebenen Abhandlungen der Mainzer Gelehrten und in einer weiteren Preisschrift des Bürgers J. Löw, abgedruckt neben Dorschs Erörterung über die Rheinfrage in den „Beiträgen zur Geschichte der französischen Revolution“, einer von Paul Usteri herausgegebenen Zeitschrift, die „eine Auswahl der wichtigsten und merkwürdigsten unbekannteren Materialien“ aus der Epoche der Revolution liefern will. Nach dem Gutachten des Koblenzer Libellenschreibers muß die Reunion der Rheinlande sofort vorgenommen werden. Andernfalls könnte nach dem (damals zu erwartenden) Ableben des pfälzischen Kurfürsten Österreich selbst unter Erneuerung seiner Ansprüche sich in den Besitz der herrlichen Rheingegenden setzen.

Der talentvolle, als Historiker bekannte Dr. E. L. Posselt rechtfertigt die erstrebte Ausdehnung Frankreichs angesichts der verwerflichen gemeinsamen Raubpolitik Österreichs und Preußens.

[1]) „Beobachter“, Jahr IX, Nr. 63.

Posselt, ursprünglich Jurist, „verehrte" bekanntlich das neue Frankreich, sodaß seiner von 1795 in Tübingen erscheinenden Zeitschrift „Europäische Annalen" das Prädikat „Gallomanische Annalen"[1]) beigelegt wurde. Immerhin waren sie eine verbreitete politische Rundschau. Ihr Versprechen, „unter der Flagge der bewaffneten Neutralität der Wahrheit" merkwürdige Begebenheiten in Europa zu melden, konnten sie bei der offenkundigen Parteinahme ihres Schriftleiters natürlich nicht halten. Dieser, eine „dithyrambische Natur", wie Heyck ihn nennt, widmet der Erörterung der „natürlichen" Grenzen einen breiten Raum.

Er gibt die Berichte Roberjots, Merlins von Douai, Lesages', Portiez' und Carnots über diesen Gegenstand wieder[2]), auch ein Bruchstück aus der „für die jetzigen Zeitumstände so merkwürdigen" Geschichte des 7jährigen Kriegs aus der Feder des englischen Generals Lloyd über die Frage der deutsch-französischen Grenze. Posselt selbst schrieb[3]) eine „Geschichte des Systems der fränkischen Regierung in Betreff der Grenzen gegen Deutschland", worin er die einzelnen Stadien der Grenzforderungen Frankreichs von 1792 an zeichnete. Im Anhang zu dieser Chronik druckt er eine preisgekrönte Beantwortung des uns bekannten Ausschreibens ab, das die Frage aufwarf, ob es dem Interesse der fränkischen Republik entspreche, daß ihre Grenze bis an den Rhein vorgerückt werde. Der Verfasser, ein nicht genannter französischer Ingenieur, löste die Frage — selbstverständlich — in affirmativem Sinne. Die Attribute „vorzüglich", „meisterhaft", die Posselt diesen Ausführungen beilegt, legen die Vermutung nahe, daß er nicht nur der Form der Ausführungen, sondern auch ihrem Inhalt und ihren Konsequenzen Beifall zollt. Unsere Ahnung bestätigt sich durch ein Bekenntnis des Herausgebers zur „gerechten" Expansionspolitik der Franzosen. Ursprünglich, so schreibt er an dieser zweiten Stelle, zog Frankreich nicht auf Eroberungen aus, sondern wollte nur seine junge, bedrohte Freiheit schützen. Nun aber haben Österreich, Rußland und Preußen während des Kriegs ein Königreich von 10 000 Meilen² und 8 Millionen Einwohnern untereinander aufgeteilt und das seitherige Macht-

[1]) „Minerva", 1800, Dez., S. 446.

[2]) 1795, 3. u. 4. Bd., S. 246, bezw. 60 f. [3]) 1798, 6. St., S. 237 f.

verhältnis der europäischen Staaten verschoben. An Frankreich ist es nun, sich schadlos zu halten und zugleich gegen die Raubgier dieser Mächte eine feste Grenze zu ziehen. Beides kann nur geschehen auf Kosten Deutschlands. „Deutschland war, seit es kein Polen mehr gab, die einzige Zwischenmauer, die das südliche Europa und sein neues politisches System von dem Norden und seinem ganz entgegengesetzten System trennte; es war in mehr als einer Rücksicht der Einwirkung des letzteren offen. Hier also, auf ihrer östlichen Außenlinie, mußte die fränkische Republik außer einer Vergrößerung, die mit jener, welche die nordischen Mächte in Polen gefunden hatten, in Verhältnis stand, sich zugleich die möglichst feste Grenze zu geben suchen. Eine solche war die, welche einst das alte Gallien umschloß und alle Vorteile einer von der Natur selbst vorgezeichneten Grenze in sich vereinigte, — der Rhein[1])". Der weittragenden Folgen der Verwirklichung dieses „Gebots der Staatsklugheit", eines Planes, der in Frankreich schon lange „der unbefriedigte Wunsch der Politik[2])" war, ist Posselt sich wohl bewußt. Österreich müßte den Verlust seiner „Goldquelle", der Niederlande, betrauern, und aus dem altersschwachen Gebäude des deutschen Reichs müßten mehrere Säulen herausgebrochen werden. Diese Einbuße von etwa 1200 Meilen² und nahezu 4 Millionen Menschen, gleichbedeutend mit der Drangabe von $^1/_{10}$ seiner Gesamtoberfläche und $^1/_7$ seiner Volksmenge brächte Deutschland nicht nur Schwächung, nein, vernichtete es wohl gar[3]).

An Posselts Art, Frankreichs Absichten als zurecht bestehend hinzustellen gegenüber der Eroberungslust Österreichs, werden wir erinnert bei der Lektüre der „originellen" Monatsschrift „Frankreich", in Altona von dem demokratisch gesinnten Berliner Kapellmeister und Musikdirektor Joh. Friedr. Reichardt zusammen mit Peter Poel herausgegeben. Die Zeitschrift bringt Briefe gebildeter Hamburger und Franzosen, die von Paris aus an die Herausgeber geschrieben wurden. Sie werden ohne Namensnennung veröffentlicht als unverfälschte „Urkunden von der wichtigsten Epoche der Menschheit." Cha-

[1]) 1798, 6. St., S. 267 f. [2]) 1795, 4. St., S. 59.
[3]) Vgl. 1795, 3. St., S. 322 f; 4. St., S. 234; 1797, 1. St., S. 13 f.

rakteristisch ist das Bemühen einzelner Artikelschreiber, die Sympathie der Rheinländer für die Vereinigung mit Frankreich zu erweisen und die Reunion als eine diesen Gebieten zu bescherende Wohltat zu preisen[1]). Bei der Analyse des im Vertrag von Kampo Formio sich offenbarenden politischen Geistes[2]) kommt ein Autor zum Ergebnis, daß Frankreich keinerlei erniedrigende Opfer forderte. Linksrheinische Lande mußte sich die Republik als Pfand ihrer künftigen Sicherheit aneignen, um auf diese Weise das zerrüttete europäische Gleichgewicht wiederherzustellen. Wenn es das Ziel aller Operationen der Koalition war, den jungen Freistaat zu zerstückeln, – kann da das französische Volk maßloser Ruhmsucht und Ländergier bezichtigt werden, das „Grundsätzen der Gerechtigkeit, der Notwendigkeit und des allgemeinen Staatsrechts" gehorsam eine ausgedehnte, verteidigungsfähige, zuverlässige Demarkation erstrebt?

Der beliebten Ausrede einer Berufung auf die polnische Teilung und das dadurch gestörte europäische Gleichgewicht zur Fürsprache für die Republik bedient sich als dritter der Verfasser des Buches „Geschichte des fränkischen Rheinufers", der Pastor Heinrich Simon van Alpen aus Stolberg. Seine Denkart verrät er schon durch die Widmung seines einseitigen Werkes. Er eignet es nämlich Jeanbon Saint-André zu, dem Präfekten des Donnersberger Departements und General-Regierungskommissär in den vier linksrheinischen Distrikten. Er kann sich nicht genug tun im pathetischen Lobe des „aufgeklärtesten Volkes der Erde", dessen Politik untadelig ist. In seiner Hand „strahlt . . jetzt . . das fränkische Rheinufer . . . als der ehrenvollste Lohn . . . , als immerwährendes Denkmal . . seiner Größe und als unüberwindliche Burg gegen jeden Anprall des Eroberers[3])." Wenn er die „lieblichen Veränderungen", die Schöpfungen der französischen Kommissäre nämlich, mit dem früheren Zustand seines Landes vergleicht, erfüllt ihn Zufriedenheit und frohe Hoffnung.

---

[1]) Vgl. 1795, 5. St., S. 17 f; 1798, 2. St., S. 162 f; 1799, Bd. 1., S. 89 u. a.

[2]) 1801, 1. Bd., „Über die jetzige Lage Frankreichs in Absicht auf seine Feinde."

[3]) 1. Teil, S. 3.

3. Hoffnung auf Dauer des Friedens nach Beseitigung des Streitobjekts.

Diese Erwartung kommt in Posselts „Allgemeiner Zeitung", den beiden Zeitschriften „Beiträge zur Geschichte der französischen Revolution" und „Europens politische Lage und Staats-Interesse", sowie in drei Flugschriften „Der Kongreß in Rastatt vor dem Richterstuhle der Vernunft", „Supplement zu der Schrift: „An den Kongreß zu Rastatt" und „Blick in die Zukunft bei dem Luneviller Frieden" zum Ausdruck. Eigentümlich ist diesen publizistischen Dokumenten die Überzeugung, daß mit der Abtretung der Rheinlande an Frankreich ein Zankapfel beseitigt, ein Hemmschuh des ewigen Friedens hinweggeräumt sei.

Posselt war eine Zeit lang Schriftleiter der in Süddeutschland viel gelesenen „Allgemeinen Zeitung", genau gesagt der „Neuesten Weltkunde", wie die ersten Nummern des vom 1. Januar 1798 an in Tübingen erscheinenden Blattes überschrieben waren[1]). Diese sollte alle historisch-wichtigen Tatsachen enthalten, von dem Inhalt und der Form der „gewöhnlichen Zeitungen" mit ihren „verwirrten und verwirrenden Rapsodien voll Widersprüche, voll Überflüssigkeiten und voll Lücken" sich fernhalten. (Nr. 1.)

Posselt will die Trennung des Rheingebietes vom Reiche gerne verschmerzen, wenn er die Gewißheit haben kann, daß damit „mit siebenfacher Kette an der Höllenpforten Angel des

[1]) Sein Begründer, der rührige J. F. Cotta, versuchte zuerst Schiller für den Plan einer „Allgemeinen Europäischen Staatenzeitung" zu gewinnen. Er hielt den Dichter wohl an erster Stelle für „innerlich disponiert", der damals entstehenden öffentlichen Meinung Führung zu geben. Da sein Bemühen keinen Erfolg zeitigte, nahm er Posselt in seine Dienste. Dessen „Annalen" sind hervorgegangen aus dem Beiheft, das dem nunmehr „Allgemeine Zeitung" benannten Blatte monatlich folgen sollte. Die Zeitung selbst fand einer gewissen Universalität ihres Inhalts wegen rasch Anklang und erschien vom September 1798 ab unter württembergischer Zensur — anfangs war sie zensurfrei, doch verschiedene Beschwerden von Wien und Petersburg aus brachten das Blatt um diese Freiheit, — in Stuttgart. Hier übernahm Ludwig Ferdinand Huber, ein Gesinnungsgenosse Posselts, die Herausgabe. Vgl. Urteile über die Allg. Ztg. in Wielands Merkur, 1799, Bd. 1, S. 4 f., S. 12 f., S. 25. 1800, Bd. 3, S. 232 f., 1801, Bd. 1, S. 112.

Krieges Ungeheuer angefesselt werden wird“ [1]). Der Verlust des linken Rheinufers ist doch unvermeidlich, einer völligen, gefahrdrohenden Umformung der uralten deutschen Verfassung, die nur „durch eine gewisse Ehrfurcht für ihr Altertum und durch die allgemein accredierte Idee von ihrer Wichtigkeit sich erhalten hatte“ [2]), läßt sich nicht aus dem Wege gehen. Der geographische Atlas und die Statistik haben bereits gewaltige Änderungen erfahren. Daher ist das Hinschleppen der Verhandlungen in Rastatt völlig unnütz. Die widerstrebenden geistlichen Stände sollten in sofortige Abtretung des in Rede stehenden Gebietes einwilligen [3]). Dieser Auffassung, daß der Verlust des rheinischen Territoriums nicht zu vermeiden und in gewissem Sinne eine Wohltat für Deutschland ist, folgend, nimmt Posselt im Juni 1798 [4]) die Bemerkungen eines Hydrotekten auf, der die Möglichkeit bespricht, einen Strom als Scheidelinie zu respektieren. In der Einleitung dazu wird zufrieden als ein definitivum hervorgehoben: „Der schönste Strom in Europa, der Rhein, erhält nun dadurch eine neue Wichtigkeit, daß er künftighin die Grenze zwischen den zwei größten und kultiviertesten Nationen der Welt sein wird.“ — Der Verfasser dieser hydrotechnischen Erörterungen, der Steuerrat und Ober-Rheinbau-Inspektor Wiebeking, kommt auch in späteren Nummern der Zeitung [5]) mehrfach zu Wort. Wir skizzieren seine zugleich als Flugschrift erschienenen Vorschläge zur Korrektion des Flußbettes an anderer Stelle.

In den von Ulteri herausgegebenen „Beiträgen zur französischen Revolution“ deklariert Löw [6]), daß die Quelle zu allen künftigen Fehden, die von Österreich her drohen, verstopft sei, sobald der Fluß zum non plus ultra für die Feinde bestimmt werde. Jetzt ist endlich „das riesenhafte Mißverhältnis unter den Staaten“ ausgeglichen, schreibt der schwärmerische Mainzer Republikaner F. J. Emerich in seiner kurz nach dem Luneviller Frieden verfaßten Broschüre [7]). Alle Leidenschaften sind nun abgekühlt. Nach menschlichem Ermessen sind darum lange Jahre des Friedens dem Reiche beschert. Das erwähnte

[1]) 1798, Nr. 83. [2]) 1798, Nr. 1. [3]) 1798, Nr. 69. [4]) 1798, Nr. 157 f.
[5]) 1801, Nr. 182 f. Vgl. auch Allg. Lit. Anz. 1799, Nr. 35 u. 54.
[6]) 1796, Bd. 7, S. 54 f. [7]) „Blick in die Zukunft.“

„Supplement" lobt sogar die von der Reichsdeputation zu Kampo Formio herbeigeführte Lösung der Grenzfrage. Die Reichsstände haben „mit einer Weisheit, die ihren Kenntnissen von Deutschlands wahrem Wohl Ehre macht, der großen fränkischen Republik jene Grenze abgetreten . ., welche die Natur zwischen beiden Staaten angelegt hat, . . . und dadurch Deutschlands künftige Ruhe gesichert". (S. 4.) Der Republikaner Wedekind liefert in den „Beiträgen"[1]) einen Kommentar zum nahenden Frieden. Dieser wird nur dann Dauer haben, wenn die gesegneten Rheinlande nicht ein „gefährlicher Zusatz" der Frankreich feindlichen Macht bleiben. Da „der Krieg aller Handlung feind ist", garantiert künftighin der gemeinsame deutsch-französische Handel ununterbrochene Ruhe. Damit der Friede, ein „französischer" Friede also, bald geschlossen werde, empfiehlt Wedekind sogar in seiner niedrigen Sinnesart den Franzosen, durch Requisitionen und Impositionen die rechtsrheinischen Gebiete solange auszupressen, bis die Fürsten den Kaiser zur Beendigung dieses Martyriums in ihren Territorien und damit des Krieges überhaupt zwingen. Die Rheindeutschen sollen aber von diesen Schindereien verschont werden, damit die Hinneigung zur Republik in ihnen nicht erstickt werde.

Die preußenfreundliche Zeitschrift „Europens politische Lage und Staats-Interesse vertritt den Standpunkt, daß das Reich das kleinere Übel einem größeren vorziehe, wenn es auf den Rhein verzichte. Sie spricht im Jahre 1797 die Vorahnung aus, daß Deutschland wichtige Veränderungen bevorstehen, soweit es sich nach der unklaren Formulierung des Grundsatzes der Integrität des Reichs in den Friedenspräliminarien beurteilen läßt. Wenn Deutschland die Rheinlande wieder erhält, gewinnt es nichts dabei. Die gezwungen unter die alte Regentschaft zurückkehrenden Bewohner werden „möglichen Sieg über Tyrannei dem Bettelstab und Elend vorziehen, das ihnen bevorsteht." In dem dann entbrennenden Bürgerkrieg wird wohl die Wagschale des Siegs sich auf die Seite der verzweifelten Verteidiger der Freiheit neigen. „Und vermöchten auch die deutschen Fürsten die Untertanen der Erzstifter usw. zu bändigen, ist der Tiger an der Kette weniger furchtbar, wenn die

[1]) 1796, Bd. 6, S. 167 f; 1796, Bd. 7, S. 146.

Hand eines Nachbarn sie lösen kann? Laßt Frankreich nur Ursache zu einem Kriege finden, und nicht nur diese, sondern alle Völker werden frei, wohin seine Heere kommen. – Darum täte Deutschland wohl, das kleinere Übel dem größeren vorzuziehen[1])." — Die Bistümer, Klöster, Stifter und Abteien des „unnützen Heuschrecken-Schwarms der Dompfaffen" werden die Reichsstände für den Verlust linksrheinischer Gebiete entschädigen. (S. 136).

4. Doktrinäre Ableitungen.

Eine sonderbare theoretische Ableitung der Notwendigkeit einer Vergrößerung Frankreichs wird uns in den „Beiträgen zur Geschichte der Revolution" vorgetragen: Die Republik ersehnt einen „allgemeinen, wohltätigen und ewigen Frieden", dessen Voraussetzung das Vorhandensein einer repräsentativen Staatsverfassung in den Nachbargebieten wäre. Da dort aber eine solche „legale" Konstitution nicht besteht, muß die fränkische Nation stets im besten Verteidigungszustand sein gegenüber den weniger friedlich gesinnten Nachbarn. Diesen Grad des Gerüstetseins gewährt ihr nur die Rheingrenze. Sie ist also „ein Surrogat für die leider noch fehlenden Bedingungen zu einem ewigen Frieden[2])." Auf das Dogma der „Volkssuveränität" stützt sich der kosmopolitisch-republikanisch gesinnte Verfasser der bekannten Flugschrift „Der Kongreß in Rastatt vor dem Richterstuhle der Vernunft". Sie wurde in Leipzig wegen vieler aufrührerischer Grundsätze, die sie enthalte, zu lesen verboten[3]). Bergk, ihr Verfasser, der hier mit dem Pseudonym „Eleutheros" unterzeichnet, ist Feind der Fürsten, die „Unrecht wie Wasser getrunken" haben. Die deutsche Verfassung verachtet er als „das größte Ungeheuer . . , das bloß den Gewaltigen begünstigt und den Ohnmächtigen zermalmt." (S. 135. 207 f.) Den Franzosen ist es nicht zu verargen, wenn sie den Rhein behaupteten. Aber die Abtretung der dort gelegenen Gebiete zu genehmigen und Menschen wie Sachen zu verschen-

[1]) 1797, 4. Heft, S. 102 f. u. 6. Heft, S. 127 f.

[2]) 1796, Bd. 7, S. 146 f.

[3]) „Hessen-Darmst. Ldztg.", 1799, Nr. 58; vgl. auch Allg. Lit. Anz. 1799, Nr. 27, Beilage.

ken, stand den Deputierten des Reiches nicht zu. Sie waren nur befugt, dem allein rechtskräftigen, unbeeinflußten, in Ur-Versammlungen auszusprechenden Willen des rheinischen Volkes zuzustimmen. Es hat zwar nicht den Anschein, als ob das Gebundensein an Frankreich den Bewohnern jener Provinzen zum Schaden gereiche; geschähe dies, so trüge der Leichtsinn, die Versäumnis, das künftige Geschick von dem Suverän (=Volk) selbst bestimmen zu lassen, die Schuld daran. Andrerseits konnte das Los der Bezirke, die sich bereits aus eigener Initiative der Republik angeschlossen hatten, nicht mehr Gegenstand der Rastatter Unterhandlungen sein. Des Volkes Wunsch ist bereits Gesetz. — Im Anschluß an diese Doktrin entscheidet dann der Verfasser einige Fragen, wie sie gelegentlich der Abtretung des Rheinlandes auf der Tagesordnung standen, wie das Problem der Entschädigung, der Tilgung der auf rheinischen Territorien lastenden Schulden, der Rheinzölle u. a.

5. Motive egoistischer Art.

Wie weit persönliche Gründe die Publizisten zu ihrer von uns charakterisierten Stellungnahme veranlaßten, vermögen wir in den einzelnen Fällen nicht zu ersehen. Sicher dagegen ist, daß Forster abgesehen von anderen Motiven durch die Furcht, Stellung und Einkommen zu verlieren, bewogen wurde, zu den neuen Machthabern überzugehen. Von subjektiven Erwägungen war wohl auch der ehemalige Romanschreiber und Reiseschriftsteller, seit Dezember 1797 am Tribunal des Donnersberger Departements als Richter tätige Gg. Friedr. Rebmann nicht frei, als er seine Dienste dem Landesfeind zur Verfügung stellte. Erinnerungen an persönliche Verfolgungen und Leiden durch deutsche Regierungen waren wohl mitbestimmend. Er möchte die Rheinlande gelöst sehen aus der verderblichen Verbindung mit dem ihm widerwärtigen deutschen Reiche, dessen Verfassung „den Keim des Verfalls“ in sich selbst trägt, das nur „Mißbrauchende“ und „Gemißbrauchte“ kennt. In seiner Geschichte der Revolution am 18. Fruktidor, worüber er als Augenzeuge berichtet, stimmt er noch dem Plane bei, der „die Grundlage der fränkischen Cabinetts-Politik“ werden müsse und an dessen Ausführung er „mit unermüdeter Anstrengung“ schon seit Jahren

arbeite, nämlich die Republik mit einem Gürtel demokratischer Filial-Republiken zu umgeben. Als diese Hoffnung in anderer Form, nämlich schlechthiniger Abtretung der strittigen Gebiete an den Nachbarn, ihre Erfüllung findet, ist er auch damit zufrieden. Die französische Nation muß aber nun darnach trachten, selbst „rechtlicher", „sittlicher" zu werden, um das Volk, das „mehr der Wunsch der aufgeklärten Einwohner als das Recht des Siegers mit ihm vereinigte", glücklich machen zu können. Ohne Schonung stellt dieser Autor die unbarmherzigen französischen Agenten an den Pranger, verlangt Änderung mancher drückenden französischen Neu-Organisation und verteidigt die Rheinländer gegen boshafte Verunglimpfungen. Bei allem, was an seiner Anschauung auch Anstoß erregen mag, ist Rebmann doch ein mutvoller Kämpe, unerschütterlich in seinen Doktrinen, wenn auch das französische Volk „das große Ideal . . . , was jeder Mann, der ein Herz im Busen trägt, sich von seiner Wiedergeburt versprach", nicht erreichte[1]).

In eigenem Interesse handelte auch Conrad Engelbert Oelsner, wenn er die These von den „natürlichen" Grenzen öffentlich billigte. Er erleichterte sich dadurch eine diplomatische Aufgabe. Im Jahre 1795 unternahm er eine Reise nach Paris als Geschäftsträger der Stadt Frankfurt a. M., um Garantie ihrer reichsstädtischen Verfassung und Unabhängigkeit von dem Direktorium zu erwirken. Dieses Ziel glaubte er schneller zu erreichen, wenn er sich der Pariser Presse bediene. So veröffentlichte er im „Moniteur" eine Aufsehen erregende Erörterung über eine zweckmäßige Neuordnung der deutschen staatlichen Verhältnisse[2]), die jeden Nationalgefühls bar ist. Er rät den Franzosen, die rechtsrheinischen kleinen Distrikte nach „natürlichen" Grenzen neu einzuteilen und zu einem germanischen Bund unter französischer Führung zusammenzuschließen, damit sie nicht von dem Machthunger Österreichs und Preußens — oder Hessens, dessen Annexionsgelüste die Frankfurter ebenso fürchteten, — verschlungen werden, und diese in neu erwachtem

---

[1]) Vgl. „Blick auf die vier neuen Departemente des linken Rheinufers" und „die neue Schildwache." (S. 79 f.)

[2]) Vgl. Kracauer, Bd. 3, S. 183 f.

Selbstgefühl und mit vermehrter Kraft die alte Scharte auswetzen. Demselben Plane einer Art größeren „Rheinbundes" begegnen wir wieder im Journal „Frankreich",[1]) dem Dr. Oelsner ebenso wie der „Minerva" Artikel lieferte.

[1]) 1796, Bd. 9, S. 37 f.

B. Urteile negativer Art über das Dogma der „natürlichen" Grenzen.

1. Ablehnung des Cisrhenanismus.

Es waren schrille, mißfallende Klänge, die wir aus dem Chorus der politischen Disputationen jener Tage heraushörten. Leihen wir nun unser Ohr den Stimmen, die in scharfer Opposition zu den Gesinnungsgenossen der Welschen die destruktiven Tendenzen der Revolution und alle republikanischen Gelüste auf deutschem Boden verdammen.

Ein erfreuliches Gegenbild zu dem Verhalten der uns bekannten Mainzer Gelehrten bieten die brieflichen Mitteilungen eines Bonner Professors, des Hofrats B. L. Fischenich. Unter Hintansetzung eigener Vorteile und Sicherheit hielt er allen denen Widerpart, die ihn zu dem „ungereimten Projekt einer cisrhenanischen Republik" bekehren wollten. Leider sind die an Charlotte von Schiller gerichteten, aus späteren Jahren stammenden Mitteilungen Fischenichs über seine Erlebnisse zur Zeit der französischen Militärherrschaft nur bruchstückweise veröffentlicht[1].

Schärfer wie er geht mit den Anhängern eines rheinischen Freistaates eine kleine Schrift ins Gericht, die der geheime Hofrat Christoph Girtanner in seinen „Politischen Annalen" abdruckte, da sie sehr „empfehlenswert" sei[2]. Sie berichtet „über die Klubs und Klubisten in Deutschland und was dabei Rechtes sei"[3]. Der Verfasser definiert den

---

[1]) Vgl. „Fischenich an Charlotte v. Schiller" von J. H. Hennes, Mainz 1871, S. 12 f.

[2]) 1793, Bd. 4, S. 28 f.

[3]) Vgl. Allg. Lit. Ztg., 1794, Nr. 103.

Begriff „Klub", dessen Mitglieder nach vulgärer Auffassung der Rebellion schuldig waren; er kennzeichnet den Unterschied von solchen Vereinigungen in England, ihrer Heimat, und denen in Frankreich und sucht zu erweisen, daß bei den deutschen so benannten Gesellschaften „mit einer dem äußerlichen Ansehen nach bösen Handlung eine gute Absicht verknüpft sei". Die Mitglieder wollen nämlich über Wohl und Wehe des Staates und seiner Bürger beratschlagen. Solange in ihren Statuten nicht das Prinzip der Empörung Aufnahme fand und der Nachweis der Teilnahme an einem Aufruhr und der moralischen Disposition des Einzelnen zu einer Untat nicht erbracht ist, darf man keinen Klubisten als verbrecherischen Menschen ansehen. — Aus dem recht nüchternen Inhalt seien zu unseren Zwecken einige Kernsätze hervorgehoben: Mit Hilfe der Klubs, also an sich ganz harmloser Institute, gelang es den Franzosen, in Widerspruch mit dem feierlich proklamierten Dekret, keine Eroberungen machen zu wollen, ihren unsinnigen Vergrößerungs-Plan auszuführen. Sie „bekleisterten" den Zwang mit dem Anstriche des freien Willens und bewogen die „gutmütigen" Deutschen, sich ihnen hinzugeben, damit sie ihrer „Glückseligkeit" teilhaftig würden. Der angebliche allgemeine Wunsch, das linke Rheinufer republikanisiert zu sehen, ist nur die Ausgeburt einzelner „Schwindelköpfe", die Frucht einer Werbetätigkeit, die alle menschlichen Leidenschaften durch Drohung, Verheißung und Betrug entfachte.

An einer anderen Stelle der „Annalen" wird das Dekret des rheinisch-deutschen Nationalkonvents vom 18. März 1793 als „französischer Unsinn auf deutschem Boden" gebrandmarkt oder zur „Posse", zu einem „famösen", „infamen" Beschluß gestempelt[1]).

Markiger und stellenweise recht hohnvoll ist die Sprache, die eine aus dem Jahre 1793 stammende Broschüre führt: „Die alten Franzosen in Deutschland hinter der neufränkischen Maske verschlimmert"[2]). Die Widmung „Sr. kaiserl. kgl. apost. Majestät Franz II." und das vorgesetzte paulinische Schriftwort „Jedermann sei untertan der Obrigkeit.."

[1]) Bd. 2, S. 319; Bd. 3, S. 31. 95.

[2]) Vgl. Int. d. Allg. Lit. Ztg., 1793, Nr. 16.

zeugen schon für die reichstreue Gesinnung des Schreibers. Er will mit der Feder in der Hand ebenso eifrig gegen „neufränkischen Unsinn" streiten, wie die Krieger draußen mit dem Schwerte gegen die Neufranken selbst. Flammende Worte voll Verachtung schleudert er wider Georg Forster, „den falschen Bruder", „den neufränkischen freien Mainzer" [1]) und seine „Konsorten", welche „die kostbaren teuren Früchte von dem fränkischen Freiheitsbäumchen schmecken wollen." „Wie sie tanzen! wie sie singen! wie sie hüpfen! wie sie springen, um ein unfruchtbares Tannenbäumchen herum, gerade wie die kleinen Kinder um eben solch ein Tannenbäumchen, das wir ihnen gewöhnlich auf Weihnachten zum Geschenke geben, aber doch mit Äpfeln, Birnen, Nüssen und einigen Wachslichterchen geschmückt. — Aber Papa Cüstin' hat auch seine Christkindchensbäumchen für seine großen Mainzer Kinder gar köstlich geziert! — Stellt euch einmal vor: oben auf dem obersten Gipfel dieses Tannenbäumchens sitzt ein allerliebstes, ganz rotes Käppchen, — ursprünglich von den Galeerensklaven entlehnt, — und unten, weil es keine Wurzel hat, — wird es öfter auf eine Kanone befestigt — ! ! — ! ! !" (S. 25 f.) Zum „Spasse und zum Ernste" gibt der Verfasser „einige Bruchstücke aus diesen Meisterstücken der Freiheits- und Gleichheitsberedsamkeit zum besten". Die Lauge seines Spottes ergießt sich natürlich auch über die Franzosen selbst, die „Ohnehosenmännerchen", die hinter der neufränkischen Maske es noch viel schlimmer treiben als die alten Franzosen. „Wehe den Völkern, welche sich durch die vorgespiegelte Aufhebung aller Abgaben — in die gelegte Schlinge locken lassen — ! ! — ! ! ! — Die sieben wirklich mageren französischen Kühe, wie einst Pharao von einer bevorstehenden großen Hungersnot soll geträumt haben, verschlingen auf diese Art alle sieben fetten Kühe eines noch so reichen und gesegneten Landes, ohne ihrer abgezehrten Hagerkeit dadurch nur im geringsten abzuhelfen — —". (S. 273.)

Wir reihen diesen Ausfällen gegen das „vertrocknete",

[1]) „Das aus dem Kotteige der Selbstsucht geformte und an der brennenden Lohe des ausschweifendsten Dünkels gebackene Menschenkind", den „elenden, jakobinischen Bänkelredner", den „kriegerisch-politischen Schwätzer." (S. 35, 41, 83).

„rein ausgezehrte" Frankreich und seine Bannerträger in Deutschland noch weitere Angriffe an.

In ernstem Ton, frei von jeder Satire, im Gefühl des Stolzes auf seine Zugehörigkeit zu Deutschland[1]), schrieb in demselben Jahre J. J. Ihlee sein „Tagebuch von der Einnahme Frankfurts durch die Neufranken bis zur Wiedereroberung von der kombinierten Armee". Er setzt darin dem Patriotismus der Einwohner dieser Stadt ein Denkmal[2]). Tiefer Abscheu erfüllt sein Herz angesichts des Übermuts und der Ungerechtigkeit der Franzosen, Scham läßt ihn die Augen niederschlagen bei jeder Kunde von dem närrischen, schändlichen Tun derer, die sich dem Feinde in die Arme werfen und seine Pläne fördern[3]). „Ach", — so seufzt er, — „wenn unserer braven Väter einer da vorüberginge und statt der wettertrotzenden Eiche diese wurzellose Tanne als Symbol der Freiheit erblickte! — Der würde . . die Hand aufs Herz legen und sagen: Wehe, die Deutschen sind Kinder geworden!" (S. 105.)

Für einen „guten Deutschen" hält sich ebenso, wie Ihlee es tut, auch Ernst Anton August von Göchhausen. Er hat in gleichem Maße einen Ekel vor den „schurkigen" Franzosenfreunden und den „Wüterichen", den Franzosen selbst, die „Galle in den Becher der glücklichen Rheinbewohner träufelten". Auf seiner „Wanderung durch die Rhein- und Maingegenden und die preußischen Kantonierungsquartiere im Februar 1794"[4]) hatte er reichliche Gelegenheit, die „Wundertiere", berüchtigt unter dem Namen „Mainzer Klubisten", kennen zu lernen.

Wie die Flugschriften[5]), so führen auch die Zeitungen eine erbitterte Fehde mit den Föderierten auf dem linken Rheinufer,

---

[1]) „Sei stolz, Bruder, daß du ein Deutscher bist!" (S. 18). Vgl. ähnliche Äußerungen in der Flugschrift „Betrachtungen für den deutschen Bürger, durch die gegenwärtigen Zeitumstände veranlaßt." 1792, S. 3, 23

[2]) Vgl. Heigel, S. 63.

[3]) Vgl. Int. d. Allg. Lit.-Ztg., 1793, Nr. 26; Allg. Lit.-Ztg., 1794, Nr. 57.

[4]) ibid. Nr. 360.

[5]) Vgl. außerdem die Flugschrift „Franzosen, packt in Deutschland ein und geht nach London! Oder werdet Spartaner!" Germanien 1797, S. 21.

allen voran die „Privilegierte Mainzer Zeitung“. Nach den Zeiten, da der „berüchtigte Böhmer“ sie so schändlich mißbraucht und „besudelt“ hat, soll sie wieder „eine Zeugin der Wahrheit“ sein[1]). Seit der Einnahme der Stadt durch die Alliierten (im Juli 1793) sucht sie jeden Ansturm auf die deutsche Verfassung zurückzuschlagen. Wir heben als Belege für diesen kampflustigen Sinn drei Korrespondenzartikel hervor, die diesen Geist wiederspiegeln. Der erste[2]), ursprünglich einer Weseler Zeitung gehörig, verurteilt die Aufrufe der cisrhenanischen Föderation als „die größten Sudeleien in ihrer Art“, als „das fadeste, lächerlichste, boshafteste Zeug, was je Verzweiflung, Geistesschwäche, Tollsinn und Niederträchtigkeit ausbrüten konnten“. Aus Koblenz wird[3]) die Aufführung des „Possenspiels“, der Pflanzung eines Freiheitsbaumes und Proklamierung der Unabhängigkeit der westrheinischen Republik mitgeteilt. Der Berichterstatter beteuert, daß die Einwohner an der Komödie nicht teilnahmen; „jedes sah die Revolutionäre mit Verachtung und Abscheu an und ging seinen Geschäften nach.“ Eine dritte Nachricht[4]) meldet, daß es dank der „Schwungkraft“ des deutschen Gemeingeistes und der legitimistischen Treue der Bürger von Koblenz und Bonn „am Niederrhein mit der sogenannten cisrhenanischen Republik trotz aller Bemühung ihrer Partisane nicht vorangehe.“

Der „Mainzer Zeitung“ leisten in geschlossener Haltung[5]) die Frankfurter Zeitungen Gefolgschaft, so das „Frankfurter Staats-Ristretto.“ Dieses vor der Revolution sogar in Amerika gelesene Blatt[6]) lobt wiederholt die „deutsche Treue“, die „rechtschaffene Denkungsart“ und „klugen Vorstellungen“ der Rheinländer gegenüber den dreisten „Lästerungen der alten

[1]) Vgl. z. B. 1793, 29. 7., 11. 9., u. a. [2]) 1797, Nr. 142.

[3]) ibid. Nr. 150.

[4]) Nr. 162; vgl. auch Holzhausen, Allg. Ztg., 1898, Nr. 191, Beilage; ferner hier (M. Ztg.) Nr. 135, 156, 170, 175, 183 u. a.

[5]) Vgl. Frkf. Journal 1797, Nr. 191, 197 u. a.; Journal de Francfort, Nr. 281, 292, 301, 320 u. a.

[6]) Es wurde 1772 begründet, seit 1787 von dem hessen-darmstädtischen Rat Dr. Gg. Ludw. Schiller geleitet und erfreute sich seiner Mannigfaltigkeit wegen eines großen Absatzes von Hessen an bis hin nach Kopenhagen und Stockholm.

Obrigkeit" durch die Propaganda der „Unruhstifter" und „Freiheitsschwindler". Es gibt unverhohlen seiner Freude darüber Ausdruck, daß der „giftigen Hydra" des Cisrhenanismus der verderbliche Zahn ausgebrochen werden solle[1]).

Dem „Ristretto" steht die weit ältere „Frankfurter Reichs-Ober-Post-Amtszeitung"[2]) zur Seite. Sie hebt wie ihre „Schwester" das rühmliche Benehmen der rheinischen Städte, die sich durch alle Werbungen der Republikaner nicht betören ließen, anerkennend hervor und druckt „schöne Proteste" gegen alle Umsturzbewegungen ab[3]).

Eine Feindin der novarum rerum cupidi am linken Rheinufer ist fernerhin die „Augsburgische Ordinari-Postzeitung", ein für katholische Leser berechnetes Blatt, im Besitze des Druckers Joh. Ant. Moys befindlich. Es läßt sich in seinem Vertrauen auf die in den Präliminarien zu Leoben festgesetzte „Reichsunteilbarkeit" nicht erschüttern. „Aus der cisrhenanischen Republik, sagen sie (die „Revolutionsmänner"), wird nichts, dagegen wird das linke Rheinufer mit Haut und Haar der französischen Republik einverleibt. Wir lassen uns durch alle diese prophetischen Posaunen und Trompeten nicht schrecken ...", — so schreibt einmal ein Kölner[4]).

Mit denselben Waffen wie das Frankfurter „Ristretto" streitet die seit 1777 bestehende „Hessen-Darmstädtische Landzeitung" wider die nach Vereinigung mit Frankreich oder Errichtung einer unter französischer Ägide stehenden Republik

[1]) 1797, Nr. 156 u. f.

[2]) Frankfurt hatte die erste regelmäßig erscheinende politische Zeitung in Deutschland — das Frkf. Journal — und besaß zu unserer Zeit die relativ größte Anzahl von Blättern infolge seiner guten Verkehrsverhältnisse und jährlichen Märkte. — Die „Post-Amtszeitung" war ebenso wie das „Ristretto" und „Journal de Francfort" — wohl wegen ihres Royalismus — auf dem linken Rheinufer verboten. Geleitet wurde ihre Herausgabe von 1787 bis etwa 1795 von Hofrat Rühl, von da an von dem sachs.-weimarischen Legationsrat und Residenten Joh. C. Ph. Riese. Von der in Frkf. sonst streng gehandhabten Zensur war das Blatt befreit.

[3]) Vgl. z. B. 1797, Nr. 161, 162, Beil. z. 171, 183 u. a.

[4]) 1797, Nr. 273; vgl. Nr. 236, 238, 241, 245, 247, 254 u. a. Vgl. auch die „Königl. privilegierte Berlinische Zeitung", 1792, 130. St.; Hamb. unpart. Korresp, 1797, Nr. 155, 157, 163 f.

gelüstenden Rheinländer. „Unwürdige", „Undankbare" werden sie hier genannt, weil die meisten seither von der Gnade der Höfe lebten und nun empfangene Wohltaten mit Bösem vergelten. Glücklicherweise lassen sich die „alten", „vernünftigen" Deutschen vom „Feuer" und der „Süßigkeit" in den Reden der französischen Emissäre nicht bestricken[1]).

Das „Reich der Toten", ein früher in Neuwied erschienenes Blatt, das seit 1796 von dem konservativen Hauptmann von Tondern in Frankfurt herausgegeben wurde, flucht sogar[2]) den „Fabrikanten der cisrhenanischen Republik", da sie „Meineidige", „Verräter" am deutschen Vaterlande seien.

Diese publizistischen Proteste gegen den Cisrhenanismus sind gewiß Ausflüsse eines „gesunden Instinkts gegen fremde, aufgedrungene Dinge"; von der anderen Seite betrachtet, erscheinen sie uns als Zeugnisse reichstreuer Gesinnung, als Belege für das erwachende Nationalbewußtsein.

Wir können nicht umhin, unsere Auslese aus Flugschriften und Zeitungen noch um weitere Urteile ähnlichen Inhalts zu vermehren. Die Artikelschreiber im „Revolutionsalmanach"[3]), einem Jahrbuch, dessen Herausgeber[4]) „deutschen Gemeinsinn, deutsche Vaterlands- und Ehrliebe aus dem Schlummer zu wecken und die Verheerungen des Revolutions-Orkans von Deutschlands Fluren und Bewohnern . . . zu entfernen sucht"[5]), verdammen diesem Motto getreu die „Lieferanten" der verschiedenen „Revolutionsprodukte", wie Freiheitsbäume, rote Mützen u. a. in Grund und Boden. Die hunnischen Greueltaten der neufränkischen Freiheitskomödianten werden vor aller Augen enthüllt. Bei alledem tröstet man sich mit der Erwartung, daß es nun großen Teilen des deutschen Vol-

[1]) 1797, Nr. 101, 103, 112, 116 f.

[2]) 1796, Nr. 86; „Reich der Toten" genannt, weil es seine Artikel in Form von „politischen Gesprächen der Toten" und „geheimem Briefwechsel zwischen den Lebendigen und den Toten" brachte.

[3]) Vgl. Allg. Lit.-Ztg., 1794, Nr. 335; 1795, Nr. 154.

[4]) Er wird bis 1799 von dem bekannten Schriftsteller, Rat und Bibliothekar Ottokar Reichardt in Gotha herausgegeben. Vgl. Allg. Lit.-Ztg., 1792, Nr. 134.

[5]) 1797, Vorbericht.

kes endlich zum Bewußtsein kommt, in welchen Abgrund es durch die Annahme der Menschenrechte gestürzt worden wäre, welchen unvergleichlichen Wert doch seine ehrwürdigen Gesetze und Sitten in sich bergen[1]). Die Handlungsweise derer, die vom Wind der neuen Lehre sich treiben ließen, ist um so verwerflicher, als „mehrere dieser Herren Anschläge schmiedeten . . . gegen den Fürsten, dessen Brot sie aßen, der die meisten von ihnen mit Wohltaten überhäufte und der einige nach Mainz berufen hatte, als sie nicht wußten, wo sie ihr Haupt hinlegen sollten"[2]). Diese Unmoral hatte bereits die „Hessen-Darmstädtische Landzeitung" gerügt.

In dem Journal „Genius der Zeit"[3]) nimmt der für aufgeklärten Absolutismus begeisterte August Hennings in einer kurzen, wenig durchsichtigen Erörterung Stellung zur Frage einer rheinischen Republik. Er hält diese in gewissem Sinn ideale Lösung[4]) der Grenzfrage auf Grund von geschichtlichen Wahrheiten und vernünftigen Überlegungen für unpraktisch. „Daß zwischen eifersüchtigen Nachbarn ein dritter Staat eine bessere Vormauer ist, als eine mit einer dreifachen Linie von Festungen besetzte Grenze, leidet keinen Zweifel." Will aber Frankreich nur erobern, statt an die friedliche Ausbildung seiner inneren Verhältnisse Hand zu legen, dann dringt es in seiner Unersättlichkeit wohl noch bis zur Elbe und Nordsee vor, um vor seinen Feinden völlig sicher sein zu können[5]).

Die uns bereits durch ihre Sympathien für Revolution und Annexion bekannte Monatsschrift „Frankreich"[6]) läßt einen „zweiten Schrei der öffentlichen Meinung über den Frie-

---

[1]) 1794, S. 110; 119 f.; 246 f. 1795, S. 290 f., 304, 313.

[2]) 1794, S. 75.

[3]) Vgl. Int. d. Allg. Lit.-Ztg., 1793, Nr. 125.

[4]) „Edel wäre es, wenn zwei mächtige Reiche zur Vermeidung künftiger Eifersucht und daraus fließender Fehde gleichsam auf die Dazwischenkunft einer blühenden und glücklichen Republik kompromittierten, deren Wohlstand sie beide respektieren und die sie als ewige Friedensvermittlerin ansehen würden. Ein solches Beispiel fehlt uns noch in der Politik, die dagegen wohl Wüsten aufzuweisen hat, die Staaten zwischen sich und ihrem Nachbarn machten, um gegenseitig gesichert zu sein."

[5]) 1796, Bd. 7, S. 735.

[6]) Vgl. auch Allg. Lit.-Ztg., 1795, Nr. 272.

den" vernehmen[1]), den wohl ein Franzose „ausstieß." Im Gegensatz zu dem, was wir früher in diesem Journal lasen[2]), warnt jener „Rufer im Streit" die Franzosen vor blendenden, aber gefahrdrohenden Vergrößerungsprojekten. Die „beredten Apostel der Rheingrenze", Böhmer u. a., sind ehrgeizige, rachsüchtige Männer, demnach nicht vorurteilsfreie Agitatoren. Ein dauernder Friede läßt sich nicht erringen, wenn man dem Rate dieser Egoisten folgend dem Gegner maßlose Bedingungen vorschreibt. Zudem öffnete ein Zuwachs an Gebiet „dem Spiele der Mißvergnügten im Innern . . Frankreichs . . und den Intrigen der fremden Mächte . . ein weites Feld". (S. 352).

So lehnt also eine Reihe von Publizisten das Ansinnen, das linke Rheinufer zu einer Republik umzugestalten, entschieden ab, und zwar die meisten von deutsch-nationalem Standpunkt aus, in treuer Anhänglichkeit an die Vergangenheit und die alten Formen[3]).

2. Widerstand gegen die französische Annexionspolitik.

Die Ausfälle gegen die Cisrhenaner waren hie und da gegen die Stifter der von diesen erstrebten Freiheit, gegen die letzten Urheber aller demokratischen Bestrebungen am Rhein gerichtet. Untersuchen wir nun die Dokumente, bei denen Feindschaft gegen die Träger der revolutionären Gedanken und daraus fließende Abneigung gegen die Durchführung des Systems der „konstitutionellen" Grenzen, wie die Franzosen es auch nannten, das hervorstechende Kennzeichen ist.

Der begabteste Vorkämpfer gegen revolutionäre Grundsätze war „ein preußischer Schriftsteller ersten Ranges", Friedrich Gentz[4]). Dieser große Dialektiker ließ sich bekanntlich nur von den ersten Schwingungen der Revolution fortreißen. Dann aber stemmte er sich der nivellierenden Sturmflut entgegen und

[1]) 1796, 4. St., S. 350 f.

[2]) Die meisten Zeitschriften zeigen keine einseitige politische Tendenz, sondern weitgehende Toleranz, so daß man sie mit Recht eine Art „Sprechsäle" nennen kann.

[3]) Vgl. auch die von einem Mainzer verfaßte Flugschrift „Über die Verfassung von Mainz", 2. A., Deutschland 1793.

[4]) Vgl. Stroh, S. 22.

suchte mit dem Schwert des Geistes dem Dämon des Umsturzes vernichtende Schläge beizubringen. In seiner Rechtfertigung der Koalitionskriege[1]), einer in Anlehnung an Mallet Dupan entstandenen epochemachenden Schrift, verteidigt er die Aktion der Alliierten als eine pflichtgemäße Auflehnung gegen einen Angriff auf die Existenz der bürgerlichen Gesellschaft und zugleich als eine notwendige Defensive zum Schutz der eignen Grenzen. Die französische Erklärung, daß der 1789 erfolgte freiwillige Anschluß der Elsässer an Frankreich rechtsgültig sei, war die Resultante von „frevelhaften", „sophistischen" Maximen. Am Rhein wie überall verstanden es die gewissenlosen Revolutionäre, den Sieg zu mißbrauchen, „ihren Zerstörungen selbst einen Charakter von Unwiederbringlichkeit einzudrücken." (S. 246). Die „freiwilligen Reunionen", die sie vornahmen, waren in der Tat „gezwungene Vereinigungen mit dem großen Krater der Revolution".

Gleim, dessen an sich wenig wertvolle, aber rührenden Zeitgedichte die „Minerva" z. Tl. aufnahm, haßt ebenso ingrimmig die entnationalisierende, alle seine Ideale grausam zertrümmernde Tendenz der Revolution. Begeisterter Patriotismus führt ihm im Kampf gegen die Welschen die Feder. Er will „vom Reiche nicht ein Körnchen Sand" (S. 271)[2]), nicht „eine Spanne Land" abgetreten wissen. Lieber soll die Kriegsfurie weiter durch die Lande rasen.

In energischer, systematischer Weise sucht eine auf staatstheoretischem Moralismus basierende, an die rechtsrheinischen Deutschen gerichtete Flugschrift[3]) zu zeigen, daß die Franzosen die moralische, bürgerliche, politische und religiöse Freiheit, die von allen Revolutionären so laut gepriesen wird, selbst nicht besitzen. Auch wenn ihnen dieses Gut als Lohn für ihr Werk der Neugestaltung des Landes zugefallen wäre, wäre es dennoch

---

[1]) „Über den Ursprung und Charakter des Kriegs gegen die französische Revolution", 1801.

[2]) Vgl. sämtliche Werke, herausgegeb. von Wilhelm Körte, Halberstadt 1811, Bd. 4.

[3]) „An meine Mitbürger . . . : Besitzen denn die Franzosen die Freiheit, welche sie uns anbieten?"

ein übereilter Schluß, zu behaupten, „daß eine Annäherung zu ihnen oder gar eine Vereinigung mit ihnen . . . ruhig und glücklich machen könne, da . . der deutsche Nationalcharakter von dem ihrigen so gar sehr verschieden ist." (S. 61).

Auf derselben Grundlage der Bewertung des Staates nach moralischen Kriterien ist eine von dem Kölner Bürgermeister J. M. Nik. Dumont während seines Aufenthalts in Paris (als Deputierter seiner Stadt 1795—1796) verfaßte Gelegenheitsschrift[1]) aufgebaut, die stellenweise von nationaler Gesinnung Zeugnis ablegt. Darnach bestimmen Gerechtigkeit und Ehrgefühl, nicht die Natur, die Grenzen der Länder.

Vor jeder Gemeinschaft mit den Revolutionären warnt eine kleine, angeblich in großer Zahl verbreitete[2]) Broschüre „Ein Wort an die Mainzer" aus dem Jahre 1793. Sie mahnt zur Vorsicht gegenüber den Gaukelkünsten der „blutriefenden" Franzosen. Die nahenden Befreier dürfen keine „undeutschen Mamelucken" in der Stadt antreffen. Jeder soll auf der Hut sein, damit ihn die fremde Furie nicht betöre.

Girtanners „Annalen"[3]), in denen dieser Aufruf abgedruckt wurde, lehnen auch an anderen Stellen jede geistige Harmonie mit den Prinzipien der Revolutionären ab. Mit Freuden begrüßen sie es, daß Dumouriez mit seiner „Räuberbande" aus den Niederlanden wieder verjagt wurde, wo sein „Gesindel" so übel gehaust habe. Jetzt endlich sind diese Gebiete wieder frei und die Einwohner von ihrem Revolutionsfieber geheilt[4]).

---

[1]) „Observations sur cette question proposée par un négociant des bords du Rhin: Est-il de l'intérêt de la république française de reculer ses limites jusqu'aux bords du Rhin?" Paris, an IV. Dumont nennt sich hier nicht; „un habitant de la rive gauche du Rhin" wird als der Verfasser bezeichnet. Vgl. Hashagen, S. 484 f. und Böhmer in dem Sammelband, Heft 1, S. 9.

[2]) Vgl. Girtanners „Annalen", 1793, Bd. 2, S. 74 f.

[3]) Vgl. Allg. Lit.-Ztg., 1794, Nr. 68 ; über Girtanner: seine „historischen Nachrichten und politischen Betrachtungen über die französische Revolution." hier auch Bd. 2, S. 436.

[4]) 1793, Bd. 2, S. 394.

Die nach der Aufkündigung des Waffenstillstandes durch die Franzosen Ende August 1800 verfaßte Libelle „Über die Gleichgültigkeit der meisten Deutschen gegen einen guten oder schlechten Frieden“[1]) wendet sich, wie schon aus dem Titel hervorgeht, gegen die Toren, die nach Frieden rufen, sei er wie er wolle, teils aus schändlichem Hang zum Wohlleben des Augenblicks, teils aus verwerflicher Schwäche und Feigheit, andere auch aus „Mangel an Vertrauen auf den Schutz des Reichsverbandes.“ Wollte man ihrem kurzsichtigen Verlangen Genüge leisten, so müßten die von Frankreich besetzten Länder seiner Gewalt bis zum Abschluß eines ihm angenehmen Friedens überlassen bleiben. Die deutschen Mitbrüder auf dem westlichen Rheinufer sähen dann keine Erlösung von harter Bedrückung. Die Friedensschreier scheint es demnach wenig zu kümmern, „ob dieser jenem, ein anderer einem anderen verschenkt wird, ob eine ganze Klasse von Ständen, welche noch die meiste Anhänglichkeit an Kaiser und Reich gezeigt und die meiste Energie an den Tag gelegt hat, vernichtet wird oder nicht, ob die ganze Kette noch Haltbarkeit haben kann, nachdem ein ganzes Glied herausgerissen worden.“ (S. 15). Die giftigen Pfeile seines Wortes schießt dann der Schreiber auf Napoleon ab. Bonaparte, der „Schurke“, will nur „Österreich zur Ruhe zwingen oder . . . bereden“, um seine augenblicklichen Eroberungspläne fortzuführen, „den Samen der Zwietracht in Deutschland den Winter durch noch tiefe Wurzeln fassen zu lassen“ (S. 31 f.) und späterhin eine Macht Europas nach der andern zu verderben. — Zur Freude des Verfassers hat während der Drucklegung seiner Blätter das Reichsoberhaupt sich an die Spitze der Armee gestellt, um einen ehrenvollen Frieden zu erringen.

Der größte Widersacher der französischen äußeren Politik ist K. L. von Haller. Er beantwortet in seiner anonym erschienenen Schrift die Frage: „Was ist besser, Krieg oder Frieden mit den Franzosen?“ Darin stellt er das Gebahren der Franzosen bei Unterhandlungen an den Pranger. Hierbei trachten sie nämlich darnach, daß ein ganzes Land als Unter-

[1]) Vgl. Allg. Lit.-Anz. 1801, Nr. 48.

pfand des Friedens ihnen bedingungslos ausgeliefert werde, verlangen somit, daß jeder Besitz ihnen zur Verfügung stehe und jedermann sich von ihnen knechten lasse; kurz, sie erstreben „Unterjochung ohne Widerstand". Sie erreichen dieses Ziel zumeist durch Sophistik, durch „zweideutiges" Benehmen und nötigen so den Gegner zur Unterzeichnung von Bedingungen, zu deren Erfüllung er sich von vornherein nie verpflichtet hätte. Diesem heimtückischen Feind, der stets ein Doppelspiel treibt, darf man nicht trauen und sich blind ergeben. Er proklamiert lediglich zu seinem Vorteil das unsinnige Prinzip von den „natürlichen" Grenzen, denn anderen gesteht er die Anwendung dieses Grundsatzes nicht zu. Den Rhein, den man jederzeit auf geschlagenen und von der Schweiz aus sogar auf stehenden Brücken überschreiten kann, der im Frieden zahllose Unstimmigkeiten wegen der Schiffahrt, der Zölle usw. verursachen wird, als „natürliche" Scheide zu bezeichnen, ist eine „lächerliche Phrase". Eine feste Grenze „ohne Völkerrecht und Macht" ist ein „Phantom der Einbildungskraft". Im Besitze der „Riesenmacht", die die Franzosen an sich rissen, dürfen sie keinesfalls belassen werden. Räumt man ihnen ihre Eroberungen ein, die „ein zweites Frankreich" ausmachen, dann sind die schwäbischen, fränkischen und rheinischen Kreise einem Überfall wehrlos preisgegeben. Sie wären im Kriege die „unglücklichsten Länder auf dem Erdboden", im Frieden Frankreichs Vasallen. Die Hoffnung auf maßvolle Haltung des Feindes bei Unterhandlungen ist erfahrungsgemäß eitler Wahn. „Der Korsikaner" schließt ja nur Unterwerfungstraktate ab. Unter diesen Umständen „. . . ist und bleibt . . . nachdrücklicher, entschlossener Krieg . . . noch das einzige Rettungsmittel". (S. 59.) Die deutsche Faust muß den niederträchtigen, gierigen Gegner auf die Kniee zwingen.

Hallers Gesinnungsgenosse ist der Arzt Hr. Matth. Marcard. Er verwirft jeden Separatfrieden, da sonst der ganze Kontinent ein Raub des Feindes werden könne. Heftig polemisiert er gegen Bonaparte, den „unersättlichen", „treulosen", „himmelanstrebenden" Konsul. „Was haben die Mächte von Bonaparte zu erwarten?" — fragt er

anfangs 1801. Schwächung, Demütigung durch diesen „Despoten", — so lautet seine Antwort.

An die Friedensliebe Napoleons glaubt auch der Verfasser einer im Oktober des vorhergehenden Jahres verfaßten Schrift nicht, betitelt „Aussichten für die Proprietaire irgend einer Art beim Anfange des neunten Jahres der französischen Republik". Wollte jener aufrichtig das Ende des Krieges, so gäbe er den früheren Eigentümern ihr rechtmäßiges Gut wieder. Statt dessen drang er in seiner Ländergier schon in das Herz Deutschlands vor. „Beispiellose Erniedrigungen" droht der kommende Friede zu bringen. Nur einmütiges, entschlossenes, bewaffnetes Einschreiten der Landmächte im Bunde mit England kann das Verhängnis abwenden. Der Zeitpunkt zur Vergeltung aller Unbill ist günstig. „Der Belgier, der Holländer, der Schweizer, der Italiener und der Deutsche am linken Ufer des Rheins, jeder von ihnen seufzt nicht bloß über seine neuen Herren; ein dumpfes Verfluchen derselben bricht aller Tyrannei ungeachtet schon hervor und alle harren nur des Augenblicks, da sie einer mit Kraft und Konsequenz herbeigeführten Hilfe gewiß sein können, um ihre Fesseln zu zerbrechen". (S. 77.)

Bekanntlich erhoben sich 1797 und in den folgenden Jahren Teile des deutschen Volkes voll Vertrauen auf die eigene Kraft gegen die feindlichen Bedrücker und Ausbeuter. Sie bildeten am Main, im Odenwald, in den schwäbischen und fränkischen Kreisen Landsturmkompagnien zum Schutze der bedrohten Gebiete und des persönlichen Eigentums. Zwei kriegerische Proklamationen aus dem Jahre 1800 nehmen Bezug auf diese Versuche nationaler Erhebung. Sie enthalten Aufforderungen zur Selbstbewaffnung.

„Ein treuherziges Wort über Volksbewaffnung"[1]) verlangt Aufgebot aller Männer zum Schutz der Landesgrenze, also eine zweckmäßige Organisation des „Landsturms" nach dem Vorbild der erfolgreichen Tiroler Erhebung wider Joubert zu Anfang des Jahres 1797. Allgemeine Volksbewaffnung ist das einzige Mittel, das Deutschland vor „peinvoller Auszehrung", vor der „Verewigung" seiner Leiden be-

[1]) Vgl. Allg. Lit. Anz., 1801, Nr. 47.

wahrt und den Frieden herbeiführt. „Was vermag Frankreich gegen Deutschland, wenn Deutschlands vereinte Kraft aufsteht und will!“ (S. 6.) „Das Volk in Waffen“ soll als eiserne Wehr vom Bodensee bis zum Niederrhein „den vaterländischen Herd, das Eigentum, die Ehre des Geschlechts und des deutschen Namens“ vor Angriffen schützen, ohne aktiv an den Kriegsoperationen teilzunehmen. „Durch aufrichtige Vereinigung der Gesamtkräfte unter einer weisen Leitung“ (S. 13) und in deutschem Geiste wird dem systematischen Raubkrieg des Feindes endlich Einhalt geboten werden.

Eine zweite „Ermunterungsrede“, bei Aufstellung einer schwäbischen Landmiliz anscheinend von einem Geistlichen — Vincenz Elbs — gehalten[1]), gebietet ebenfalls, hinauszuziehen an die Landesmark zur Abwehr des Feindes und zum Schutz der heimischen Religion. Die Leiden der Gegenwart und Schrecken der Zukunft sind dazu angetan, alle „biedern Deutschen“ aus tatenlosem Verdruß und fruchtlosem Ärger aufzuscheuchen. Patriotischer Wetteifer muß entbrennen, edler Drang nach Vergeltung aller Ungerechtigkeit und nationales Hochgefühl muß alle beseelen, da der freche Feind „so viele entfernte deutsche Brüder, die durch das Band der Religion, des Vaterlandes . . . verschwistert sind“ (S. 9), unter seinem harten Joche seufzen läßt.

Nicht so erbost über französische Tücke wie Haller und Marcard zeigt sich der reaktionäre Baron O'Cahill[2]), früher sardinischer Oberst, nunmehr neuwiedischer Hofmarschall. Er droht nicht, er will nicht sofort voll heiligen Zornes und gerechter Entrüstung dreinschlagen, sondern legt sich, wie es scheint, Zurückhaltung auf, warnt und sucht gütlich zu beschwichtigen. Aber eine Wahrheit steht auch für ihn von vornherein fe st Das Dogma der „natürlichen“ Grenzen kann kein Deutscher gutheißen. Der soeben unter Zugrundelegung dieser Theorie zu Luneville abgeschlossene Friede verschafft Frankreich ein zu großes Übergewicht, ist für Österreich und Deutschland zu demütigend, als daß er von längerer Dauer sein könnte. Die Republik muß sich deshalb in einem

[1]) Vgl. Allg. Lit. Anz., 1801, Nr. 47.

[2]) „Über Krieg und Frieden.“

allgemeinen Frieden mit England zur Herstellung des status quo bequemen. Sie kann ohne großen Schaden auf ihre Eroberungen verzichten, denn: 1) sie hat während des Krieges durch Kontributionen und Requisitionen finanziell gewonnen; 2) sie hat ihr vornehmstes Ziel, einen Freistaat zu gründen, glücklich erreicht; erobern will sie nicht, nach dem Wortlaut ihrer Proklamationen zu schließen; 3) geht sie trotzdem darauf aus, neues Gebiet zu erwerben, so mag sie sich durch Ägypten bereichern oder das verwahrloste Spanien kultivieren; 4) der Gewinn des rheinischen Landes bringt nur Gefahren. „So wie das ehemalige Königreich Frankreich alle Jahrhunderte mit dem Deutschen Reiche zum wenigsten vier Kriege hatte, so wird die Republik Frankreich, wenn sie das linke Rheinufer behält, gewiß achtmal Krieg in einem Jahrhundert mit Deutschland haben." (S. 17.); 5) der neue Besitz kostete große Summen für mannigfache Institutionen; die Bewohner sind mit französischer Art und Sitte durchaus nicht vertraut; der französische Handel wird durch die Rheinschiffahrt kaum eine Steigerung erfahren; 6) die alt-französische Grenze, gedeckt durch eine dreifache Linie starker Festungen, ist dem „schmalen, unbedeutenden Rhein" vorzuziehen. Frankreich tut mit Rücksicht auf solche Erwägungen und auf das europäische Gleichgewicht gut daran, die linksrheinischen Lande zurückzugeben; andernfalls wird das bedauernswerte Deutschland in wenigen Jahren das Schicksal Polens teilen.

Der Kampf der Geister für und wider Frankreich und sein Postulat der „natürlichen" Grenzen spiegelt sich naturgemäß auch in den politischen Zeitschriften. Die reichhaltigste unter ihnen ist die von Januar 1792 an in Berlin, vom Juli desselben Jahres in Hamburg erschienene „Minerva", das Organ der norddeutschen Liberalen, herausgegeben von dem Historiker und ehemaligen preußischen Hauptmann Joh. Wilh. Archenholtz. Sie ist im volkstümlichen Ton gehalten und vertritt im allgemeinen einen gemäßigt-freiheitlichen Standpunkt. Ihre Spalten sollen jeder Parteirichtung offen stehen, ihr Inhalt in erster Linie „das größte bestehende Depot seltener Revolutionsschriften" bilden. Archenholtz, der sich selbst den „Verehrer einer vernünftigen Freiheit" nennt, erwähnt im Oktober

1793 (S. 163 f.) aus der „verachtenswerten" französischen Konstitution, — „deren rohe, mit der Völkergeschichte, mit der Staatenkunde und mit dem menschlichen Herzen gleich unbekannte Verfasser zu diesem großen Geschäft wahrlich sehr schlecht qualifiziert waren", — das Fundamentalgesetz, daß die Republik mit keinem Feind Frieden schließe, solange seine Heere sich auf französischem Boden befänden. Er erwartet, daß dieser „abgeschmackte" Artikel niemals Anwendung finde; — oder sollten die deutschen Fürsten die Rheingegenden, die doch nach den Dekreten der „Konventsrotte" Frankreich inkorporiert wurden und auf deren Boden deutsche Truppen stehen, den „Hosenlosen" für immerdar überlassen? Im Juli 1800 tritt der Verfasser (S. 181 f.) in „Bemerkungen über den nahen Friedensschluß" für Rückgabe der von den Franzosen eroberten Distrikte ein. Er bemüht sich dabei, ähnlich wie O'Cahill, die paradox anmutende Behauptung zu erweisen, daß Expansion bis zum Rhein der Republik keine Vorteile bringe: 1) da der Fluß keine so starke Barriere sei wie die „respektable", „furchtbare" alt-französische Grenze; 2) da die Rheinländer durch Denkart, Sprache und Sitte sich zu sehr von den Republikanern unterscheiden; 3) da die deutschen Heere im Kriegsfalle hier freundliche Aufnahme und Unterstützung fänden; 4) da Frankreich langer, nur durch gemäßigte Forderungen zu gewinnender Ruhe bedarf. „Wird . . aber . . der Rhein die Grenze der Republik, so wird der sich nähernde Friedensschluß und die bis jetzt preiswürdige Mäßigung nur eine gespielte Farce sein." An die Mär von einer angeblichen Wohltat einer Grenzregulierung im französischen Sinne glaubt Archenholtz nicht[1]).

Wieland ist es wohl selbst, der in seinem nach dem Vorbild des „Mercure de France" geschaffenen „Deutschen Merkur"[2]) Ende des Jahres 1793 (12 St., S. 50 f.) das Vorhaben der Franzosen, „das Land der Freiheit und

[1]) 1796, Juni, S. 567.

[2]) Dieses Journal eroberte sich einen großen Leserkreis nicht zum wenigsten durch die hier veröffentlichten Schöpfungen Wielands und anderer, Dichter und Gelehrten. Wie Archenholtz, so vollzog auch Wieland im Jahre 1791 eine Schwenkung von kosmopolitisch-basierter Be-

Gleichheit" bis zu der von der Natur vorgezeichneten Linie auszudehnen, „schimärisch" und „exaltierter Einbildungskraft entsprungen" nennt. Nur um den Ausbrüchen innerer Unruhen vorzubeugen und eine „festere Konsistenz ihres noch so lockeren politischen Vereins" zu begründen, zieht nach seinem Dafürhalten die französische Nation auf Eroberungen aus. Die Besetzung und Behauptung von fremden Grenzprovinzen soll die Macht der deutschen Nachbarfürsten schwächen und durch Neugründung von Republiken in deren Gebiet ihre Untertanen zu Bundesgenossen gewinnen. Das letzte Ziel sucht der Nationalkonvent zu erreichen, indem er die vermeintlich bedrückten, leicht erregbaren Völker zur „freiwilligen" Annahme der „neufränkischen Organisation" veranlaßt, oder sie „durch die gewagten Schritte, wozu man es verleitet", in eine Lage bringt, aus der es nur einen Ausweg gibt: verzweifelte Selbsthilfe gegen ihre alte Regierung. In der gegenwärtigen heiklen Situation, im Blick auf diese französischen Werbungen und Machenschaften, kann man nur eins tun, nämlich den Fürsten eindringlich zurufen: Videant consules, ne quid res publica detrimenti capiat!

Die dritte der bedeutenden Monatsschriften, das von Gottl. Benedikt Schirach seit 1781 in dem zensurfreien Altona herausgegebene „Politische Journal" ist ein noch unerbittlicherer Richter über revolutionäre Prinzipien. Schirach, der ein „Repertorium" aller bedeutsamen Begebenheiten mit „Wahrhaftigkeit und historischer Treue" zu liefern verspricht, entsetzt sich vor der „neumodischen", „vertierenden" Freiheit, vor den „Hunnen- und Vandalenhorden" der Franzosen[1]). Er will einen ehrenvollen, d. h. deutschen Frieden[2]). Die alten Römer ließen zum mindesten, so schreibt er einmal, den unterworfenen heidnischen Stämmen die ihnen eigen-

geisterung für die Revolutionsideen zu gemäßigt-politischer Denkart. Seit den 90 er Jahren war Böttticher ihm bei der Redaktion der Hefte behilflich.

[1]) 1792, 2. Bd., S. 1350; 1793, 1. Bd., S. 14, 91, 239, 299, 406, 413, 531, 534, 642; 2. Bd., S. 785, 824, 858, 937 f., 977, 1207, 1220, 1224; 1794, 1. Bd., S. 3, 178, 446, 540, 661; 2. Bd., S. 744, 897; 1795, 2. Bd., 866, 1113 u. a.

[2]) 1793, 2. Bd., S. 1111; 1795, 1. Bd., S. 156; 1796, 2. Bd., S. 839;

tümlichen Konstitutionen und Institutionen. Die Neufranken aber kennen keine Toleranz. Zwar geben sie vor, nicht erobern zu wollen, dafür aber „vereinigen" sie, ein Verfahren, das Zwang zu gleicher Lebensart und Regierungsform, Verlust von Vermögen und Vorrechten in sich schließt. Gottlob, ihr Bemühen, „Freiheit" in dieser Gestalt allenthalben anzubieten, findet schlechten Dank[1]). In einer „Geschichte der Befreiung von Mainz"[2]) wird der Tag gerühmt, der Deutschland erlöste „von jener zerstörenden Freiheitswut, welche die Menschen, die geschaffen sind, wie Brüder zu leben, in wilde Tiere verwandelt", erlöste von der „Tyrannei der französischen Rotten." „Natürliche" Grenzen „ohne sichereres Völkerrecht und Macht"[3]) kennt Schirach ebenso wenig wie Haller, Dumont[4]) oder der pfalzbayrische Bibliothekar Traiteur[5]). Wenn aber, so schreibt Schirach 1798, (1. St. S. 192) die Reichsdeputation, die leider immer nur zugesteht, wo der andere fordert[6]), der „listigen Proposition" zustimmen und die Rheingrenze zur Basis des Friedens erheben sollte, dann steht ganz Norddeutschland der französischen Invasion offen[7]). In der Tat scheint es so, als ob der Heißhunger der Feinde nach Land nicht zu bezwingen sei. Vollends das Verlangen der Franzosen, die Rheinfestungen zu demolieren, ihnen Kehl und mehrere Brückenköpfe rechts des Rheins zu belassen, nennt ein Frankfurter im Journal „ganz exorbitant"[8]).

3. Mahnung zur Eintracht und Anspannung aller Kräfte.

Kennzeichen für die öffentliche Meinung, wie sie aus den seither vernommenen Äußerungen sprach, war der Geist des

---

1799, 9. St, S. 985 f; 10. St., S. 1102 f.; 12. St., S. 1234 f.; 1800 8. St., S. 803 f. u. a.

[1]) 1792, 2. Bd., S. 1311 f. [2]) 1793, S. 785 f.

[3]) Vgl. 1797, 11. St., S. 1143. [4]) Vgl. S. 55.

[5]) nach dessen Auffassung ein Fluß, weit entfernt, Grenze zu sein, die Hauptpulsader eines Landes ist. Vgl. seine „heteroklitischen Ideen", 1796.

[6]) — statt daß beide eine Reciprocität in den Bedingungen wahren, —

[7]) 1778, 1. St., S. 192.

[8]) 1798, 5. St., S. 483 f.; vgl. zu diesem Abschnitt auch: „Franzosen, packt in Deutschland ein . . .", S. 37.

Widerspruchs gegen die äußere Politik der Franzosen und die Neigung oder gar begeisterte Bereitwilligkeit zu aktivem Einschreiten gegen ihre Raubgier. Diese Willensrichtung begleitet meist die Erkenntnis von der Notwendigkeit zusammenzuhalten und ein lebhaftes Fühlen mit dem Geschick des gequälten Vaterlandes. Stellenweise trat dieser Patriotismus schon an den von uns untersuchten Zeugnissen zutage. Hell leuchtend strahlt er durch eine Reihe von Dokumenten, denen jetzt unsere Aufmerksamkeit gewidmet sei.

Warme Begeisterung für des Vaterlandes Ehre glüht durch ein anfangs März 1800 geschriebenes Flugblatt „Etwas über Krieg und Frieden . . ."[1]). Es enthält „einen Aufruf „an die Fürsten, Herren, Bürger und Bauern, mit Ernst und in brüderlich geeinter Kraft sich zusammenzuscharen wider den „alt-bösen Feind." Denn „die Männer aus Frankreich mit glatten Worten und der Hölle im Herzen werden, ehe ihr es vermutet", – so ruft der Verfasser seinen säumigen Volksgenossen zu, – „wieder vorzudringen suchen, und wehe, – wehe euch, wenn ihr nicht gerüstet seid! – –" (S. 11). Die „süßen Friedensgerüchte", die der von jeher treulose Feind ausstreut, sind „eitel Betrug", vergleichbar mit einem Schlaftrunk, der Deutschland betäuben soll. Die französische Nation allerdings will keinen neuen Waffengang. Aber die Konsuln, die „wie Straßenräuber, ohne die Nation zu fragen, die höchste Gewalt gestohlen haben" (S. 9), rüsten ohne Rast, da sie zur Festigung ihrer usurpierten Allgewalt die Fortdauer des Kriegszustandes brauchen. Will der „gutmütige Deutsche" nicht, wie schon so oft, betrogen und am Narrenseil geführt werden, dann muß er auf die übermütigen Forderungen jener „Heuchler", die Zeit, aber keinen Frieden gewinnen wollen, mit dem Schwerte antworten. Darum erschallt hier die Losung: „Auf zur heiligsten Pflicht! Wer nicht mithält, ist kein deutscher Ehrenmann, der ist ein Bastard, ein Feind Deutschlands, ein Mietling der Franzosen, er sei Fürst, Herr, Bürger oder Bauer! Auf also in Gottes Namen! – Erst Sieg und dann – Friede!" (S. 13).

---

[1]) Vgl. Allg. Lit. Anz., 1801, Nr. 44.

Einige Publizisten decken auch die Schäden auf und weisen darauf hin, daß das deutsche Volk erst aus seinem trägen politischen Indifferentismus sich aufraffen müsse, daß es vor allem gelte, die partikularistischen Neigungen zu ersticken, wie es auch die letzten Kundgebungen betonten. Es fehlt die Einsicht in die Ursachen der gegenwärtigen Notlage des Vaterlandes demnach nicht. „Sanguinische Stimmen" suchen die Notwendigkeit einer innerstaatlichen Änderung in mannigfacher Weise zu begründen und erhoffen davon eine Wiedergeburt des Volkes.

Zu denen, die die Wurzel alles Übels aufdecken, gehört der Geheime Hofrat und Professor Häberlin zu Helmstedt, der das „Staatsarchiv" „anlegt" und „ordnet". Er ist ein Feind sowohl einer jeden Empörung wie auch des „wirklichen Despoten"[1]). Sein Herzenswunsch ist, Bausteine herbeitragen zu dürfen, um dem „ehrwürdigen Gebäude" der deutschen Verfassung, das leider viel „Irregularität" aufweist, eine neue Grundmauer geben zu helfen. Im 7. Bande des Jahrgangs 1801 bespricht er einen Vorschlag zur Modifikation der deutschen Konstitution, enthalten in der zu Regensburg[2]) erschienenen kleinen Schrift: „Patriotischer Appell an den Friedens-Kongreß zu Luneville und die Reichsversammlung zu Regensburg ....". Ihr Verfasser — Joh. Gottfried Pahl, der Herausgeber der „Nationalchronik der Deutschen", — nimmt an, daß die Rheingrenze in Zukunft nicht allem Hader zwischen den Nachbarn den Boden nehme. Er befürchtet eine Revolutionierung Schwabens und seine Angliederung an die Schweiz. Dann, — so demonstriert Pahl, — teilen sich Österreich und Preußen in den Rest der deutschen Staaten, ohne daß die kraftlosen Stände sich widersetzen und die auswärtigen Mächte protestieren. Um dieser drohenden Gefahr zu entrinnen, ist eine Veränderung des deutschen staatlichen Systems unumgänglich. — Die Besorgnis dieses Autors teilt Häberlin nicht. Er hält sie für übertrieben. Dem Rate einer Korrektur der Verfassung stimmt er indessen zu. Denn ihm scheint aus „der Vielfältigkeit der Bestandteile des Reichskörpers" und „der Vielköpfig-

[1]) Vgl. Vorbericht zu 1796, Bd. 1.

[2]) fingierter Druckort: Osnabrück und Münster.

keit in den öffentlichen Verhandlungen" des Landes baldiger Verfall zu resultieren. Um dem Übel zu steuern, um, wie er selbst schreibt, „zu erhalten, was wir noch haben, um wenigstens die Ruinen unserer Macht auf die Nachwelt zu bringen" (S. 91), hält er dreierlei für notwendig: 1) Konzentration des Willens und der Kraft der Nation; 2) Erhaltung der beiden deutschen Großmächte, um eine gegen die andere ausspielen zu können; 3) eine enge Allianz der Stände mit dem russischen Hof als Garanten der Reichsverfassung. Der beste Hort gegen die Gefahr der Zertrümmerung Deutschlands durch Österreich und Preußen wäre allerdings — die französische Republik. Denn da der hohe Grad von Sicherheit, den die Existenz schwacher Nachbarfürsten der französischen Ostgrenze verleiht, stark beeinträchtigt würde durch die Ausdehnung eines der führenden deutschen Staaten bis zum Rhein, kann diese von der Republik nicht geduldet werden. Aber — Natur und Geschichte, die geringe Konsistenz der französischen Verfassung und die nicht völlig unberechtigte Furcht vor weiterem Ausgreifen der Republik widerraten einer Verbindung mit ihr. Vor allem, „wie sollte . . . ein festes Band zwischen Frankreich und Deutschland geknüpft werden können, so lange der Deutsche nicht vergessen hat, daß der Franke in dem Besitze der schönsten Provinzen seines Vaterlandes ist?" (S. 103.)

Ein zweiter Schriftsteller setzt für das Postulat „Konzentration der Kräfte", wie Häberlin es etwa formulierte, die damit übereinstimmende Forderung: Beseitigung aller Zwietracht und Zerrissenheit! Er richtet im Februar 1800 „noch ein Wort an Deutschland"[1]) und mahnt darin Germania, aus dem Schlummer zu erwachen und auf die verderbenkündenden Zeichen der Zeit zu achten. Die einzigartige, seither unversehrt erhaltene Reichsverfassung muß von jedem Deutschen als teures Erbe behauptet werden. „Wenn Roms schönste Lorbeeren auf deutschem Boden ehemals welkten, wie können wir, wofern wir nicht vergessen haben, daß wir von Tuiskons Stamme sind, es so weit kommen lassen, daß Galliens wurzellose Freiheitsbäume anstatt der Wodans-Eiche in unserer Mitte

[1]) Vgl. Allg. Lit. Anz., 1801, Nr. 44.

gepflanzt werden?" (S. 10.) Anstrengung aller Kräfte, „Beseitigung aller Nebenrücksichten" und „tätigste Aufopferungen" sind nötig, um von dem herrschsüchtigen Feind einen gerechten Reichsfrieden ertrotzen zu können. Deutschlands Existenz im europäischen Staatenverband steht auf dem Spiele. Darum ist es die höchste Zeit, daß die Deutschen aufwachen, ihren eigenen Wert fühlen, sich in Masse erheben und sich von einem Feinde, der ihnen Verderben und Untergang geschworen, nicht ungestraft ausplündern lassen". (S. 17.)

Der herzogl.-sächs.-gothaische Komitialgesandte Philipp Freiherr von Gemmingen[1]) ist eifrigst bestrebt, in einer Reihe von Heften[2]) darzutun, daß Deutschland alle Erfordernisse zur Kriegsführung in reichlichem Maße besitzt. Hat es doch bis zum Jahre 1798 keine außerordentlichen Verluste zu beklagen, soweit seine militärische und wirtschaftliche Kraft in Frage kommt; steht es doch an Leistungsfähigkeit hinter keinem Staat des Kontinents zurück. Wenn die Söhne der Honoratioren und des Adels mehr wie seither zum Heeresdienst herangezogen werden, ist es vollauf gerüstet zu neuem Krieg. Die so verstärkte Wehrmacht soll zur Rückeroberung verlorener Gebiete eingesetzt werden[3]). Worauf aber alles ankommt bei Erreichung dieses Ziels, das hat Gemmingen in dem immer wiederkehrenden Titel seiner Heftreihe prägnant formuliert: „Deutschland über alles, wenn es nur will."

Nach dem Frieden von Luneville mehren sich jene Stimmen, die Mahn- und Weckrufe, die Volk und Regierung wachrütteln aus dumpfer Lethargie und auf das drohende Unheil und die Rettungsmöglichkeiten hinweisen[4]).

4. Historisch begründete Ablehnung der französischen Forderung.

Wir fanden in den Broschüren der rheinischen Republikaner häufig den Hinweis auf die vermeintlichen Rechtsansprüche der Franzosen, wie wenn für sie das linke Rheinufer als

[1]) „Deutschland über alles, wenn es nur will", mehrere Hefte, 1798.
[2]) Sie enthalten eine Kompilation von wörtlichen Auszügen aus anderen Schriften.
[3]) Das linke Rheinufer hält G. nur „für dermalen" verloren. 5. Forts., S. 20.
[4]) Vgl. Stroh, S. 165 f.

ehemals zum Frankenreich gehöriges Gebiet ein verlorenes Besitztum wäre. Seine Eroberung wurde demzufolge als Wiedergewinn alten Eigentums hingestellt. Dieser Auffassung treten zwei Schriften unter Berufung auf die geschichtliche Wahrheit entgegen. Sie erinnern an Vereinbarungen der letzten Jahrzehnte, denen zufolge die Republik ihre Forderung als unbillig und von falschen Voraussetzungen ausgehend zurücknehmen muß.

Eine Arbeit aus dem Jahre 1798 äußert „Bedenken über die Frage, ob der Lauf des Rheinstroms von Basel abwärts bis auf die Grenze des Elsasses kraft der Friedensschlüsse als Grenze des Deutschen Reichs und der französischen Republik anzusehen sei“ [1]). Sie enthält eine kleine Untersuchung gelehrten Charakters aus der Feder des Rats und Publizisten bei der kaiserlichen Reichsfriedensgesandtschaft zu Rastatt Georg Franz von Blum [2]) und ist auf Wunsch einer Regierung abgefaßt [3]). Die einzelnen Phasen der deutsch-französischen Verhandlungen über die Rheingrenze von den alten karolingischen Teilungsverträgen an bis zu den neusten Traktaten werden in der Richtung auf das vorgelegte Problem hin untersucht. Das Fazit der Prüfung lautet: Frankreich hat kein Recht, „den ganzen Rheinstrom und dessen linkes Ufer von Basel abwärts bis auf die vermeintliche französische Grenze [4]) zu verlangen“ [5]). (S. 28.)

Mit dem Inhalt dieser Flugschrift berührt sich der einer

[1]) Vgl. Allg. Lit. Anz. 1801, Nr. 23.

[2]) Vgl. 2. A., 1799, Titelblatt. [3]) Vgl. die „Nachricht“ (=Vorrede).

[4]) bis Jockgrim.

[5]) Die im Wiener Frieden erheischte Grenzberichtigung im Elsaß wurde — wie Blum zu beweisen sucht — nicht vorgenommen, sondern von den französischen Intendanten nach Willkür dort allenthalben geschaltet. Die hierdurch geschädigten Reichsstände ließen sich teils durch lettres patentes beschwichtigen, teils unterwarfen sie sich freiwillig französischer Oberhoheit. Daraus erhellt, „daß der französische Besitz des Rheins im Elsaß nur der Verlängerung der vor dem Ryswicker Frieden geschehenen und durch diesen Frieden aufgehobenen, freiwilligen, dem Reich unschädlichen Unterwerfungs-Verträge, — der Besitz des linken Rheinufers aber außer dem Elsaß eine gegen die Friedensschlüsse geschehene Usurpation der Gerechtsame und Souveränität Kaisers und Reichs sei.“ (S. 29).

zweiten aus demselben Jahre: „Das linke Rheinufer in älteren und neueren Zeiten“ [1]). Eine kurze Darstellung der vaterländischen Geschichte von den Zeiten der Römer an soll hier die Rheingelüste der Franzosen richten. Eine Beschneidung deutschen Gebietes wäre schon darum unerhört, weil Frankreich, nicht Deutschland, den Krieg vom Zaune brach. Wollte man dem feindlichen, den heiligsten Verträgen zuwiderlaufenden Begehren nachgeben, so würde einerseits, wie schon nachgewiesen, die deutsche Verfassung „bis zum Umsturz“ erschüttert, andrerseits durch die unverhältnismäßige Vergrößerung auch eine Gefahr für Frankreich heraufbeschworen [2]).

5. Hoffnung auf Erhaltung der Reichsintegrität. Furcht vor einer Einbuße.

Die Liebe zum Vaterlande ließ wohl in vielen die Hoffnung, das drohende Verderben, der Verlust der Rheinlande, könne noch abgewandt werden, nicht ersterben. Mit zähem, unerschütterlichem Glauben klammern sie sich an das Wort „Reichsganzheit“.

Daß sie erhalten werde, so wie das Reichsoberhaupt mehrfach zusagte, erwarten zwei zur Reichstagsliteratur gehörenden Schriften. Die energischere von beiden nennt den Grundsatz von der Integrität des deutschen Landes „den ersten und wichtigsten Artikel beim Reichsfriedenskongreß in Rastatt“ [3]). Sie geht wie andere, die wir bereits kennen lernten, aus von einer Warnung vor dem Treiben der Cisrhenaner. Als „Mörderin der deutschen Verfassung und des deutschen Staatsinteresses“, „Mörderin aller Kronen, Fürstenhüte und Monarchien“ wird die cisrhenanische Republik

[1]) Vgl. Allg. Lit. Anz., 1799, Nr. 76; Int. d. Allg. Lit.-Ztg. 1798, Nr. 193.

[2]) Der auf seine Nationalität stolze Verfasser weist die damals üblichen — „neumodischen“, wie er schreibt, — Bezeichnungen „Neufranken“ oder „Franken“ zurück. Diese Namen kommen den Franzosen nicht zu, da sie längst „ausgeartet“ sind, d. h. eine Mischung aus Deutschen, Kelten und Römern darstellen. Die Benennung „Franken“ gebührt nur dem so zu bezeichnenden deutschen Volksstamm.

[3]) Vgl. Allg. Lit. Anz., 1798, Nr. 129.

hier verschrieen. Die Bestrebungen jener „übelgesinnten" Deutschen, nach „neufränkischem" Maßstab eine Republik ins Leben zu rufen, bedeuten eine allgemeine Staatsrevolution, da sie auf eine Zersplitterung des Reichs und auf Realisierung des republikanischen Systems in allen Monarchien abzielen. Diese Strömung in den Rheinlanden entspringt nicht allein aus dem Quell des Leichtsinns und der Intrigue; dem „Machwerk einiger unpatriotischen Deutschfranken und mißvergnügter Neulinge" lieh vielmehr die französische Regierung ihren Arm. Durch solche Machinationen suchen die Franzosen, von jeher „die heimtückischen Feinde" Deutschlands, den „eingewurzelten" Plan auszuführen und den Rhein, entgegen der Übereinkunft zu Leoben und Udine, zur Scheide zwischen den beiden Nachbarreichen zu machen. Darum müssen zwei Ziele den Geschäftsgang der Reichsstände in Rastatt beherrschen: Festhalten an der Reichsintegrität und — eo ipso — Wiederherstellung der alten Konstitution in den Rheinlanden.

Die zweite, kurz nach dem Frieden zu Kampo Formio in schwülstigem Stile geschriebene, auch an die Deputierten zu Rastatt gerichtete Schrift will „zwei staatsrechtliche Erläuterungen"[1]) geben, und zwar die erste in Anlehnung an ein kaiserliches Hofdekret. Diesem Appell an die Reichsstände, einer „wahrhaft väterlichen", „markdurchdringenden" Ermahnung des „besten" Kaisers sollen die Stände Folge leisten und im Vollgefühl deutscher Ehre an der Erhaltung aller Teile des deutschen Staatskörpers mitwirken[2]). Zeigen sich die Franzosen wider Erwarten störrisch, dann bleibt keine

[1]) I. Über die Eröffnung des Reichsfriedenskongresses zu Rastatt zufolge und nach dem Sinne des kaiserlichen Hofdekrets vom 1. Nov. 1797. II. Über die Denkwürdigkeit Rastatts und den daselbst angefangenen und in Baden in der Schweiz vollendeten ebenfallsigen Reichsfrieden vom Jahre 1714. — Vgl. Allg. Lit.-Ztg., 1798, Nr. 193.

[2]) Der Verfasser beurteilt sehr optimistisch die „angebliche" Republikanisierung des linken Rheinufers, wie er denn überhaupt recht vertrauensselig zu sein scheint. Er hegt Zweifel an der Echtheit aller Nachrichten, die von einem Umsturz der bestehenden Verhältnisse am Rhein melden. Eine Änderung der konstitutionellen Verhältnisse am Rhein durch die Franzosen vor Eröffnung des Kongresses wäre ja „ein äußerst

andere Wahl, als das Tor zum ehrenvollen Frieden mit dem Schwerte zu sprengen. Aber es besteht berechtigte Hoffnung, daß die Furcht vor der „noch nicht entmannten Deutschheit" und die Besorgnis, das Reich könne bei den Höfen in Petersburg und Stockholm Unterstützung finden, vor allem aber die Friedenssehnsucht im eigenen Lande den Feind davor zurückschrecken läßt, bei seinen „überspannten Prätensionen" zu verharren. Nur in einem außerordentlichen Fall dürfen die Stände in eine geringfügige Grenzberichtigung oder in einen Ländertausch einwilligen. Auch hier wird an die Stände wieder das Ersuchen gerichtet, die sich bei den Unterhandlungen bietende Gelegenheit, dem deutschen Staatssystem mehr Solidität zu verleihen, nicht verstreichen zu lassen.

Wo der materielle Druck der Fremdherrschaft schwer auf dem deutschen Boden lastete, sah man mit noch größerer Sehnsucht nach einer Besserung der Lage und Rückkehr der alten Zustände aus. Die herben Geschicke der eroberten linksrheinischen Gebiete, die von den „Blutigeln", den Franzosen, bis aufs Mark ausgesogen wurden, und den zähen Glauben, daß die besetzten Lande dem rechtmäßigen Herrn zurückgegeben werden, schildert die Schrift: Cisrhenanien unter den Franken. „Jeden Sieg", so heißt es hier, „feierten die unter dem Joch der Franken seufzenden Völker als eine neue Hoffnung, bald befreit zu werden". (S. 145.) Mit dem Ergebnis des Rastatter Kongresses, das bei der Hilflosigkeit des Reiches allerdings vorauszusehen war, ist der Rheinländer nicht zufriedengestellt. Er „wünscht von Herzen, daß man . . sein Land . . Germanien wiedergebe, weil es alsdann glücklicher sein, mehr gesetzliche Freiheit genießen wird: denn diese ist nirgends so beschränkt wie bei ihm. Auch sieht dies ein großer Teil der Männer jetzt ein, die vorher von der fränkischen Verfassung viel Ersprießliches erwarteten. Einige unter ihnen waren schon so offenherzig, dieses zu gestehen, die andern schämen sich, ihren Irrtum zu bekennen, oder

unkluges und kühnes Unternehmen." Eine tatsächliche Einteilung der Gebiete zwischen Rhein und Maas nach demokratischen Maximen könnte nur „geflissentliche Schreckfigur", „zweckmäßige Drohung" oder ein Experiment sein, um die Stimmung des Volkes zu sondieren.

sie können es auch nicht, weil sie sich zu stark erklärt haben, um je von der vorigen Regierung Verzeihung erhoffen zu dürfen". (S. 158 f.) Die Schrift ist demnach wohl ein Kennzeichen der Stimmung weiter Kreise auf dem linken Rheinufer.

Johann Alois von Hügels Stecken und Stab ist Österreich, dessen „uneigennützige" Politik er in einer witzigen Streitschrift „Epistel an den jungen Mann, der an Deutschlands Reichsstände ein Wort zu seiner Zeit verfasset hat," verteidigt[1]). Niemand sollte Österreichs Zaudern tadeln, da sich des Feindes Kraft um so mehr vermindert und der Frieden um so günstiger wird, je länger Wien eine abwartende Haltung bewahrt. Die Niederlande müssen auf jeden Fall ihrem früheren Besitzer wiedergegeben werden. Auch der Rechte des Reichs auf Elsaß und Lothringen, die von Frankreich geraubt wurden, nimmt sich Hügel als Anwalt seines Vaterlandes an[2]).

Wir sehen, wie manche Publizisten ihre Hoffnung auf die in Rastatt versammelten Körperschaften oder auf erfolgreiche Fortsetzung des Krieges setzen; andere nehmen selbst nach dem Frieden von Luneville an, daß nun das Schicksal des Vaterlandes noch nicht endgültig fixiert sei. So kann nach diesem „für Deutschland höchst nachteiligen" Frieden Fr. Chr. Lauckhard in seinem historischen Taschenbuch[3]) noch nicht „bestimmen, ob und wie das alles weiterhin bleiben oder werden wird". (S. 661.) Jedoch, wie das deutsche Volk den Luneviller Frieden aufnahm, ist von Häusser schon[4]) richtig charakterisiert und von Stroh in einem Abschnitt genauer dargestellt worden (S. 162 f.), sodaß wir von einer Schilderung öffentlicher Äußerungen jener Tage absehen können. In die Zeitungen aus den diesem Datum vorhergehenden Jahren dagegen werfen wir einen kurzen

---

[1]) Vgl. Eur. Annalen, 1795, 11. St., Umschlag.

[2]) Ebenso Traiteur in seiner obengenannten Schrift.

[3]) „Bild der Zeiten oder Europas Geschichte seit Karl dem Großen bis auf Bonaparte."

[4]) . . „Es ward auch wohl schon jetzt die Ahnung laut, daß bei dem so ausgesprochenen Übergewicht Frankreichs und der Eroberungslust seines militärischen Diktators dieser Friede nicht viel mehr Dauer verspreche als der vorangegangene." (S. 282).

Blick, um zu prüfen, ob auch sie an der Hoffnungsfreudigkeit, wie wir sie seither bestätigt fanden, teilnahmen.

Die „Hessen-darmstädtische Landzeitung" läßt sich wiederholt berichten, daß in den zu Basel gepflogenen Verhandlungen zwischen Preußen und Frankreich von der Wiederaufrichtung der alten Grenzen, sowie von der Rückgabe aller besetzten Distrikte des Reichs die Rede sei[1]). Auch in der Folgezeit verstummen Nachrichten ähnlichen Inhalts nicht[2]). Wir gehen nicht fehl bei der Annahme, daß solche umlaufenden Gerüchte von dem Wunsche inspiriert waren, aus der fama möge ein factum werden. Im Jahre 1796 teilt das Blatt die Äußerungen des Lord Auckland mit, der zeigen will, daß Frankreich zufolge des Mangels an den wichtigsten Bedürfnissen, an barem Gelde und der aus dieser Notlage sich ergebenden Stimmung der Einwohner einen baldigen Friedensschluß herbeiführen müsse. Erstrebe die Republik eine Vergrößerung, so bedürfe sie zum Schutze der neuen Provinz einer großen Heeresmacht. Eine stattliche Armee bilde aber einen Staat im Staat und sei leicht in der Lage, so wie sie früher die Monarchie vernichtete und die Demokratie unterjochte, „aller Wahrscheinlichkeit nach . . . in der Folge das Traumgesicht einer Republik von 30 Millionen Menschen zu tilgen"[3]). Eine derartige Schilderung der französischen Krisis sollte ohne Zweifel die Hoffnung auf verständnisvolle, von der Not gebotene Mäßigung der französischen Regierungshäupter beleben. Auch während des „Konkursprozesses des deutschen Reiches"[4]) zu Rastatt rechnet das Blatt mit der Erhaltung des linken Rheinufers, nach mehreren Korrespondenzen zu schließen[5]). Zu Anfang des Jahres 1800[6]) wird aus der augenblicklichen Situation gefolgert, daß über das Problem des status quo „nicht sowohl Berechnungen als Kanonen entscheiden".

Die Frankfurter Zeitungen rechnen mit einem günstigen Verlauf der Verhandlungen des Jahres 1797, so das „Frankfurter Journal", die erste Zeitung in unserem

[1]) 1795, Nr. 43, 45 f. [2]) Nr. 80, 95, 129 u. a.; 1796, Nr. 11 f.
[3]) Nr. 14. [4]) 1798, Nr. 100.
[5]) 1797, Nr. 145, 151; 1798, Nr. 61 u. a. [6]) Nr. 13.

Sinne[1]). Um ein Beispiel hervorzuheben: In dem zeitlichen Zusammenfall eines Dekrets des französischen Direktoriums, die Operationen der Intermediärkommission zu Bonn zwecks Gründung einer rheinischen Republik sollten eingestellt werden, mit dem Friedensschluß sieht ein Mannheimer Berichterstatter ein Resultat der Udiner Unterhandlungen und ein gutes omen für den Reichsfrieden[2]). Andere Blätter hegen ebenfalls die Hoffnung, daß nun wieder „alles auf die alte deutsche Hacke geführt werde"[3]).

Zwei Publizisten in Girtanners „Annalen"[4]) gedenken in edler Schadenfreude der Schwierigkeiten, die einer Einverleibung der Rheinlande in die Republik im Wege stehen und die geeignet sind, die Franzosen von ihrem Vorhaben abzubringen. Der eine Artikelschreiber[5]) bringt diese Erwartung in derbem Spott zum Ausdruck: Die „großmütige Nation" dekretierte auf Betreiben der drei Abgeordneten des rheinisch-deutschen Nationalkonvents die Errichtung eines neuen Departements zwischen Landau und Bingen. „Das Departement ist also zur Welt gekommen. Doch hat das Kind noch keinen Namen. Vermutlich erwartet man noch seinen Zwillingsbruder auf der linken Seite des Vogesischen Gebirges („des sogenannten Hundsrücken"), und dann werden wohl beide die Namen des ersten und zweiten Deutschlands der Römer vertreten. Allein die Lage der Sachen hat sich dermaßen geändert, (durch den Rückzug Cüstines von der Nahe nach Landau), daß es das Ansehen hat, das zweite Kind werde in der Geburt ersticken und das erste sterben, ehe man es zur Taufe bringt."

---

[1]) Es erschien schon seit dem Juli 1796 in vier wöchentlichen Nummern und mit einer außerordentlichen Beilage. Seit dem Sommer dieses Jahres redigierte es Hofrat Rühl, seit Herbst 1797 Dr. Dietz.

[2]) 1797, Nr. 173; vgl. Nr. 175; 1795, Nr. 1.

[3]) „Reich der Toten", 1796, Nr. 86. Bei Bekanntwerden des Friedens frohlockt es: Eisrheiner, geht nun fort, die Rolle ist zu Ende; Ihr habt sie ausgespielt, wir klatschen in die Hände." (1797, Okt.) Vgl. Frankf. Ristretto, 1799, 177. St., 187. St., 190. St. u. a.; Journal de Fr., 1797, Nr. 291, 310, 314, u. a; Privileg. Mainzer Ztg., 1797, 15. Nov., 22. Dez. u. a; Königl. privileg. Berlinische Ztg. 1797, 138. St; Wielands Merkur, 1797, Bd. 3, S. 343.

[4]) 1793, Bd. 2, S. 307; Bd. 3, S. 35. [5]) Bd. 3, S. 35.

Auch Schirach läßt die Frage offen, ob den Franzosen die Errichtung einer cisrhenanischen Republik ebenso leicht gelinge wie die der cisalpinischen[1]). Im Jahre 1801[2]) tröstet er sich damit, daß in Luneville nicht das letzte Wort gesprochen wurde. Hat doch die Geschichte kein Beispiel dafür, daß Staaten, die plötzlich zum Kolosse anschwollen, ihre abnormen Dimensionen lange behielten. Voraussichtlich wird daher das „leidige", „erzwungene", „in dem Luneviller Treibhause zur Blüte gebrachte Friedenswerk" kaum ein „Definitiv"-traktat sein. Neue Schwertschläge werden über das endgültige Los der zur Zeit verlorenen Gebiete entscheiden.

In die Hoffnung, dem Reiche werde eine territoriale Einbuße erspart bleiben, mischt sich mitunter leise Furcht vor einer Enttäuschung. Hie und da gewinnt die Besorgnis vor Verlusten die Oberhand und verdüstert die Aussicht in die Zukunft.

Schon im Jahre 1793 will der Verfasser der „Unparteiischen Bemerkungen über den unglücklichen Feldzug des Herzogs von Braunschweig gegen die Neufranken" an erfolgreicher Fortsetzung des Krieges fast verzweifeln: „Führen die Franzosen ihren wahrscheinlich entworfenen Plan, sich des Rheins und der Mosel zu bemächtigen, aus, so sind die Folgen dieser Operation kaum zu berechnen."

Selbst Schirach, den wir eben erst von einer anderen Seite kennen lernten, bangt zuweilen in Erwartung der Dinge, die da kommen sollen. Er hält die von der Mehrheit des Volkes nicht gebilligte Unabhängigkeitserklärung des Kölner und Trierer Gebiets seitens der Klubisten, der „neuen deutschen Jakobiner" für folgenschwer, soweit sie die künftige Gestaltung der politischen Lage angeht. Diese „unangenehmen", von „absurd-wilden Ceremonien" begleiteten Vorgänge haben nämlich die Grundlage des Friedens erschüttert[3]).

---

[1]) 1797, 8. St., S. 832, S. 928 f., 10. St., S. 1083 f., 12. St., S. 1315; 1798, 1. St., S. 16, 89 u. a.

[2]) 1801, Bd. 2, S. 194, 215, 580; 6. St., S. 548, 651; 7. St., S. 767; 1802, Bd. 2, S. 1244.

[3]) 1797, 8. St., S. 832; 11. St., S. 1129.

Die „Betrachtungen über die letzten Friedensunterhandlungen“[1]) offenbaren gleiche Besorgnis. Der Abschluß der Separattraktate hat nach diesen Darlegungen dem europäischen Gleichgewicht schwere Wunden geschlagen und Frankreich groß gemacht. Eine Reihe von Außenwerken hat dieses seinem Territorium angefügt. Mit der linken Hand umspannt es „das gebeugte Holland“, mit der rechten die „zerstörte und unterjochte Schweiz“. Der dreifache Wall seiner Grenzfestungen wurde durch den Erwerb der Rheingrenze aufs neue verstärkt. Damit hat es ein gewaltiges Übergewicht im europäischen Staatenverein errungen. Was Deutschland anlangt, so hat seine Unabhängigkeit „künftig keine andere Garantie als Frankreichs Großmut“. (S. 11.) Ob der „unaufhaltsam präponderierende Staat“ nun zu innerer Konsistenz gelangt oder von neuen revolutionären Katastrophen heimgesucht wird, — jedenfalls droht dem Reiche wie allen französischen Nachbarstaaten die Gefahr, von den universalistischen Gelüsten Frankreichs verschlungen oder von einem Vulkan verschüttet zu werden. Nur ein „wahrer Kongreß“, bei dem England und Frankreich am Tische sitzen, könnte dem drohenden Übel steuern.

Dem Historiker und Diplomaten, Geh. Legationsrat K. L. Woltmann, dem Herausgeber der von 1800 an erschienenen ziemlich oberflächlichen Zeitschrift „Geschichte und Politik“ drängt sich der Gedanke auf, daß dem südlichen Deutschland dasselbe Geschick bereitet werden könne, wie den bereits vom Reiche losgetrennten Gegenden, wo deutsche Sitte, Sprache, Kunst und Wissenschaft schon dem gänzlichen Verfall nahe sind. Denn auch im Süden begehrt der neue „Zauber“ Einlaß[2]).

So zittern diese Publizisten bei der Erwägung, der Tragik einer Schädigung ihres Landes ins Auge sehen zu müssen. Sie gebrauchen deshalb viele „wenn“ und „aber“ und suggerieren sich selbst Momente, die in dem Hangen und Bangen zur Beruhigung dienen können[3]).

---

[1]) Vgl. Stroh, S. 58 f. [2]) 1801, Bd. 1, S. 90 f.; vgl. S. 83 f.
[3]) Vgl. Merkur 1797, Bd. 3, S. 343 f.; Rastatter Kongreßkalender 1798, S. 35; Kritik des Jahres 1797, S. 39.

Jenisch sieht in seiner Betrachtung der Geschichte des 18. Jahrhunderts[1]) den vernichtenden Schlag voraus. Deutschland wird verstümmelt werden. „Lücken", „Umänderungen" in der konstitutionellen Struktur und lokalen Begrenzung Deutschlands wird der kommende Reichsfriede verursachen. Dabei ist sein Vaterland schon ohnedies hart getroffen. Wohin er sieht, gewahrt er nur Zerstörung von Werten. Besonders im Süden und am Rhein „hat der französische Revolutionskrieg . . . . viele schon bestehende treffliche Einrichtungen vernichtet, viele neu-getroffene ins Stocken gebracht, und in Handel, Ackerbau, Erwerbsfleiß . . . Zerstörungen hervorgebracht . ., deren Spuren selbst nach den emsigen Bestrebungen mancher friedlichen Jahrzehnte schwerlich ganz vertilgt sein werden." (S. 102.)

6. Klagen über den Verlust; Spott.

Jenisch's bewegliche Klage leitet uns über zu der Reihe von elegischen Kommentaren zu den Friedensschlüssen. Zuvor aber sei uns eine Art Abschweifung gestattet.

Die Reichsstände, die auf der Länderjagd in Rastatt die Ehre des Reichs so schmählich preisgaben, erfuhren auch die Wahrheit des Sprichworts: Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. In einem „großen republikanischen Trauerspiel in drei Erscheinungen voll Witz und Laune" aus dem Jahre 1799, betitelt „Deutschlands Schicksal am Ende des 18. Jahrhunderts"[2]), werden die traurigen staatlichen Verhältnisse Deutschlands ähnlich wie in einer zweiten Schrift „Die Passion"[3]) zur Zielscheibe treffenden Witzes erwählt. In der ersten dort beschriebenen „Erscheinung" verlangt der französische Gesandte in Rastatt unwiderruflich die Zustimmung der Vertreter des Reichs zur Theorie der „natürlichen" Grenzen. Die „unschuldigen", „allzeit nur gehorsamen", „mitleidswürdigen" Reichsstände wehren sich kläglichst. Was hilft's? Sie müssen „die Zeche bezahlen". Bei dem dritten erdichteten Vorgang, auf dem Kongreß der europäischen Mächte zu Pillnitz,

[1]) „Geist und Charakter des achtzehnten Jahrhunderts, politisch, moralisch, ästhetisch und wissenschaftlich betrachtet."

[2]) Vgl. Allg. Lit. Anz., 1801, Nr. 23. [3]) Vgl. Häusser, S. 123.

werden dem Reiche die tragikomisch wirkenden, variierten Bibelworte in den Mund gelegt: „Hättest du erkannt und zur guten Zeit, was zu deinem Frieden dient. Jetzt aber ist's vor deinen Augen verborgen; weil deine Tage kommen und deine Feinde dich umgeben und dich ängstigen werden allenthalben. Sie werden dich der Erde gleich machen und deine Kinder und werden nicht lassen in dir einen Stein auf dem andern, weil du nicht erkannt hast die Stunde deiner Versuchung." (S. 47.)

Derartiger frivoler Spott, der nach unseren Beobachtungen aber ebenso wenig wie „Gleichgültigkeit gegen die untergehenden alten Formen" der „vorherrschende Ton der Zeit" war[1]), mag berechtigt erscheinen angesichts der jämmerlichen Zustände im Reich und der betrüblichen, in Rastatt wieder zutage getretenen Folgen der geistlich-weltlichen Kleinstaaterei. Die meisten jedoch empfanden den Verlust tiefer und nahmen ihn ernst auf. „Was wir dadurch an Wehrkraft verloren, wie unsere Grenzen fortan schutzlos und offen lagen, die Einbuße eines gesegneten Landes mit seinen reichen und gesegneten Hilfsquellen, der Schlag, den der deutsche Handel und die Schiffahrt erlitt, davon ging doch ein tiefes, schmerzliches Gefühl durch die Nation.."[2]). Schon die zahlreichen statistischen Angaben[3]) über die Verlustmasse des Deutschen Reichs bekunden den Eindruck, den die erlittene Schädigung auf die sonst staatlichen Vorgängen gegenüber interesselosen Volksmassen machte. Auch Schirach stellt eine derartige Berechnung an[4]) und kommt dabei zu folgenden Ergebnissen: Die thronstürmenden Franzosen haben bis zum Jahre 1798 mehr als den vierten oder gar dritten Teil von der Kraft Europas an sich gerissen. Sie suchen die Zugänge zu allen Ländern zu erzwingen, demütigen Deutsch-

[1]) Vgl. Häusser, S. 123. [2]) ibid. S. 281 f.

[3]) Vgl. „Betrachtungen über die fünf Friedensschlüsse", S. 28 f.; „Patriotische Wünsche für Deutschland"; „Über Deutschlands Verlust ..."; „Tabellarische Übersicht der Staatskräfte von Deutschland ...", Mannheim 1802; Allg. Ztg. 1801, Nr. 183 f.; 1802, Nr. 137; Eichhorn, Geschichte der drei letzten Jahrhunderte, Bd. 2, S. 267.

[4]) 1798, 8. St., S. 769 f.; 11. St., S. 1092 f.; 12. St., S. 1215; 1799, Bd. 1, S. 63 f.; Bd. 4, S. 412, 415, 425; 1. St., S. 37; 12. St., S. 1309 u. a.

land durch ihr Begehren und zerstören das Gleichgewicht auf dem ganzen Erdteil. Im Luneviller Frieden rückten sie den westlichen Endpunkt Deutschlands um $3^1/_2$ Grade nach Osten, rissen mehr als ein Königreich zweiten Ranges, mehr als den sechsten Teil Deutschlands an sich und disponieren nun willkürlich über deutschen Besitz wie über eine Erbschaft verstorbener Personen.

Gg. Ludw. Firmond, ein angesehener Kaufmann in St. Johann, schreibt in seinem Tagebuch[1]) am 17. März 1801, nachdem die Kunde eingetroffen war, das linke Rheinufer sei nun französisch: „Ist kein Vergnügen für uns".

Ein „treuer Untertan aus einem Dorfe des linken Rheinufers" richtet an seinen in Rastatt weilenden Herrn ein poetisches Klagelied über die Verlassenheit der „treuen Schafe" seit dem Weggang des Gebieters und die Unsicherheit ihrer Lage[2]).

Wärmer als die beiden Genannten fühlt der sachsen-gothaische Legationssekretär Karl Ernst von Hoff[3]) mit seinem tief gesunkenen Vaterlande: „Wenn man in dem Augenblicke, wo einem von seinem Ansehen herabgestürzten Staate, wie unser bedauernswürdiges Vaterland, wo diesem nach den schrecklichsten Zerstörungen eines wütenden Feindes der Friede endlich wiedergegeben wird, ohne daß ihm sein ungeheurer Verlust ersetzt werden kann, — wenn man in diesem Augenblicke in die Zukunft sieht und nicht von den heißesten Wünschen für die Befestigung des künftigen Wohls des tief verwundeten Überrests durchglüht wird, so ist man nicht wert, ein Glied dieses, ja überhaupt eines Staates zu heißen." (S. 20 f.)

Schon im Jahre 1796 berechnet in den „Historischen Beiträgen zur Geschichte des französischen Krieges"

[1]) Vgl. Mitt. d. hist. Vereins für die Saargegend, Heft 7 (1900), S. 121.

[2]) „Schreiben eines treuen Untertans aus einem Dorfe des linken Rheinufers an den Freiherrn von A . . . in Rastatt."

[3]) „Antwort des Verfassers der Schrift: Das deutsche Reich vor der französischen Revolution und nach dem Frieden von Luneville auf das an ihn gerichtete Schreiben eines freien deutschen Edelmanns." Vgl. Allg. Ztg, 1802, Nr. 137; van Alpen, 1. Teil, S. XII f.

ein Mitarbeiter die Folgen des Friedens von Basel und des zwischen der Republik und dem Landgrafen von Hessen-Kassel vereinbarten Traktats. Er kann nicht umhin, um das Los seines Landes, das einst „der Hebel . . . war . ., durch den der ganze Weltteil seine Impulsionen erhielt", in größter Sorge zu sein. Er befürchtet mit manchen anderen, daß durch einen Stoß, wie ihn die erzwungene Zustimmung zu der französischen Grenzforderung bedeute, das ganze Reichsgebäude mit seinem komplizierten inneren Bau zum Einsturz gebracht werde. Seine Wehklage über die jüngsten Ereignisse faßt er in die schmerzbewegten Worte: „Welcher unermeßliche Inhalt lag in diesem kurzen Ausdrucke: Die Rheingrenze! Welche Vergrößerung Frankreichs! Welche Schwächung Deutschlands! — — nein, nicht nur Schwächung, beinahe Vernichtung . . . Abgerissen so manche Kurfürstentümer, Herzogtümer, Bistümer, — wie konnte man in den Überrest des zerrissenen Körpers! dessen Teile ohnehin so lose zusammenhängen, daß Meinung und Altertum mehr als wirkliche Kraft sie zusammenbinden, irgend wieder festen Zusammenhang bringen? Und nicht genug an diesem unmittelbaren Verlust durch Amputation des linken Arms: die mächtigeren deutschen Stände, die schon Freunde Frankreichs waren, oder es noch werden konnten, mußten für das, was sie auf dem linken Rheinufer verloren, auf dem rechten entschädigt werden . . .". (S. 17.)

Unter einem anderen Bilde stellt Johann Georg Deutschland im Jahre 1801 dar[1]): Es ist der „zerrissene Löwe", den „starke, feindliche Raubtiere" zu Fall brachten.

Ein Referent im Jahrbuch der neuesten Literatur[2]) bespricht in demselben Jahre eine statistische Darstellnng des Departements vom Rhein und von der Mosel. Gelegentlich der Nennung von Registern der dortigen Bevölkerung, ihrer Felder, Gebäude usw. seufzt er: „Wie viele dem alten Vaterland nun entrissene Reichtümer!"

Eine in der „Minerva" anonym veröffentlichte „Untersuchung des militärischen und politischen Zustandes der europäischen Staaten in Beziehung auf Frankreich im Jahre 1801" entdeckt keinen Lichtstrahl im Dunkel der Tage. Archenholtz

[1]) Minerva, Juli, S. 79. [2]) 1801, 216. St.

sieht in ihren „höchst traurigen Resultaten" keinerlei „politische Träumereien", sondern unerbittliche Wahrheiten. Die Jeremiade nimmt ihren Ausgangspunkt von strategischen Erwägungen, wie wir sie zum Teil schon öfter vernahmen: Die gegenwärtige Grenze des französischen Reichs bildet eine riesenhafte Vormauer. Ist doch der Rhein eine trotzige Wehr 1) durch die Maasfestungen, 2) durch die Lage von Mainz im Zentrum der von den Eckpfeilern Koblenz und Germersheim bezeichneten Strecke, 3) durch die nach Deutschland hin offenen Türen bei Kastel und Ehrenbreitstein, 4) durch die Möglichkeit, von der Schweiz aus Rücken und Flanken des Gegners anzufallen. Diese gigantische Linie bietet den Franzosen unberechenbare Vorteile. Der ohnmächtige Zustand der an der Landesmark liegenden Kreise gestattet ihnen einen raschen, wuchtigen Vorstoß in das Herz des Reiches. Die „sterbende Freiheit" könnte nur von Österreich am Leben erhalten werden. Im Bunde mit Preußen und Rußland ist es der Gunst einer straffen, rasch arbeitenden Zentralgewalt gegenüber, wie sie Napoleon verkörpert, benachteiligt. Kann aber Österreich seinen hohen Beruf als Retter des Reichs erfüllen? — Wird der status post bellum die Basis des Friedens, so wird dem „besiegten, zur Hälfte überfallenen und unter sich getrennten Europa kein einziges Hilfsmittel gegen eine gewaltige, fanatische und ehrsüchtige, wesentlich kriegerische und erobernde, wider diese defensive-unangreifbare und offensive-unwiderstehlich gewordene Macht übrig bleiben." (S. 50 f.)

Klagen über das Los der Rheinländer tönen uns aus der vorhin erwähnten Flugschrift „Cisrhenanien unter den Franken" wie aus den Spalten der Zeitungen und Zeitschriften entgegen. Die in Wielands „Merkur" veröffentlichten Briefe von der Lahngegend[1]), wo man besonders im Jahre 1797 unter Brandschatzungen, Requisitionen und Brutalitäten der Franzosen litt, erzählen von der „stiefväterlichen Pflege der Prokonsuln" und der Verzweiflung der Bewohner. Die zahl- und inhaltreichen „Miszellen vom linken Rheinufer"[2])

[1]) 1797, Bd. 3, S. 343 f; 1798, Bd. 2, S. 403 f; 1801, Bd. 3 („Blick auf das transrhenanische Deutschland").

[2]) Vgl. Stroh, S. 167; Gentz'histor. Journal, 1799, März, S. 329.

in der „Allgemeinen Zeitung", die „gewiß über jeden Verdacht der Franzosenfeindlichkeit erhaben" ist, enthalten scharfe Kritiken an den Zuständen am Rhein und impulsive Äußerungen von Abneigung gegen die neuen Herren. Über französische Neuerungen, wie z. B. die harten Mautgesetze und ihre rücksichtslose Handhabung murren viele in der Zeit nach dem Friedensschluß[1]).

Der eben beiläufig erwähnte, aus der Lahngegend stammende Korrespondent des „Merkur" gebraucht nach dem Frieden von Kampo Formio[2]) zur Charakteristik der Lage Deutschlands ein uns schon bekanntes, leidvolles Bild: „So ist denn also das linke Rheinufer abgetreten! Die Amputation ist gemacht, und die blutende Kriegerin Germania kommt als Krüppel aus dem Lazarett des Friedenskongresses unter den Händen der versammelten Wundärzte hervorgehinkt!" Der Berichterstatter wünschte, daß „unus homo . . . restituat rem!" Die Zuversicht, daß alles nur „ein Blendwerk der hochpolitischen Republik zur Zähmung des englischen Stolzes" sei, daß „die loyauté der großen Nation, durch die Fürsprache des Wiener Hofes erweckt, im beabsichtigten Frieden mit England dem deutschen Reich mit dem verlorenen Beine ganz zuverlässig wieder ein Geschenk machen werde", vermag er nicht zu teilen[3]).

Eine andere Stimme im „Merkur"[4]) bedauert, daß die vielgerühmte Anhänglichkeit der Linksrheiner an die alte Verfassung doch nicht allen unter ihnen innewohnte. Die Tätigkeit der Freiheitsprediger, die verhaßte Bevormundung durch die landesherrlichen Beamten in früherer Zeit, der Enthusiasmus für die Revolution, die bestehende Aussicht auf Isopolitie und größere Handelsfreiheit, die „Leiden unter Pfaffendespotismus und Gewissenszwang", die Furcht vor Bestrafung durch die zurückgekehrte deutsche Obrigkeit, — alle diese Mo-

[1]) Vgl. „Betrachtungen über den Talweg des Rheins als Grenzscheide zwischen Deutschland und Frankreich"; Joh. Friedr. Reichardt, Vertraute Briefe aus Paris, 1. Teil, 1. Brief; „London und Paris", Bd. 10, S. 50 f; Allg. Ztg. 1801, Nr. 272, 289, 293, 316 u. a.

[2]) 1798, Bd. 1, S. 455. [3]) 1798, Bd. 2, S. 69. [4]) ibid.

mente ließen den Konnex mit der Vergangenheit vergessen und trieben die Rheinländer in die offenen Arme der Revolutionären.

Archenholtz hinwiederum[1]) nimmt die Rheinländer in Schutz und gibt seinem lebhaften Bedauern über ihr Ergehen Ausdruck. Von „Elenden" werden diese Ärmsten tyrannisiert; sie sehen sich in ihren schlimmen Ahnungen nicht betrogen und sind „alle ohne Ausnahme um die Wette höchst unglücklich"[2]). Archenholtz schreibt[3]) einen „großen Anteil an der mit so viel Demütigung verbundenen Teilung Deutschlands" den antigermanischen Schriften eines Dorsch, Rebmann u. a. zu, die auch „von jenen Männern im Palast Luxemburg, die über Europens Schicksal entscheiden", gelesen werden. Er trägt Leid über den Fall Deutschlands und seine jetzige tiefe Erniedrigung. Denn „die deutsche Nationalkraft ist dahin und mit ihr auch die Ehre der Deutschen; selbst ihr seit Jahrtausenden bestandener Kriegsruhm ist in den Augen aller Nationen wie ein Morgentraum verschwunden. Die Abtretung der Rheinprovinzen an diesen trotzenden Feind, die Demütigungen in Rastatt und der über allen Ausdruck schändende Fall von Ehrenbreitstein, dies sind in Deutschlands Jahrbüchern solche Flecken, die keine Blutströme abwaschen können"[4]).

Gleim, der Mitarbeiter der „Minerva", weist in einem Gedicht[5]) jede Aufforderung zur Freude über den endgültigen Frieden weit von sich:

„Ich kann das Friedensfest mit Tanz
Nicht feiern, kann nicht jubilieren,
Solange wir den Rhein halbieren,
Ist keine Freude ganz.
Solange Vater Rhein
Von Zorn und Rache glüht,
Wenn er, getrennt von sich, sein linkes Ufer sieht,
Solange schmeckt ihm kein Glas Wein,
Der arme Vater Rhein!"

[1]) Vgl. Minerva 1799, Aug., S. 276 f; 1801, Febr., S. 185 f; März, S. 399, 549; Juni, S. 526; 1801, Nov., S. 320 f; 1802, Jan, S. 11 f; Febr., S. 230 f. u. a.

1799, März, S. 537. [3]) 1798, Jan., S. 3 f.

[4]) 1799, März; vgl. 1801, Aug., S. 214.

[5]) 1801, Nov., S. 373 f.; vgl. Werke, Bd. 4, S. 268.

Gentz, um den Größten zuletzt zu nennen, kann sich allem Jammer, den die Wende des Jahrhunderts brachte, natürlich auch nicht verschließen. Wenn Österreich und Preußen über die gesamte, durch außerordentliche Anstrengungen verstärkte Kraft des föderativen Staatsganzen hätten verfügen können, wenn die erste Macht im Süden, die zweite im Norden eine rechtlich-sanktionierte, interimistische Diktatur ausgeübt hätte, dann wären seines Erachtens die schwachen, zersplitterten Rheinstaaten in guter Hut gewesen. Statt dessen konnte der kurzsichtige Partikularismus triumphieren. Die Uneinigkeit zeitigte böse Früchte: „Die Einzelnen verarmt; das Reich zerstückelt, die gemeinschaftliche Verfassung ihrer Auflösung nahe gebracht; — welche deutsche Feder möchte dieses Gemälde vollenden[1])?" Im Anhang zu diesem Abschnitt unserer Untersuchung sei das klassische Stimmungsbild wiedergegeben, das Gentz seinem Freunde Adam Müller im Briefe entwarf, als er bei Gelegenheit einer Reise nach England sich am Niederrhein aufhielt. Es führt uns zwar über die zeitliche Grenze unserer Arbeit weit hinaus, ist aber den von uns soeben gezeichneten Skizzen zu ähnlich, als daß wir an ihm vorübergehen dürften:

„Der verpestete Hauch der französischen Regierung hat alle die Länder, welche die Schwäche unserer Zeitgenossen in die Klauen des Ungeheuers fallen ließ, versengt, ausgezehrt und besudelt. Der fundamentale Reichtum dieser Länder ist zwar zu groß, als daß irgend eine menschliche oder teuflische Bosheit, — denn die Franzosen sind ein- für allemal und jetzt wie vor fünf Jahren hors de la nature et au-delà du crime, — sie zu vernichten imstande wäre. Aber sie sehen aus, als wenn eine feindliche Eruption sie mit einer dicken Aschenlage umhüllt hätte. Nicht bloß die Greuel der Revolution, und — longo post intervallo — die Verheerungen des Krieges (daß gewöhnliche Kriege gar kein so schreckliches Übel sind, als die Humanitätsschwätzer und Spitzbuben aller Art der Welt weis machen wollen, davon bin ich nun mehr als je überzeugt), nicht bloß der jammervolle Ruin aller alten Etablissements und so vieler Denkmäler des Fleißes, der Kultur,

[1]) „Über den Ursprung . . .", S. 300 f.

der Achtung für menschliches Verdienst und der Ehrfurcht der Völker gegen Gott und Menschen, nicht bloß die unaufhörliche und unvermeidliche Rückerinnerung an das Vergangene bildet jenen finstern Schleier, der von Mainz bis Antwerpen über all diesen blühenden Provinzen ausgebreitet liegt. Nein! Die Gegenwart ist fast noch schrecklicher als die Vergangenheit. Vor dem 18. Brumaire war der Gedanke, daß die Schreckniſſe, unter denen man seufzte, notwendig vorübergehend sein müßten, die tägliche und stündliche Erwartung neuer Revolutionen, von denen doch endlich einmal eine die erwünschte sein würde, und selbst die durch die Fortdauer des Krieges unterhaltene Ungewißheit der Zukunft eine Art Gegengewicht gegen das Übermaß der Leiden. Aber jetzt fühlen die Unterjochten nichts mehr als die Einförmigkeit eines trostlosen, dem Anschein nach grenzenlosen, kalten, eisernen, barbarischen, insultierenden Despotismus. Besonders hat seit einem Jahre, seitdem sich der regierende Sultan auf seinem Throne befestigt glaubte, diejenige Branche der Tyrannei, welche auf die Länge immer die drückendste wird, weil sie die umfassendste ist, die Tyrannei der willkürlichen Impositionen, in einem Grade überhand genommen, von dem man sich keine Vorstellung machen kann. Es gibt gar kein Maß, keine Proportion, keine Regel in den Forderungen mehr: Die Menschen müssen alles, schlechthin alles bezahlen, was sie nicht unmittelbar aufgefressen haben; und dies alles ist noch weit entfernt, die bodenlose Geldgier dieser Geier zu befriedigen. Die Teuerung aller Lebensmittel steigt täglich höher; die Konsumption, besonders die, welche die Industrie ernährte, ist null; denn die wenigen alten Besitzer, die wieder zurückkehrten, leben still und finster im Innern ihrer Häuser und verzehren weniger als ehemals ihre Bedienten. Soldateneinquartierung in den Städten, Militärkonskription auf dem Lande, militärische Willkür allenthalben — vollenden den Kreis von Elend, in welchen das Leben aller dieser sonst so glücklichen Menschen gebannt ist.

Bis hierher bietet der Anblick der eroberten Länder nichts als Mitleid, und (für solche, die so fühlen wie ich) Indignation und Verzweiflung dar. — Geht man aber einen Schritt weiter, so befindet man sich unvermutet auf dem Felde der Hoffnungen. Wenn die maxime que l'excès du mal en

amène le remède, (diese freilich durch die Begebenheiten der letzten zehn Jahre nur zu oft widerlegte Wahrheit), sich noch je bestätigen kann, so muß es in diesen Ländern geschehen. Der Abscheu gegen die Franzosen ist in allen Gemütern zu einer furchtbaren Stärke angewachsen. Von Koblenz bis Brüssel haben wir . . . . . nicht ein einziges Individuum gefunden, welches nicht von gleichem Hasse, von gleichen Wünschen und von gleichen Erwartungen beseelt wäre. Es kann nicht dauern, es wird nicht dauern; das war der ewige Refrain aller, aller unserer Gespräche; und wenn wir fragten: Aber wie wird es endigen? — so war — ein allgemeiner Aufstand — die Antwort . . . . . — Die Scheidewand zwischen den Franzosen und den Eingeborenen ist allenthalben gleich groß, d. h. unübersteiglich . . . . . — Nichts ist rührender als die Sehnsucht aller dieser Menschen nach ihren ehemaligen Regierungen, der tiefe Respekt, womit sie davon sprechen . . . .[1])".

7. Klagen über die deutschen Zustände.

Wir haben bereits an einer anderen Stelle erkannt, daß einige Publizisten, die zum Widerstand gegen des Feindes Gelüste anfeuern und die Größe der Gefahr zu zeigen versuchen, als den einzig möglichen Weg zur Erhaltung des zerfallenden Reichs engsten Zusammenschluß fordern. Jetzt, wo der Feind triumphiert, wo alle Erwartungen sich nicht erfüllen, stellt man wieder die Frage, was schuld an dem allgemeinen Niedergang sei, wie das schimpfliche Ende der Unterhandlungen hätte abgewandt werden können. Außer Klagen über das bemitleidenswerte Los des Vaterlandes vernehmen wir Worte edlen Unmuts und scharfen Tadels wegen der Trägheit der Reichsstände und der Uneinigkeit der einzelnen Reichsteile.

K. C. von Knebel[2]), der bis in die letzten Jahre seines Lebens alle Erscheinungen am politischen Horizont aufmerksam beobachtete, bezeichnet in einem Brief an Böttiger die Ursache der heiklen Lage also: „So fressen sich die biedern Deutschen unter sich selbst auf und geben sich den Fein-

[1]) Gentz an Adam Müller, 1802, 23. Okt., Wittichen II, S. 382 f.

[2]) Vgl. K. C. von Knebels literarischer Nachlaß und Briefwechsel, herausgeg. von K. A. Varnhagen von Ense und Th. Mundt, Leipzig 1835 f.

den nachher zum beliebigen Raube und zur Mißachtung preis[1])".

Im Jahre 1798[2]) und 1799 bringt die „Minerva" einen Aufsatz, dessen Herkunft uns unbekannt bleibt. Archenholtz versichert wiederholt[3]), daß er aus der Feder „eines berühmten deutschen Schriftstellers" und „scharfsinnigen Denkers" geflossen sei; der „delikaten Materie" wegen habe es derselbe vorgezogen, über seine Person einen Schleier zu breiten. Nach diesen Ausführungen ist die Mühe der Franzosen, ihren Schild vor der Nachwelt unbefleckt zu erhalten, ganz unnütz. Es ist ein offenes Geheimnis, daß schändliche Selbstsucht das „Triebrad" aller ihrer Negociationen ist. Derselbe Grad von Eigennutz beherrscht auch Österreich[4]). Diese Macht gedachte durch den Frieden von Kampo Formio nur Zeit zu neuen Rüstungen zu gewinnen und erkaufte sie durch Aufopferung Deutschlands, um an eigenem Kraftstoff nichts einzubüßen. Gewiß, die Sympiose zwischen Deutschland und Österreich ist ein zu enges Verhältnis, als daß diese Monarchie die Opfer ein- für allemal in Feindeshand lassen wolle. Aber ihre Schützerrolle dem Reiche gegenüber hat sie schmählich vergessen. Einsam und wehrlos steht nun Deutschland da, genarrt von der Fata Morgana der zu erhaltenden Reichsintegrität, dem „unschuldigen", dem Feinde so willkommenen „Talisman". Seine schmachvolle, gebrechliche Existenz ist vergleichbar mit einer Auszehrungskrankheit, die den Ruin zur Folge hat. In jämmerlicher Lethargie schleppt es seine Tage dahin. „Es scheint wahrlich selbst seinen Schiedsrichtern Mühe gekostet zu haben, es nur zu wecken, um bei dem nun zu beginnenden Schauspiel mindestens doch seine Statistenrolle auszufüllen"[5]).

Hippolytus a Lapide der Jüngere, ein Pseudonym, unter dem sich nach dem Urteil mancher Joh. Wilh. von Archenholtz angeblich verbirgt[6]), brandmarkt ebenfalls in seinem wohl noch vor dem Definitivfrieden gezeichneten „Ge-

---

[1]) Bd. 3, S. 40 f; vgl. S. 31.
[2]) 1798, Febr., März, Juni und Oktober; 1799, Febr. u. Okt.
[3]) 1798, Febr., S. 270; Okt., S. 146; 1799, Okt., S. 72.
[4]) Vgl. 1797, Juli, „einige vorläufige Bemerkungen . . . ."
[5]) 1798, Febr., S. 281. [6]) Vgl. Stroh, S. 18, Anm. 27.

mälde von Europa" Österreichs unzweckmäßige, leichtsinnige und unaufrichtige Politik, der zufolge es den Krieg immer wieder erneuerte und die Friedensverhandlungen in schnödem Egoismus verschleppte. Österreich hat zuerst die Integrität des Reiches verletzt, indem es das linke Rheinufer im Frieden von Kampo Formio „verkaufte"[1]).

Männer wie Gentz und Archenholtz, deren Meinung wir in anderem Zusammenhang hörten, suchen die Schuld nicht beim Einzelnen, sondern in der Anlage des Reichsganzen. Th. von Benzel führt im „Merkur"[2]) Deutschlands „Weh" auf seinen Mangel an Energie, an Einheit, an Entschlossenheit im Geschäftsgang und auf die Fehler der Exekutive zurück. Deutschlands „Wohl" kann demzufolge nur begründet werden durch Anspannung aller Kräfte, raschen Fortschritt der Geschäfte, Harmonie des Ganzen und durch zweck- und gesetzmäßiges Wirken der ausübenden Gewalt. So deckt sich Benzels Auffassung mit der Schirachs, der als das Grundübel, als die letzte Ursache aller „Erniedrigungen der Nationalwürde" die Schwäche des deutschen Staatskörpers, seine „wankende Verfassung" und den „Mißbrauch der Kräfte" ansieht[3]); sie stimmt mit der von Archenholtz überein, der, wie wir wissen, den „Stupor" oder die „Apathie" der Glieder des Reichs geißelt; sie läßt sich mit dem vielsagenden Satz im „Reich der Toten" vereinigen: „Germanien begeht mit dem Dolche der Uneinigkeit Selbstmord an sich"[4]).

Unsere Beobachtungen harmonieren mit früher gemachten. Die Einsicht in die Tragweite der Rastatter Verhandlungen rüttelt viele aus ihrer Gleichgültigkeit auf und läßt sie die Schäden erkennen. Da die Reform der Verfassung ausbleibt

---

[1]) Ein solches hartes Urteil über diese deutsche Vormacht spricht auch der Hofrat und Professor Jul. Aug. Remer in Helmstedt später aus. Deutschland erscheint ihm als das Sühnopfer für Österreichs Mißgeschick. Vgl. sein „Handbuch der neueren Geschichte", Bd. 2, S. 473, Anm.

[2]) 1795, Bd. 1, S. 425 f.

[3]) Politisches Journal, 1800, 2. St., S. 186; 11. St., S. 1183; 12. St., S. 1285; 1801, 3. St., S. 403; 7. St., S. 713; 12. St., S. 1211.

[4]) 1797, Nr. 7.

und das Reich in seinen Grundfesten erschüttert wird, bricht man in nutzlose Klagen aus.

Das Erwachen mancher aus todesähnlichem Schlafe ist weniger „patriotische Sorge" als „Neugierde", glaubt ein Publizist im Jahre 1797[1]). Er geht mit dieser begrifflichen Deutung nach unserem Ermessen fehl. Wo er aber den Finger auf offene Wunden am Reichskörper legt, behält er Recht. Zwei Rezepte vermöchten nach seiner Ansicht die deutschen Gebrechen zu heilen: 1) Die Stände müßten sich enger zusammenschließen, um von nun an nicht mehr ein Spielball in der Hand der Nachbarn zu sein, sondern einen festen Damm zu bilden gegen „die aus Norden und Westen sich heranwälzenden heterogenen Völkermassen"; 2) eine durch die Festsetzung der Demarkationslinie und die Kontraste im Volkscharakter schon vorgezeichnete Einteilung in ein gesondertes Nord- und Süddeutschland läge nahe. Aber der Schreiber sieht ein, daß seine beiden Vorschläge, die doch leicht in Rastatt durchgeführt werden könnten, „fromme Wünsche" sind. Allem Anschein nach bleibt's „beim Alten". Voll Sarkasmus urteilt er über den Stumpfsinn der Deutschen, ihre Charakter- und Energielosigkeit[2]), wenn er schreibt: „Lachend werden die Neufranken uns unsere publizistische Puppe, die politische Integrität, lassen und nur, wie sie schon oft taten, etwas an der geographischen rütteln . . .; der edle deutsche Reichspolyp lebt auch nach Absonderung jener Teile wie ein Ganzes fort". (S. 17.)

8. Resignation.

Der gute Wille zu einer Reformation an Haupt und Gliedern war da, aber es fehlte die gleiche Einsicht in die Schäden der Verfassung und die starke Hand zur Durchführung

[1]) „Kritik des Jahres 1797"; dieses Jahrbuch will „eine Reihe von Urteilen und Empfindungen, welche durch merkwürdige Erscheinungen veranlaßt wurden, wiedergeben, die dem angegebenen Jahre entweder allein oder mit angehören." (S. 341 f.)

[2]) „Wahrlich, der über den Patriotismus forteilende Kosmopolitismus schwächet, erschlaffet durch seine Ausdehnung den Geist und begünstiget den politischen Indifferentismus, der die Deutschen bisher auszeichnete." (S. 20 f.)

der Vorschläge. „Der ehrwürdige Körper (des Reichs) war nicht so leicht aus dem einmal betretenen Geleise herauszudrängen“[1]). Kein Wunder, daß manche alles Zutrauen verloren und in tatenloser Resignation ihre Tage dahinbrachten, da nirgends der Hebel angesetzt wurde, um die morschen Stützen zu fällen und neue Säulen auf festgefügtem Fundament zu errichten, da keine Aussicht sich zeigte, daß die erlittenen Schmähungen gesühnt würden.

Der eine oder andre hätte sich wohl *mit dem Definitivfrieden ausgesöhnt*, wenn die ersehnte *Neugeburt des Reiches* ein *Kompensationsobjekt* gewesen wäre für den in Luneville gezahlten Kaufpreis. So begnügte sich der Verfasser der *„patriotischen Wünsche für Deutschland“*[2]), wenn aus den Trümmern des Reichs endlich ein neues Gebilde erstünde. In Wielands „*Merkur*“ heißt ein anderer den Frieden zu Udine gut, weil er dem Reiche eine anscheinend sichere Grenze gab und „die goldne Frucht des erkämpften Friedens in Deutschlands verjüngter Gestalt dem Volke geschenkt sei“. Das erleichterte Staatsschiff kann nun sicher in den Hafen einlaufen und dort von den eifrigen Händen weiser, selbstloser Männer *ausgebessert* werden“[3]).

Der Verfasser der antiklerikalen[4]) Denkschrift „*An die Reichsfriedensdeputation zu Rastatt und den deutschen Nationalkonvent in Regensburg zur Beherzigung*“ wägt die Verluste des Jahres 1797 gegen die Entschädigungen ab und bucht als einen Gewinn für Deutschland die Tatsache, daß Österreich von den französischen Grenzen verbannt und dadurch *der Friede auf lange Jahre gesichert wurde*[5]).

---

[1]) Häusser, S. 35. [2]) Vgl. Allg. Ztg. 1801, Nr. 183.

[3]) Merkur, 1798, Bd. 2, S. 105 f.

[4]) Die geistlichen Fürsten, „Stützen des Aberglaubens“, „Lamas Europas“, „stupide Dompfaffen“, Betrüger und ähnlich hier genannt, dürften nach dem Erachten des Schreibers nicht im Besitz ihrer geraubten Gebiete bleiben. Eine Wohltat wäre es überhaupt, wenn „die ganze Bank der Hierarchen“ im „Areopag“ zu Regensburg umgestürzt und allenthalben „an Stelle der kupfernasigen, hochroten, aufgedunsenen Dompfaffen-Fürsten“ weltliche Herren träten, von denen einer mehr wert ist als alle Kleriker. (S. 23).

[5]) Vgl. Frkf. Journal und Hessen-Darmst. Ldztg. in der Zeit nach

Zur Konsolidierung Deutschlands macht der Schreiber, der sich selbst einen „deutschen Patrioten" nennt, dabei aber geneigt ist, französische Interessen zu verfechten, den Fürsten den Vorschlag, eine große „Separat-Union" mit Ausschluß der beiden Großmächte Österreich und Preußen zu schließen. Dann braucht niemand mehr im Kriege Vasall dieser beiden Staaten zu sein. Sogar die Räumung von Ehrenbreitstein wird hier gefordert, weil diese Stadt eine „wahre Brille" für Koblenz sei und so leicht neue Konflikte mit der Republik entstehen könnten. Wir müssen wohl annehmen, daß solche Aufforderungen einer ehrlichen Borniertheit entsprangen.

In anderen Flugschriften kommt die für uns erklärliche Resignation weniger anstößig zum Ausdruck. Ihre Autoren fügen sich ins Unvermeidliche; in stiller Ergebung oder voll Bitterkeit wenden sie den Blick nach dem Grabe ihrer Hoffnungen zurück oder suchen wenigstens die Ruinen einstiger Macht zu erhalten.

Die Zeugnisse für die so geartete öffentliche Meinung seien hier zusammengestellt:

„Politisches Glaubensbekenntnis eines ehrlichen Deutschen, sein Vaterland vor und nach dem Friedensschlusse mit Frankreich betreffend"[1] aus dem Jahre 1800:

Die Integrität des Reichs ist verloren. „Sehr gut . . . kann . . man überhaupt das jetzige diplomatische Deutschland mit einem Schauplatze vergleichen, worauf um Infuln, Mauerkronen, Krummstäbe, Panier- und andere Fahnen gewürfelt wird. . . Österreich und Brandenburg . . sind die Vormünder Deutschlands, die bei Gelegenheit des Friedensschlusses mit Frankreich den Ton angaben, ihrem Mündel die Rechnung machen und selbst sehr beträchtliche Kuratelgebühren beziehen werden". (S. 16 f.) Nach dem Frieden werden wohl die alten Reichsfundamentalgesetze nur noch als Antiquitäten zu werten sein.

dem Friedensschlusse 1797. Allgemeine Auffassung ist, daß Österreich durch diesen Frieden nur gewonnen hat.

[1]) Vgl. Allg. Lit. Anz., 1801, Nr. 47.

„Politisches Glaubensbekenntnis", von einem fürstentreuen Bayern zu Anfang des Jahres 1801 geschrieben. Er macht im „dritten Artikel" die Aussage:

„Ich glaube, daß der Rhein die Grenze Deutschlands gegen Frankreich für ewige Zeiten bleibe." (S. 3.)

„Reise auf dem Rhein durch die deutschen Rheinländer und durch die französischen Departements des Donnersbergs, des Rheins, der Mosel und der Roer":

Der sehr genügsame Verfasser, A. Klebe, tröstet sich damit, daß wenigstens der Zustand der Ungewißheit durch den Abschluß des Friedens in Luneville beendet sei. Er hält es nicht für unmöglich, daß unter dem Zwang der Umstände die Rheinländer wieder einmal mit Deutschland vereinigt werden. Einstweilen bescheidet er sich damit, daß endlich die Würfel über ihre Zukunft fielen und wünscht ihnen Glück und Zufriedenheit.

„Freimütige Gedanken eines deutschen Staatsbürgers" aus dem Jahre 1798:

Darin werden die Säkularisationen nach rechtlichen und politischen Grundsätzen verurteilt. Der Verlust der Rheinlande wird als „unabwendbares Schicksal", als „traurige Notwendigkeit" bezeichnet.

„Resultate der Reichsfriedensunterhandlungen zu Rastatt in Verbindung mit dem neueren Frieden von Luneville", vermutlich verfaßt von dem reichsritterschaftl. Konsulenten Itstein in Aschaffenburg[1]):

Darnach war der nunmehr beendete Krieg ein Verteidigungskrieg, eine Notwehr, „durch Würde und edles Gefühl der Selbständigkeit" geboten. Aber er stiftete unsagbares Elend, da allenthalben Gemeinsinn und patriotisches Gefühl entschwunden sind. Wollte Deutschland den unheilvollen Verheerungen des langwierigen Krieges ein Ende machen, so mußte es in „schmerzhafte Aufopferungen" einwilligen. „Die Abtretung des linken Rheinufers war das Versöhnungsopfer, welches Frankreich verlangte". (S. 9.) Unerwartet kam diese Trennung von dem „schönsten und fruchtbarsten Teile Deutschlands" nicht. Widrige Geschicke hatten bereits die

[1]) Vgl. Allg. Lit.-Ztg., 1802, Dez., S. 575 f.

Aussicht auf einen günstigen Frieden verdüstert. Immerhin ist nun endlich „das friedliche Verhältnis zwischen den kriegführenden Staaten wiederhergestellt". (S. 9 f.)

„Auflösung der Frage, ob, wie und von wem die auf dem linken Rheinufer verlierenden Reichsstände wieder entschädigt werden sollen"[1]:

Sie weiß ebenfalls keinen Ausweg vor der unausweichlichen Notwendigkeit des Verzichtleistens. Das deutsche Reichsschiff ist in größter Gefahr. Nur wenn ein Teil der Länder über Bord geworfen wird, wird es davor bewahrt, an der Klippe zu zerschellen[2].

„Betrachtungen über die fünf Friedensschlüsse":

In diesem kleinen, unter dem Pseudonym K. J. Lange[3] erschienenen seichten Buch wird der Ertrag des Luneviller Friedens taxiert: „Politisch gut" kann der Traktat nicht genannt werden, da er das Reich verstümmelte. Indessen ist er „moralisch gut" für die Menschheit. Er scheint der letzte Reichsfriede zu sein. Die Verletzung Deutschlands ist zu schwer, als daß es jemals aus „frommer Ruhe" und „geduldiger Untätigkeit" sich wieder zur Aktivität aufraffen könnte. Sein Trauergesang am Grabe der Integrität lautet: „Status quo ante bellum, Integrität des Reichs, ihr seid nun auf immer dahin! In den früheren Friedensverhandlungen mit Frankreich, selbst auf dem Kongreß zu Rastatt, spieltet ihr noch eine glänzende Rolle; aber

[1]) Vgl. Allg. Lit. Anz., 1799, Nr. 76; Int. d. Allg. Lit.-Ztg., 1798, Nr. 193.

[2]) Der Verfasser geht von einem seltsamen Einfall aus: nach dem römischen Gesetzbuch, der von den Rhodensern übernommenen lex Rhodia muß „was bei großer Schiffbruchsgefahr von der Ladung oder anderen auf dem Schiffe befindlichen Sachen zur Rettung aller übrigen hinausgeworfen wird, von den Besitzern oder Eigentümern der letzteren durch einen verhältnismäßigen Beitrag vergütet werden." (S. 3). Darnach sollen die geschädigten Reichsstände durch Zahlungen seitens aller Stände entschädigt werden.

[3]) Vgl. Stroh, S. 129 f.

nun seid ihr stumpfe, gänzlich abgenutzte Hebel. . . . Ihr habt in dem Friedenstraktat zu Luneville auf ewig euer Grab gefunden“[1]). (S. 40.)

„Über Deutschlands Verlust und das dabei eintretende Entschädigungssystem“[2]):

Diese wohl von einem Kleriker im Interesse der geistlichen Stände an die Reichsversammlung in Regensburg gerichtete Schrift bringt dieselben leidigen Trostgründe vor wie die soeben vernommenen Urteile. Schwer ist zwar die Einbuße; „zieht man sie aber von der deutschen Grundmasse ab, so ergibt die Differenz doch noch eine Größe, mit welcher sich immer nur . . . . sehr wenige der Mächte Europens in einige Parallele setzen lassen“.

„Nationalzeitung der Deutschen“:

Ihr Herausgeber, der Pazifist Rud. Zach. Becker, betrachtet die Beendigung des Blutvergießens als einen Schritt zum ewigen Frieden. Die abgetretenen Gebiete sind durch „die Macht und Politik der großen europäischen Höfe zu Opfern des allgemeinen Friedens . . . . geweiht“ worden[3]). Auch er läßt sich daran genügen, daß der Umfang des deutschen Staatenbundes noch groß genug bleibe, „um seine Selbständigkeit und eine bedeutende Stelle unter den europäischen Staaten zu behaupten“.

„Militärische und politische Bemerkungen über die Rheingrenze“:

Eine Schrift, die für den Kriegstheoretiker recht interessant zu lesen ist und wohl von einem österreichischen Offizier verfaßt wurde[4]). Er weist nach, daß in dem Rhein den

[1]) Vgl. S. 53 u. 59.

[2]) Vgl. Allg. Ztg., 1801, Nr. 184.

[3]) 1802, S. 575; 3. St., 14. Jan.; 1804, 9. St., 26. Febr.

[4]) Der Verfasser erachtet zum Schutze eines offenen Landes eine dreifache, gesetzmäßig angelegte Kette von Grenzfestungen mit der allseitig konstanten Entfernung von 3 Meilen für nötig. Nach Maßgabe

Franzosen eine „unermeßliche Kurtine" gegeben ist, die noch durch die Gebirgsmassen der Schweiz und die Sümpfe Hollands eine geschlossene Front erhält. Ein zweiter Umstand mehrt die Gunst der Verhältnisse für Frankreich: die französisch-helvetische Allianz öffnet dem Gegner nicht nur den Weg durch das Waadtland in das Gebiet der cisalpinischen Republik, sondern er stößt auch den Riegel zurück, der ihm seither das Tor nach den gesegneten Fluren Süddeutschlands sperrte. Deutschland und Österreich sind nun stets in Gefahr. Feindliche Kolonnen, die durch das Kloster-, Stanzer- und Inntal über Innsbruck und Salzburg nach Linz streben, in Fühlung mit einer zweiten Gruppe, die Donau abwärts das gleiche Ziel verfolgt, machen eine Verteidigung von Lech, Isar und Inn, sowie den Schutz Tirols vom Brenner her illusorisch. Auch die Straße Bozen-Brixen-Wien ist nun nicht mehr geschützt.

Die Kombination dieser beiden Prämissen, der Verlust der Rheingrenze und der von der Schweiz her drohenden Gefahr, ergibt hier einen uns unerwarteten Schluß: Der Inn muß Österreichs militärische Grenze werden[1]). Den Rhein läßt demnach der Verfasser im Besitz des Feindes. Jedoch dringt er darauf, seinen Lauf auch deutscherseits zu einer befestigten Linie umzugestalten.

---

der topographischen Schwierigkeiten erfährt das Postulat eines solchen Grenzsystems Beschränkungen. Ein Strom erster Größe wie der Rhein ist schon durch eine Reihe von festen Plätzen hinreichend gesichert. In der Tat entspricht sein Lauf den Anforderungen der Kriegswissenschaft, wie sie der Verf. umschreibt, dank der zahlreichen — nunmehr den Franzosen gehörenden — festen Punkte.

[1]) „. . Daß Österreich den Inn seinem ganzen Laufe nach zur Grenze nehme und solche durch ein System von Festungen sicherte, in welchem

„Der Feldzug von 1800“:

Ein zweiter Militärschriftsteller, Friedr. Heinr. von Bülow[1]), erweist in dieser kritischen Betrachtung ebenfalls das strategische Übergewicht Frankreichs. Er fordert nur, daß man Holland zurückerobere, damit ein gewisses Äquivalent hergestellt wc. de. Von dort aus können alle gegnerischen Operationen im Rücken gefährdet und kann Norddeutschland wirksam geschützt werden. Anscheinend halten beide Autoren den Rhein, der neuerdings den Franzosen zufiel, für eine im Besitz der machtvollen Republik so starke, uneinnehmbare Linie, daß sie von ihrer Eroberung Abstand nehmen.

„Kurze Beantwortung folgender Fragen . . . .“; aus dem Jahre 1798:

Der uns bereits aus der „Allgemeinen Zeitung“ bekannte Hydrotechniker Wiebeking macht in dieser anonym und in deutscher wie französischer Sprache erschienenen Schrift Vorschläge, wie der wandelbaren neuen Grenze, dem Rhein, mit Hilfe der Wasserbaukunst ein bleibendes Bett gegeben werden könne. Er nimmt demnach an der in Kampo Formio erfolgten Reduzierung des Flächeninhalts des Reichs keinen Anstand.

Passau, Innsbruck und Landeck, wo das Stanzertal in das Inntal einfällt, die Hauptpunkte sein müßten.“ (S. 28).

[1]) Bülow trennt als erster, wie er behauptet, Taktik von Strategie, Operation von Objekt der Operation, Basis von Operationslinie. Als Fundamentalprinzip der ganzen Kriegswissenschaft stellt er den Satz vom stumpfwinkligen Operationsdreieck auf. Er verlangt Seitwärtsstellung vom Feinde aus bei jeder Offensive, stete Aktivität im Kriege, konzentrischen Angriff und exzentrischen Rückzug.

C. Schluß.

Stimmen aus späterer Zeit über die sachliche Berechtigung des Dogmas[1]).

Auffällig ist, daß die in den Kreis unserer Untersuchung einbezogenen Dokumente wenig Kritik üben an der Formulierung des Dogmas selbst, d. h. seine Sinnlosigkeit aufdecken. Schirach, Haller und Dumont erkennen, von privatrechtlich-moralistischen Anschauungen ausgehend, nur die vom Recht und von der Ehre einem Staate gezogenen Schranken als seine „natürlichen" Grenzen an. Traiteur ist fast der einzige, der die Torheit einsieht, die dem Wortlaut der von uns betrachteten Theorie von vornherein zugrunde liegt. Ist doch nach seiner Auffassung und nach unsren geschichtlichen und geographischen Kenntnissen ein Fluß eher das Zentrum als die Peripherie eines Landes. „Wer den Rheinstrom besitzen will, . . . muß Herr von beiden Ufern sein." Zwar berufen sich die deutschen Republikaner[2]) auf die Tatsache, daß schon zu Cäsars Zeiten alle diesseits des Rheins gelegenen Gebiete zu Gallien, späterhin zur fränkischen Monarchie gehörten. Aber Pfister weist wohl mit Recht darauf hin, daß Cäsar die Bezeichnung „Gallien" in dreifachem Sinne gebrauchte, im völkerkundlichen, erdkundlichen Sinne und als Verwaltungsbegriff. Allerdings schied der Römer nicht reinlich zwischen diesen drei termini. „Daß . . . nun . . . die Römer im Verwaltungssinne ihrer Eroberungen Rhein und Donau zu Grenzen des freien, später nur für Zeit und auf einigen Strecken erzwungenen hinteren

[1]) Vgl. hierzu vier Schriften: „Wo ist die natürliche und sichere Grenzlinie für die mit Frankreich benachbarten Staaten? Worin besteht ihr Nutzen? Wie kann sie erhalten werden?" Germanien, 1814. „Welche Aussichten eröffneten sich für Deutschland, wenn der Rhein die künftige Grenze zwischen ihm und Frankreich bilden sollte?" Nürnberg, 1814. „Einige seit der Juli-Woche 1830 in französischen Zeitschriften gewagte Behauptungen freimütig widerlegt." Von Dr. Joh. Schram. Aachen und Leipzig, 1831. „Die natürliche Grenze. Ein Gedanke für Deutschland. Nebst einer Karte der wahren Ost-Grenze Frankreichs . . . ." Philadelphia 1860.

[2]) Vgl. z. B. „Die Erscheinung . .", S. 15; Hofman, des nouvelles limites . .", S. 12. Siehe G. J. Caesaris bellum gallicum, I, c. 1.

Germaniens machten, hatte die erdkundlichen Begriffe der in lateinischer Gelehrsamkeit gebannten Welt unglaublich beschlagnahmt"[1]). Von den Urkunden des Mittelalters aus drang so diese Begriffsverwechslung bis in die von uns geschilderte Zeit und wurde ein gebräuchliches Schlagwort im Munde der deutschen Demokraten. Dazu kommt noch eine zweite Beobachtung, die den diesem Losungswort anhaftenden Irrtum kennzeichnet. „Schon Jahrhunderte vor diesem Berichterstatter (Cäsar) müssen deutsche Stämme das ganze Rheingebiet innegehabt haben, sonst hätten die Römer ihre mit dem unvernünftigsten Blutvergießen . . . eroberten Provinzen . . . am linken Rheinufer gewiß nicht am oberen Rhein Germania prima, am unteren Rhein Germania secunda genannt"[2]). In späteren Zeiten hat man auch mehr als in den 90er Jahren des 18. Jahrhunderts an der Richtigkeit der sonderbaren Grenztheorie gezweifelt. Zur Ergänzung unserer Untersuchung seien noch vier in Flugschriften niedergelegte Urteile dieses Inhalts wiedergegeben, trotzdem ihre Betrachtung aus dem zeitlichen Rahmen unserer Arbeit herausfällt.

1) Ein „deutscher Patriot"[3]), der im Jahre 1814 ein kleines „den für deutsche Freiheit kämpfenden höchsten alliierten Mächten" gewidmetes Buch über unser Problem schrieb, verwirft auf Grund von physisch-militärischen Erwägungen das französische Dogma. Ein Fluß, der in seinem schlangenförmigen Lauf oft sein Bett ändert und damit die Scheidelinie verrückt, der durch seine Ufereinbrüche und Anschwemmungen ewigen Streit[4]) zwischen den Nachbarn entstehen ließe, durch Gefrieren im Winter aufhört, eine militärische Grenze zu sein, kann zur Abmarkung eines Landes nicht benutzt werden. Viel eher vermag der unverrückbare Kamm hoher Gebirge eine sichere Barriere zu bilden. Darnach sind die von der Natur dem französischen Reich gesetzten Grenzen: Das Meer, „Spaniens chinesische Mauer", im Osten und im Norden der vom Mittelmeer im Bogen nach dem Kanal ziehende Höhenrücken, der eine echte Wasserscheide, eine Sprache, Charakter und Sitte der Völker trennende Wand bildet. Nach diesem System sind Rhone, Saone, Maas und Schelde deutsche Flüsse; darnach entwirft der Verfasser die beigefügte, auf den Vertrag von Verdun gegründete Karte von den „alten" und „neuen" Grenzen der beiden Nachbarländer.

---

[1]) Pfister, S. 7 f. [2]) „Die natürliche Grenze . .", S. 11.

[3]) Vgl. „Wo ist die natürliche . . .".

[4]) wegen der Hoheitsrechte, Schiffahrt, Fischerei, Uferverwahrung. Dammherstellung usw.

2) Eine aus demselben Jahre uns überkommene Flugschrift[1]) strebt einen dauerhaften, nach gleicher Abwägung der Kräfte orientierten Frieden an, ein Ziel, das mit der Forderung der Rückgabe der linksrheinischen Gebiete gleichbedeutend ist. Dieses Verlangen besteht nach des Verfassers Erachten vollkommen zu Recht, da keine Behauptung widersinniger oder willkürlicher zu nennen ist als die, der Rhein sei als „natürliche Grenze" ein trefflicher Friedenshort. „Eine Grenze soll für natürlich gelten, welche dem einen Teile alle offensiven Vorteile gibt und dem andern jene wirksame Verteidigung entzieht, welche in dem kurzen Zeitraum, wo sie zwischen Deutschland und Frankreich galt, sich als eine unerschöpfliche Quelle von Anmaßungen und Mißhandlungen bewährte . . ?" (S. 11 f.)

3) Der Königl. Bibliothekar Dr. Joh. Schram in Bonn widerlegt in einer Schrift des Jahres 1831[2]) fünf „übertriebene Meinungen" der Franzosen; einer seiner Proteste ist hier am Platze. Damals, nach der Juliwoche 1830 nahmen bekanntlich die Franzosen wieder eine anmaßende Haltung an. Sie wollten wiederum „vor dem Thron ihres Waffenruhms einige gedemütigten Völker und Könige" erblicken. Sie erneuerten die „alte Lügenlehre": „Der Rhein gebühre ihnen, der Rhein sei Frankreichs natürliche Grenze." Diese „ungezogene" und „unsinnige" Behauptung will Schram „ohne Groll und Bitterkeit" entkräften. Er erinnert daran, daß in allen Erdteilen die Gestade großer Stromgebiete von Völkern bewohnt werden, die gemeinsame Abstammung und gleiche Lebensweise eint. Flüsse sind nämlich keine Schranken, sondern, wie schon Traiteur betonte, die Pulsadern des Lebens in den einzelnen Stämmen, ein unverjährbarer Besitz, ein Gemeingut, „ein majestätisches Ganzes, das nicht durch Gewaltstreiche, nicht durch eifersüchtige Sperren mißhandelt, nicht verstümmelt und entheiligt werden darf von der Hand irgend eines übermütigen oder schwachgeistigen Staatskünstlers." (S. 2).

4) Eine Definition einer echten „natürlichen" Grenze entnehmen wir schließlich einer Schrift aus dem Jahre 1860[3]), die über diesen zur Phrase gewordenen Ausdruck, eine „alte", „schimmlige", noch von dem „Urschuft-Richelieu" herrührende „Standarte" spottet: „Wir . . . meinen . . damit . . solche Landmarken, nach welchen die Völkerschaften sich trennten oder vereinigten, bis sie dieselben erreichten und nach denen sie endlich Staaten bildeten, weil dieselben Grenzen sich auch zur Erhaltung, zum Bestande und zum Gedeihen eines Staates nicht nur zweckmäßig zeigten, sondern ganz unerläßlich waren". (S. 7.) Nach diesem Grundsatz ist die beigegebene Karte gezeichnet, die dem „niedlichen" Frankreich „unangefochten und für ewige Zeiten die drei wunderschönen Stromgebiete . . läßt . .: ihre geliebte Seine, die prächtige Loire und die willige Vermittlerin, die Garonne". Deutschland werden im Westen zugewiesen: Der ganze Lauf des Rheins, der Schelde, der Maas und der Mosel.

[1]) „Welche Aussichten eröffneten sich für Deutschland . . ."
[2]) „Einige seit der Juli-Woche 1830 . . ."
[3]) „Die natürliche Grenze . . ."

Lebenslauf.

Ich, Friedrich Avemarie, evangelisch-lutherischer Konfession, wurde am 20. Juni 1893 als Sohn des Versandmeisters August Avemarie und seiner Frau Luise, geborene Reitz, in Grube Messel geboren. Ich besuchte das Neue Gymnasium zu Darmstadt und verließ es Ostern 1911 mit dem Zeugnis der Reife. Bis Ostern 1912 nahm ich an dem Ausbildungskursus für Schulamtsaspiranten in Darmstadt teil, wo ich die pädagogische Ergänzungsprüfung bestand. Von Ostern 1912 bis Ostern 1914 war ich als Lehrer am Ludwigs-Georgs-Gymnasium zu Darmstadt und zeitweise an der Vorschule der Gymnasien dort tätig. Vom Sommer-Semester 1914 an widmete ich mich dem Studium der Geschichte, der deutschen Philologie und der Theologie an der Universität zu Gießen, wo ich mit Ausnahme eines in Frankfurt a. M. verbrachten Semesters verblieb. Seit Ausbruch des Krieges war ich zeitweilig wieder als freiwillige Hilfskraft im Schuldienst verwandt. Seit dem Frühjahr 1917 bin ich mit der Verwaltung einer Stelle an der Oberrealschule zu Gießen beauftragt.

Ich besuchte die Vorlesungen und Übungen folgender Herren Professoren: Baldensperger, Behaghel, Collin, Gunkel, Helm, Holtzmann, Kahle, Kinkel, Krüger, Messer, Roloff, Schian und Siebeck zu Gießen; Förster zu Frankfurt a. M.